# Jus Internationale et Europaeum

## Herausgegeben von Thilo Marauhn und Christian Walter

Die Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum (JusIntEu)* wurde 2005 gegründet. Die Einwirkung des internationalen und des europäischen Rechts auf die nationalen Rechtsordnungen nimmt beständig zu. Diese Entwicklung stellt eine gewaltige Herausforderung dar, weil es heute nicht mehr nur um die Umsetzung völker- und europarechtlicher Vorgaben geht, sondern darüber hinausgehende Anpassungsnotwendigkeiten in den nationalen Rechtsordnungen verarbeitet werden müssen. Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die häufig damit verbunden sind, verlangt dieser Prozess nach einer theoretischen Verarbeitung, welche im öffentlichen Recht, das nach wie vor ein ambivalentes Verhältnis zum Völker- und Europarecht hat, weitgehend noch am Anfang steht. Die Schriftenreihe soll zur theoretischen und dogmatischen Durchdringung der Internationalisierung und Europäisierung des öffentlichen Rechts beitragen und Lösungsvorschläge für damit einhergehende praktische Probleme unterbreiten. In der Reihe erscheinen herausragende Arbeiten, die sich mit Rechtsfragen an der Schnittstelle zwischen nationalem öffentlichen Recht und internationalem Recht beschäftigen oder genuin völker- bzw. europarechtliche Themen behandeln. Besonderes Interesse liegt dabei auf Arbeiten, die eine Brücke zwischen Grundlagenfragen und praktischer Rechtsanwendung schlagen.

Ansprechpartnerin:
Daniela Taudt, LL.M. Eur.
Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 1861-1893 - Zitiervorschlag: JusIntEu

**Stand: 26.04.2024. Preisänderungen vorbehalten.**

---

Jetzt bestellen:
https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/jus-internationale-et-europaeum-jusinteu?no_cache=1
order@mohrsiebeck.com
Telefon: +49 (0)7071-923-0
Telefax: +49 (0)7071-51104

Hankings-Evans, Anna

## China-Afrika-BITs im Lichte globaler Machtverlagerungen

### Macht- und Gerechtigkeitsnormen in der Investitionsrechtsbeziehung

2024. Ca. 450 Seiten.
erscheint im September

ISBN 9783161634123
fadengeheftete Broschur ca. 100,00 €

ISBN 9783161634130
eBook PDF ca. 100,00 €

Afrikanische Staaten hatten als Folgen der globalen COVID-19-Pandemie signifikante Einbrüche von ausländischen Direktinvestitionen zu verzeichnen. Zugleich offenbarte die Pandemie neue Wege chinesischer Einflussnahme und Wirtschaftsdiplomatie auf dem afrikanischen Kontinent. Während westliche Staaten zunehmend das Bild eines »systemischen Rivalen« zeichnen, erscheinen bilaterale Investitionsschutzabkommen (BITs) zwischen China und Staaten Afrikas (China-Afrika-BITs) aus afrikanischer Perspektive legitimer und entwicklungsfreundlicher als solche mit Staaten des Globalen Nordens. Dagegen impliziert das wirtschaftliche Ungleichgewicht der Akteure »neokoloniale« Tendenzen. China-Afrika-BITs ordnen sich entsprechend in die Debatten um globale Machtverlagerungen und die darin vermutete normative Neuausrichtung der globalen Wirtschaftsordnung ein.

Naumann, Velia

## Parteienfinanzierung unter dem Grundgesetz und der EMRK

Band 203
2024. XXIV, 503 Seiten.

ISBN 9783161633249
fadengeheftete Broschur 104,00 €

ISBN 9783161633256
eBook PDF 104,00 €

Das Recht der Parteien und der Parteienfinanzierung wird wegen seiner staatsorganisationsrechtlichen Dimension bislang sehr stark als rein nationales Recht wahrgenommen und diskutiert. Ausgehend von einer Analyse des deutschen Parteienfinanzierungsrechts zeigt Velia Naumann, welche Stellung den politischen Parteien nach der Europäischen Menschenrechtskonvention zukommt. Sie untersucht, inwieweit sich in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte europäische Mindeststandards herausgebildet haben, die Transformationspotential für das deutsche Recht der Parteienfinanzierung besitzen. Dabei zeigt sich, dass die Wirkungen der EMRK weit über die bislang im Fokus stehende Parteiverbotsthematik hinausgehen. Im Zentrum der Untersuchung steht dabei das für die Parteienfinanzierung elementare Recht auf Chancengleichheit.

Grohmann, Nils-Hendrik

## Strengthening the UN Human Rights Treaty Bodies

### An Analysis of the Committees' Legal Powers and Possibilities for Reform

Band 202
2024. XV, 315 Seiten.

ISBN 9783161628252
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161628269
eBook PDF

Nils-Hendrik Grohmann beschäftigt sich mit dem noch andauernden Stärkungsprozess der UN-Menschenrechtsvertragsorgane. Er analysiert, welche rechtlichen Befugnisse die Ausschüsse haben, ob sie von sich aus Vorschläge einbringen können und inwieweit sie ihre Verfahrensweisen bisher aufeinander abgestimmt haben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ausschüssen und der Frage, welche Rolle das Treffen der Vorsitzenden bei der Stärkung spielen kann.

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds für Open-Access-Monografien des Landes Brandenburg gefördert.

Inhaltsübersicht

**Introduction**
A. United Nations human rights treaty bodies
B. Problems faced by human rights treaty bodies
C. Fragmentation of human rights law within the treaty body system
D. Aim and scope of the thesis at hand

**Part I: Growth of the treaty body system**
A. Discussions on the suitable enforcement mechanisms under the two Covenants
B. CERD Committee
C. CEDAW Committee
D. Committee against Torture
E. CRC Committee
F. CMW Committee
G. CED Committee
H. CRPD Committee
I. Interim conclusion and outlook

**Part II: Past attempts at reform**
A. »Alston proposals« between 1989 and 1997
B. Consolidated single State report proposal
C. Unified standing treaty body proposal
D. Origins of the current treaty body strengthening process
E. Human rights treaty bodies as the main drivers for attempts at reform

**Part III: Delineating the mandate of treaty bodies**

A. Interpretation of human rights treaties
B. Broadening of competencies with the involvement of State parties

**Part IV: Reform proposals under the reporting procedure and their implementation**
A. Object and purpose of human rights reporting
B. Simplified Reporting Procedure
C. Comprehensive reporting calendar
D. Reviews in the absence of a report
E. Concluding observations and follow-up activities
F. Conclusion on attempts at reform under the reporting procedure

**Part V: Institutionalized Cooperation among human rights treaty bodies**
A. Establishment and evolution of the »linkage Committees«
B. Decision-making powers of »linkage Committees«
C. Conclusion and outlook
Conclusions

Schlicht, Antonia

## Das Compliance Committee als Rechtsgestalter

### Die Fortentwicklung umweltvölkerrechtlicher Verträge durch nachfolgende Staatspraxis nach Art. 31 Abs. 3 WÜV aus Sicht des Grundgesetzes

Band 201
2023. XIX, 376 Seiten.

ISBN 9783161623172
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161627255
eBook PDF 94,00 €

Antonia Schlicht untersucht die Rolle von Compliance-Entscheidungen in umweltvölkerrechtlichen Vertragswerken. Sie beleuchtet, wie völkerrechtliche Verträge dadurch informell fortentwickelt werden und welche Auswirkungen dieser Sachverhalt auf das Verfassungsrecht hat. Wie kann das Verfassungsrecht mit dem modernen Völkerrecht umgehen und welche Rechtswirkung kommt den Entscheidungen der Compliance Committees zu? Die Autorin analysiert insbesondere Art. 59 GG und den Begriff der auswärtigen Gewalt. Dabei identifiziert sie »Legitimationslücken«. Abschließend werden praktische Lösungsvorschläge zur Überbrückung der identifizierten Lücken entwickelt. Antonia Schlicht schlägt für die nationale Ebene Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Organisation, der Arbeitsweise und des Zusammenwirkens aller Gewalten vor und entwickelt auch Lösungsvorschläge für die internationalen Verfahrensabläufe.

Prietz, Maria

## Weiches Recht und normative Härtung

### Eine Konzeptualisierung am Beispiel des UN-Migrationspaktes

Band 200
2023. XXI, 286 Seiten.

ISBN 9783161621383
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161624728
eBook PDF 84,00 €

Die Bindungswirkung von internationalem Soft Law ist umstritten, da unter bestimmten Voraussetzungen auch eine rechtliche Bindung solcher zunächst unverbindlicher Instrumente erreicht werden kann. Dieser als normative Härtung beschriebene Prozess wird auf internationaler Ebene durch Akteure wie Staaten, internationale Organisationen und Gerichte unter Rückgriff auf ein modernes Verständnis der Rechtsquellen gestaltet. Doch auch ohne seine Interaktion mit bestehendem Völkerrecht vermag bestimmtes Soft Law durch seine progressive Ausgestaltung politische Prozesse materiell vorzuprägen. Durch die Offenheit des Grundgesetzes wirkt derart gehärtetes Soft Law in den innerstaatlichen Raum hinein. Der umstrittene UN-Migrationspakt bietet Anlass diesen Prozess nachzuvollziehen und zugleich nach den Auswirkungen auf den Handlungsspielraum des nationalen Gesetzgebers zu fragen.

Inhaltsübersicht

**Teil 1: Soft Law als Handlungsform im Völkerrecht**
§ 1 Die Diskussion um den Migrationspakt – Einführung
A. Begriffe
B. Gang der Untersuchung
§ 2 Warum gibt es Soft Law?
A. Setting the Scene
B. Elemente des Soft Law-Begriffs
C. Funktionsdimensionen
D. Ergebnis zu § 2: Soft Law als Kompensation
§ 3 Der Migrationspakt
A. Die Flüchtlingskrise als Katalysator für das Migrationsrecht
B. Im Einzelnen
C. Der Flüchtlingspakt
D. Ergebnis zu § 3: Migrationspakt als typisches Instrument
**Teil 2: Die normative Härtung von Soft Law**
§ 4 Formelle und materielle Härtung
A. Formelle Härtung
B. Materielle Härtung
C. Ergebnis zu § 4: Marker einer normativen Härtung
§ 5 Anwendung auf den Migrationspakt
A. Formelle Härtung
B. Materielle Härtung

C. Ergebnis zu § 5: Trotz Opposition – was bleibt?

**Teil 3: Verfassungsrechtliche Rezeption von Soft Law**
§ 6 Die Beteiligung des Bundestages
A. Beteiligung des Bundestages bei verbindlichem Völkerrecht
B. Reformüberlegungen
C. Ergebnis zu § 6: Keine verfassungsrechtliche Beteiligungspflicht

**Teil 4: Erkenntnisgewinn**
§ 7 Zusammenfassende Schlussbetrachtung in Thesen

Kimmerle, Julian

## Kleine und mittlere Unternehmen im internationalen Investitionsrecht

Band 199
2023. XXVI, 612 Seiten.

ISBN 9783161625510
fadengeheftete Broschur 114,00 €

ISBN 9783161626043
eBook PDF 114,00 €

Obwohl ausländische Direktinvestitionen nach wie vor von großen multinationalen Unternehmen dominiert werden, gewinnt die grenzüberschreitende Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zunehmend an Bedeutung. Julian Kimmerle widmet sich der Frage, ob das internationale Investitionsrecht in seiner gegenwärtigen Gestalt einen adäquaten normativen Rahmen für die Internationalisierung von KMU bietet. Die materiellen Regelungen des internationalen Investitionsrechts tragen zwar den strukturellen Problemen angemessen Rechnung, mit denen KMU bei Auslandsinvestitionen typischerweise konfrontiert sind. Allerdings ist KMU nach der *lex lata* aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen nach wie vor vielfach der Zugang zur Investitionsschiedsgerichtsbarkeit versperrt. Der Autor findet unter Einbeziehung der aktuellen Reformbestrebungen praktikable Ansätze zur Überwindung dieses Missstandes.
Die Arbeit wurde mit dem Dissertationspreis der Alumni-Vereinigung der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg 2023 ausgezeichnet.

Bönnemann, Maxim

## Rechtsenklaven

### Indiens Recht der Sonderwirtschaftszonen

Band 198
2023. XIV, 206 Seiten.

ISBN 9783161620492
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161621727
eBook PDF 74,00 €

Sonderwirtschaftszonen gelten als entwicklungsökonomisches Zauberinstrument. Als »Inseln der Moderne« sollen sie Arbeitsplätze schaffen, Wachstum generieren und Verwaltungsstrukturen revolutionieren. Insbesondere im Globalen Süden hat dieses Versprechen zu einer regelrechten Explosion der Zahl von Sonderwirtschaftszonen geführt. Maxim Bönnemann bettet den Siegeszug der Sonderwirtschaftszone in eine entwicklungsökonomische Diskursgeschichte ein und zeigt am Beispiel Indiens die zentrale Rolle des Rechts auf. Waren Indiens Zonen zunächst noch mit einem ebenso vagen wie allgemeinen Entwicklungsversprechen behaftet, so führte ihre sprunghafte Verbreitung schnell zu schwerwiegenden Verteilungs- und Institutionenkonflikten, in denen ganz unterschiedliche Visionen von Entwicklung miteinander kollidierten. Jene Konflikte sind durch Indiens ambivalenten Charakter als postkolonialer Verfassungsstaat sowohl befeuert als auch entschärft worden. Denn dem indischen Verfassungsstaat wohnt nicht nur der lange Schatten des Kolonialismus inne, sondern auch die Aussicht auf eine tiefgreifende demokratische und soziale Transformation.
Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin 2022 als beste Dissertation im öffentlichen Recht ausgezeichnet.

Inhaltsübersicht

**Einleitung**
**Kapitel 1 – »Inseln der Moderne«: Sonderwirtschaftszonen als Steuerungsinstrument des Globalen Südens**
A. Was sind und zu welchem Zweck gibt es Sonderwirtschaftszonen?
B. Genealogie und Kontext: Eine kurze Ideengeschichte der Zone
C. Das Recht der Sonderwirtschaftszonen
D. Zwischenergebnis

**Kapitel 2 – Dichte Verwaltung: Der Special Economic Zones Act**
A. Analyserahmen: Der postkoloniale Verfassungsstaat
B. Genealogie und Kontext: Von der Policy zum Gesetz
C. Indiens Zonenrecht: Verwaltungsstruktur und Steuerungsinstrumente
D. Zwischenergebnis

**Kapitel 3 – Konsens, Kooperation, Konflikt: Die Zone im föderalen Bundesstaat**
A. Zum Spannungsverhältnis von SEZ Act und Föderalaufbau
B. Föderale Variationen: Zum Verhältnis von Landes- und Bundesebene
C. »Islands outside constitutionally elected governments«: Zum Verhältnis von Lokal- und Landesebene
D. Zwischenergebnis

**Kapitel 4 – Metamorphosen des Gemeinwohls: Die Zone als öffentlicher Zweck**
A. Von Narmada bis Nandigram: Indiens Landkriege
B. Privatisierung der Zwecke: Die Rolle der Judikative
C. Prozeduralisierung der Zwecke: Die Rolle der Legislative

**Schlussbetrachtung und Ausblick**
Epilog

Jozi, Matina

## Die Pflicht zur Sperrung des Luftraums über Konfliktzonen

### Eine Untersuchung der souveränen Verantwortlichkeit anlässlich des Abschusses von Flug MH17 über der Ostukraine

Band 197
2023. XXI, 288 Seiten.

ISBN 9783161619090
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161619328
eBook PDF 79,00 €

Der Abschuss des Fluges MH17 über der Ostukraine im Jahre 2014 hat die Gefahren des Überflugs von Konfliktzonen verdeutlicht. Anlässlich dieses Falles und mit Blick auf die Vielzahl von Konfliktzonen weltweit zeigt Matina Jozi auf, dass ein effizienter Schutz der zivilen Luftfahrt in bestimmten Fällen nur durch eine Pflicht des Konfliktstaates zur Sperrung des vom Konflikt betroffenen Luftraums erreicht werden kann. Wie die Autorin erörtert, stellt eine solche staatliche Schutzpflicht einen Ausdruck der heute vor allem als Verantwortung verstandenen Souveränität dar. Darauf aufbauend leitet sie die Pflicht zur Sperrung des Luftraums über Konfliktzonen aus verschiedenen Rechtsquellen des Völkerrechts ab. Maßgeblich werden dabei das internationale öffentliche Luftrecht, das humanitäre Völkerrecht sowie die Pflicht zum Schutz des Menschenrechts auf Leben bemüht. Schließlich stellt Matina Jozi allgemeine Kriterien für die Annahme einer Verletzung der Sperrpflicht auf und wendet diese auf den Fall der Ostukraine an.

Inhaltsübersicht

Einleitung
**Teil 1 Anlass der Untersuchung: Der Abschuss von Flug MH17 im Zuge des Ukrainekonflikts**
A. Der Osten der Ukraine als sog. Konfliktzone
B. Der faktische Hergang des Abschusses von Flug MH17 auf Basis des DSB-Abschlussberichtes
C. Kritische Würdigung des DSB-Abschlussberichtes
D. Der Abschuss von Flug MH17 als Folge eines unzureichenden Schutzsystems

**Teil 2 Dogmatische Grundlagen: Völkerrechtliche Schutzpflichten als Kerngehalt souveräner Staatlichkeit**
A. Die Pflicht zur Sperrung des Luftraums über Konfliktzonen als Schutzpflicht
B. Schutzpflichten im Spannungsverhältnis zur staatlichen Souveränität
C. Die Anerkennung von Schutzpflichten in völkerrechtlichen Teilgebieten
D. Die Souveränität als Verantwortung – Rechtsgrund staatlicher Schutzpflichten

**Teil 3 Konkretisierung der allgemeinen Schutzverantwortung: Die Herleitung der Pflicht zur Sperrung des Luftraums über Konfliktzonen aus dem internationalen Luftrecht**
A. Das Chicagoer System
B. Die Lufthoheit als Rechtsgrund luftraumbezogener Schutzpflichten
C. Herleitung einer Sperrpflicht aus dem internationalen öffentlichen Luftrecht
D. Herleitung einer Sperrpflicht aus dem internationalen Luftstrafrecht

**Teil 4 Die Herleitung der Sperrpflicht aus sonstigen Rechtsquellen**
A. Herleitung einer Sperrpflicht aus dem humanitären Völkerrecht
B. Sperrpflicht zum Schutz des Menschenrechts auf Leben
C. Sperrpflicht aus Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts

**Teil 5 Die Verletzung der Sperrpflicht: Die Voraussetzungen einer Schutzpflichtverletzung am Beispiel des Falles MH17**
A. Deliktsfähigkeit
B. Verstoß gegen eine völkerrechtliche Handlungspflicht
C. Weitere Voraussetzungen

**Schlussbetrachtung: Ergebnis der Untersuchung**

Schlößer, Carolin

## Territoriale Gestattungen unter dem Grundgesetz

### Zur Zulässigkeit von Sitzabkommen und anderen staatsgebietsbezogenen internationalen Erlaubnissen

Band 196
2023. XXI, 263 Seiten.

ISBN 9783161623028
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161623684
eBook PDF 79,00 €

Territoriale Gestattungen sind ein alltägliches, aber kaum beleuchtetes Phänomen des Außenverfassungsrechts. Die Beispiele sind vielfältig: Sie reichen von Sitzabkommen mit internationalen Organisationen, die ihr eigenes Dienstrecht zur Anwendung bringen, bis zu militärischen Erlaubnissen wie jenen auf der US-amerikanisch genutzten Airbase Ramstein. Jeweils ermöglicht die deutsche Gestattung einem anderen Völkerrechtssubjekt, außerhalb der deutschen Rechtsordnung auf deutschem Staatsgebiet hoheitlich tätig zu werden. Carolin Schlößer legt anhand von Parallelbetrachtungen dar, auf welche Weise sich das Grundgesetz zu diesen territorialen Gestattungen verhält. Sie entwickelt ein verfassungsrechtliches Regime in Gestalt eines ordre public-Vorbehaltes. Daraus leiten sich zahlreiche Vorgaben für die Praxis der Gestattungen ab, die umfänglich beleuchtet werden. Auch auf Rechtsschutzmöglichkeiten geht die Autorin detailliert ein.

Inhaltsübersicht

**Erster Teil: Grundlagen zur Charakterisierung des Gestattungsaktes**
Erstes Kapitel: Einführung in Gegenstand und Anliegen der Untersuchung
Zweites Kapitel: Der Gestattungsakt als Untersuchungsgegenstand

**Zweiter Teil: Verfassungsrechtliches Regime des Gestattungsaktes**
Drittes Kapitel: Begründung und Maßstabsbildung der verfassungsrechtlichen Schranken

Viertes Kapitel: Inhalt der verfassungsimmanenten Schranken
Fünftes Kapitel: Innerstaatliche Zuständigkeiten für territoriale Gestattungen

**Dritter Teil: Rechtsfolgen dieses verfassungsrechtlichen Regimes für die Gestattungspraxis**
Sechstes Kapitel: Die Verantwortung für den Gestattungsakt in der Zeit
Siebtes Kapitel: Prozessuale Dimensionen des Rechtsschutzes vor deutschen Gerichten
Achtes Kapitel: Schlussbetrachtung

Reissner, Hans-Martin

## Die Autonomie der Unionsrechtsordnung

Band 195
2023. XVI, 246 Seiten.

ISBN 9783161623721
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161624513
eBook PDF 84,00 €

Die Autonomie des Unionsrechts ist ein vom EuGH etablierter »Grundsatz«, der die Unionsrechtsordnung vor externen Einflüssen wie dem Recht der Mitgliedstaaten oder – zunehmend – dem Völkerrecht schützen soll. Auf dieser Grundlage proklamiert der EuGH einen absoluten Vorrang des Unionsrechts gegenüber dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten und beschränkt die unionsrechtlich zulässige Rechtsprechungsreichweite völkerrechtlich errichteter Spruchkörper. In den letzten Jahren mehren sich infolge politischer Krisen und aufgrund einer Ausweitung des Begriffsverständnisses seitens des EuGH Diskussionen um die Reichweite der Autonomie. Hans-Martin Reissner untersucht den Autonomieanspruch anhand der Rechtsprechung des EuGH, zeigt Begründungsansätze für die Herleitung der Autonomie auf und überträgt die unionsrechtlichen Anforderungen auf die Reformverhandlungen um den Energiecharta-Vertrag und die Errichtung eines Investment Court Systems.

Inhaltsübersicht

**Einleitung**
**Erstes Kapitel: Ursprung der Autonomie**
I. Autonomie gegenüber den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen
II. Notwendigkeit geschützter Regelungsbereiche
III. Erste Begründungsansätze des EuGH

**Zweites Kapitel: Ausweitung der Autonomie gegenüber dem Völkerrecht**
I. Hintergrund des Autonomieanspruchs gegenüber dem Völkerrecht
II. Entwicklung und Kategorien des EuGH
III. Widersprüchliche Systematik des EuGH

**Drittes Kapitel: Begründbarkeit der Autonomiethese**
I. Kern des Autonomieanspruchs aus Sicht des EuGH
II. Begründungsmöglichkeiten des Autonomieanspruchs

III. Begründungsausfall des EuGH
**Viertes Kapitel: Ausblick**
I. Energiecharta-Vertrag (ECT)
II. Das Investment Court System (ICS)

**Fazit und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse**

Erdmann, Max

## Die Vernunft zwischen den Staaten

### Zur Grundlegung des Völkerrechts im Werk von G.W.F. Hegel

Band 194
2023. XVI, 478 Seiten.

ISBN 9783161621277
Broschur 99,00 €

ISBN 9783161621680
eBook PDF 99,00 €

Max Erdmann wirft einen neuen Blick auf Hegels philosophische Behandlung des »äußeren Staatsrechts«. Er macht deutlich, inwieweit Hegel das zwischenstaatliche Recht in aufklärerischer Tradition als Verwirklichung von Vernunft begreift und in welcher Form diese Auffassung auch für den juristischen Diskurs über das Völkerrecht von Interesse ist. Die philosophiehistorische Auseinandersetzung umfasst auch systematische Fragen gegenwärtiger Völkerrechtstheorie. Sie möchte in dieser Weise dazu beitragen, Umrisse und Grenzen der Völkerrechtsphilosophie genauer zu zeichnen.

Inhaltsübersicht

A. Einleitung
B. Rechtsphilosophie und Völkerrecht bei Immanuel Kant
C. Philosophie des objektiven Geistes: Hegel über Recht als Kultur
D. Vernunft zwischen den Staaten: Hegels Grundlegung des Völkerrechts
E. Wie obsolet ist Hegels Völkerrechtstheorie?
F. Was ist eine Philosophie des Völkerrechts?
G. Fazit

Ehrle, Alexander

## Gubernanz des staatsfreien Raums

### Eine Untersuchung zu strukturellen Veränderungen des Völkerrechts unter besonderer Berücksichtigung des Tiefseebergbauregimes

Band 193
2023. XXVI, 477 Seiten.

ISBN 9783161620010
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161620027
eBook PDF 109,00 €

Die Internationale Meeresbodenbehörde erarbeitet gegenwärtig Regeln für den Abbau der zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärten natürlichen Ressourcen. Die Gubernanz des staatsfreien Raums – hier am Beispiel des Tiefseebergbauregimes – wirft Fragen der materiellen Struktur, der Institutionalisierung und Legitimität des Völkerrechts sowie der Rolle nichtstaatlicher Akteure auf. Diese analysiert Alexander Ehrle vor dem Hintergrund der Paradigmen einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, der Vorstellung eines Global Administrative Law und schließlich einer Konzeptualisierung völkerrechtlicher Gubernanz als Internationale Öffentliche Gewalt. Die strukturellen Änderungen werden schließlich im Zusammenhang mit der Entterritorialisierung des internationalen Rechts diskutiert.

Schlönvoigt, Maria

## Die einseitige Lösung von völkerrechtlichen Verträgen

### Kündigung und Treaty Override aus verfassungsrechtlicher Perspektive

Band 192
2023. XXIV, 298 Seiten.

ISBN 9783161620560
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161622076
eBook PDF 84,00 €

Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge ist in vielen Fällen völkerrechtlich zulässig. Anstatt einen Vertrag im Einklang mit dem Völkerrecht zu kündigen, werden jedoch gelegentlich innerstaatliche Gesetze erlassen, durch die das Parlament bewusst vom Völkervertragsrecht abweicht (sog. Treaty Override). Maria Schlönvoigt untersucht Kündigung und Treaty Override zunächst getrennt voneinander, wobei der Schwerpunkt auf der verfassungsrechtlichen Betrachtung liegt. Sie erörtert, ob die Kündigung eines Vertrags der Zustimmung der Legislative bedarf und ob ein Treaty Override verfassungsrechtlich zulässig ist. Anschließend geht sie der Frage nach, ob das Grundgesetz der Lösung von völkerrechtlichen Verträgen mit bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten entgegensteht. Dabei betrachtet sie exemplarisch drei Arten von Verträgen: Verträge, die die Basis eines kollektiven Sicherheitssystems bilden, menschenrechtliche Verträge und Verträge zum Umfang des deutschen Staatsgebiets.

Inhaltsübersicht

Einführung
1. Teil: Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge
A. Völkerrechtliche Regeln zur Vertragskündigung
B. Verfassungsrechtliche Regeln zur Vertragskündigung
2. Teil: Treaty Override
A. Völkerrechtliche Regeln zum Treaty Override
B. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Treaty Overrides
3. Teil: Die Lösung von bestimmten Arten von völkerrechtlichen Verträgen
A. Gründungsverträge kollektiver Sicherheitssysteme
B. Menschenrechtliche Verträge
C. Verträge zum Umfang des deutschen Staatsgebiets (insb. der Zwei-plus-Vier-Vertrag)
Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen

Giorgishvili, Ketevan

## Das georgische Versammlungsrecht im Schnittpunkt von Verfassungs- und Verwaltungsrecht

### Die Rechtsprechung des EGMR und die deutsche Dogmatik zum Vergleich

Band 191
2022. XIX, 481 Seiten.

ISBN 9783161602153
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161602160
eBook PDF 99,00 €

Die Versammlungsfreiheit ist ein normativer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Dies gilt insbesondere für die georgische Demokratie, die sich im Prozess der rechtlich-politischen Transformation befindet. Vor diesem Hintergrund zeigt Ketevan Giorgishvili vor allem die »Konfliktkultur" der Versammlungsfreiheit auf, die entsprechende »Legitimationspotenziale" zwischen den Wahlperioden beinhaltet. Die allgemeine gesellschaftlich-politische Relevanz der Versammlungsfreiheit impliziert auch besondere verfassungsrechtliche Bindungen bei der Konkretisierung der Versammlungsfreiheit. Die Autorin verdeutlicht erstmalig die Spezifik des einfachen Versammlungsrechts und der sogenannten »versammlungsrechtlichen Gefahrenabwehr" in Georgien. In Anbetracht der erzielten Ergebnisse und anhand der Rechtsprechung des EGMR fordert sie die Nachbesserung der georgischen Rechtslage. Nur so kann die Versammlungsfreiheit ihre verfassungsrechtliche Qualität als responsives Recht beanspruchen.

Mayer, Matthias

## Die Verteilung von Verlusten aus der Offenmarktpolitik des Eurosystems

### Kompetenzielle Grundlagen und unionsrechtliche Grenzen

Band 190
2022. XXXI, 430 Seiten.

ISBN 9783161617355
fadengeheftete Broschur 99,00 €

ISBN 9783161618123
eBook PDF 99,00 €

Im Zuge der unkonventionellen Geldpolitik hat das Eurosystem die Zentralbankbilanz als geldpolitisches Instrument eingesetzt. Dadurch sehen sich die Zentralbanken nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den massiven Ankäufen von Staatsanleihen der Euro-Mitgliedstaaten erhöhten finanziellen Risiken ausgesetzt. Wenngleich derartige Risiken nicht eintreten müssen, wirft diese Entwicklung angesichts der besonderen Konstruktion des europäischen Zentralbanksystems die auch in den gerichtlichen Verfahren um die OMT und insbesondere das PSPP virulent gewordene, aber bislang nicht beantwortete Frage auf, welche Möglichkeiten das Unionsrecht der EZB eröffnet, um über die Verteilung von Verlusten zwischen den einzelnen Zentralbanken des Eurosystems zu entscheiden. Matthias Mayer entwickelt vor diesem Hintergrund den unionsrechtlichen Rahmen für die Verteilung von Verlusten durch die EZB und analysiert, inwiefern die Euro-Mitgliedstaaten unionsrechtlich dazu verpflichtet sind, ihre nationalen Zentralbanken zu rekapitalisieren.

Inhaltsübersicht

**Einleitung**
§ 1 Einführung in den Gegenstand sowie Anliegen der Untersuchung

**Erster Teil – Die Offenmarktpolitik des Eurosystems: Institutionelle, rechtliche und funktionelle Grundlagen**
§ 2 Das Eurosystem
A. Das Eurosystem und das ESZB
B. Die institutionellen Bestandteile des Eurosystems
C. Die Unabhängigkeit des Eurosystems
§ 3 Der Rechtsrahmen der Offenmarktpolitik
A. Der primärrechtliche Handlungsrahmen
B. Die sekundärrechtliche Ausgestaltung durch die EZB
C. Die Umsetzung der sekundärrechtlichen Vorgaben durch die nationalen Zentralbanken
§ 4 Die Offenmarktpolitik als geldpolitisches Instrument im Wandel
A. Der Begriff der Offenmarktpolitik
B. Die Rolle der Offenmarktpolitik im Rahmen der konventionellen Zinspolitik
C. Die gewandelte Bedeutung der Offenmarktpolitik in Gestalt der unkonventionellen Bilanzpolitik

**Zweiter Teil – Die Verlustrisiken der Offenmarktpolitik: Tatsächliche und rechtliche Parameter**
§ 5 Die Finanzgeschäfte des Eurosystems zur Durchführung der Offenmarktpolitik
A. Die rechtlichen Grundlagen der Finanzgeschäfte des Eurosystems
B. Die einzelnen Finanzgeschäfte
§ 6 Die Verlustrisiken der liquiditätsbereitstellenden Finanzgeschäfte
A. Die Verlustrisiken der Kreditgeschäfte
B. Die Verlustrisiken der endgültigen Wertpapierankäufe
C. Exkurs: Die Verlustrisiken der Devisenswapgeschäfte für geldpolitische Zwecke
§ 7 Die Kontrolle der Verlustrisiken durch das Eurosystem
A. Die Gründe für eine Kontrolle der Verlustrisiken durch die Zentralbanken
B. Die Risikokontrollmaßnahmen des Eurosystems
C. Die geldpolitischen Grenzen der Risikokontrolle
§ 8 Die Auswirkungen der unkonventionellen Bilanzpolitik auf das geldpolitische Risikoportfolio des Eurosystems
A. Quantitative Erhöhung der Verlustrisiken: Die Entwicklung der Bilanzsumme des Eurosystems
B. Qualitative Erhöhung der Verlustrisiken: Die Entwicklung der Zusammensetzung der Zentralbankbilanz

**Dritter Teil – Der unionsrechtliche Rahmen für die Verteilung von Verlusten**
§ 9 Die Kompetenzen des EZB-Rats
A. Die Primärebene: Die Entscheidung des EZB-Rats über die Verteilung der geldpolitischen Ausführungskompetenzen
B. Die Sekundärebene: Die Entscheidung des EZB-Rats über die Vergemeinschaftung von Verlusten
C. Ergebnisse zu § 9
§ 10 Die materiell-rechtliche Determinierung der Verlustverteilung
A. Materiell-unionsrechtliche Grenzen für die Verteilung von Verlusten aus dem Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Mitgliedstaaten
B. Allgemeine Geltung beanspruchende materiell-unionsrechtliche Grenzen
C. Ergebnisse zu § 10

**Schlussbetrachtung**
§ 11 Das Eurosystem als wirtschaftliche Einheit ohne überschießende Tendenz
§ 12 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung

Gerdung, Anja

## Internationale Regulierung der Risiken grüner Gentechnik

### Kohärenz und Konsistenz der Regulierung im Hinblick auf transnationale Umwelt- und Gesundheitsrisiken

Band 189
2022. XXX, 682 Seiten.

ISBN 9783161612282
fadengeheftete Broschur 119,00 €

ISBN 9783161612299
eBook PDF 119,00 €

Die grüne Gentechnik birgt Chancen und Risiken, die eine Regulierung auf Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und der Wertmaßstäbe einer Rechtsordnung erfordern. Die Kontroversen, die die Regulierung bereits in den 1990er Jahren bestimmten, zeigen sich teilweise auch wieder bei den sogenannten neuen Techniken. Auf internationaler Ebene wird die Herausforderung an die Regulierung dadurch erhöht, dass Organisationen mit unterschiedlichsten Mandaten Regelungen und Standards für den Umgang mit gentechnisch veränderte Organismen (GVO) erstellt haben, die auf verschiedenen Regulierungsansätzen basieren. Anja Gerdung systematisiert und analysiert das umfangreiche empirische Primärmaterial der Organisationen auf inhaltliche und verfahrensmäßige Vorgaben für Risikoermittlung, -management und -kommunikation für GVO. Dabei prüft sie, welche Folgen die widerstreitenden Regulierungsansätze für die Elemente der Risikoregulierung haben und ob die Dokumente die neuen Techniken miterfassen.

Bajrami, Shpetim

## Selbstverteidigung gegen nichtstaatliche Akteure

### Eine Systematisierung und Auswertung der unwilling or unable-Doktrin

Band 188
2022. XVIII, 386 Seiten.

ISBN 9783161615481
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161615498
eBook PDF 94,00 €

Staaten greifen zunehmend auf militärische Gewalt gegen nichtstaatliche Akteure zurück. Ob und wie nichtstaatliche Akteure in das Selbstverteidigungsrechtsregime einbezogen werden können, ist eine zentrale Frage des modernen Friedenssicherungsrechts. Shpetim Bajrami untersucht den völkerrechtsdogmatischen Rahmen, beleuchtet die methodischen Anforderungen an einen Rechtswandel und wertet anhand der entwickelten Maßstäbe die Staatenpraxis – insbesondere mit Blick auf die unwilling or unable-Doktrin – aus.

Inhaltsübersicht

Einführung
**1. Kapitel: Dogmatische Grundlagen**
A. Grundkonstruktion des Selbstverteidigungsrechts von Staaten gegen nichtstaatliche Akteure
B. Nichtstaatliche Akteure als Initianten des bewaffneten Angriffs
C. Die Intensitätsschwelle des bewaffneten Angriffs für nichtstaatliche Akteure
D. Anforderungen an die Rechtfertigung der Souveränitätsverletzung des Aufenthaltsstaates
E. Dogmatische Konsequenzen für Art. 51 UN-Charta
F. Zusammenfassung

**2. Kapitel: Die unwilling or unable-Doktrin**
A. Die ungenauen Konturen der unwilling or unable-Doktrin
B. Rechtliche Konstruktionsmodelle der unwilling or unable-Doktrin
C. Strukturelle Risiken der unwilling or unable-Doktrin
D. Zusammenfassung

**3. Kapitel: Methodische Rahmenbedingungen eines Rechtswandels**
A. Einführung in die Problematik
B. Grundsatzfragen des methodischen Rahmens des Friedenssicherungsrechts
C. Konkrete methodische Voraussetzungen zur Ermittlung einer Veränderung des Selbstverteidigungsrechts
D. Fazit, Auswertungsschema und Folgerungen für die weitere Vorgehensweise

**4. Kapitel: Die Staatenpraxis**
A. Einleitung
B. Fallstudien
C. Ergebnisse der Fallstudien
Zusammenfassung und Fazit
A. Zusammenfassung
B. Das Gesamtbild der Staatenpraxis
C. Fazit

Bischof, Thorsten

## Das Pariser Klimaschutzabkommen

### Zur Effektivität völkerrechtlicher Klimaschutzverträge

Band 187
2022. XIX, 407 Seiten.

ISBN 9783161615078
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161615085
eBook PDF 94,00 €

Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen schlossen die Staaten im Jahr 2016 einen neuen völkerrechtlichen Vertrag, um einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Einhalt zu gebieten: dem Klimawandel. Ausgehend von den naturwissenschaftlichen Hintergründen und der bisherigen Entwicklung des internationalen Klimaschutzregimes legt Thorsten Bischof eine umfassende rechtliche Untersuchung des Pariser Abkommens vor. Anschließend geht er der Frage nach, ob und unter welchen Bedingungen es auf Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages allgemein und des Pariser Abkommens im Speziellen tatsächlich gelingen kann, dem Klimawandel rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Dabei vereint der Autor rechtswissenschaftliche Erkenntnisse mit solchen der internationalen Beziehungen, um das Potenzial des Pariser Abkommens zu bewerten.

Inhaltsübersicht

Vorwort
Einleitung

**1. Kapitel: Der Klimawandel – Erkenntnisse des Weltklimarats**
A. Die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels
B. Die mit dem Klimawandel verbundenen Folgen
C. Die Möglichkeiten zur Minderung der Treibhausgasemissionen
D. Zwischenergebnis: Die dringende Handlungsnotwendigkeit vor dem Hintergrund der Herausforderung des anthropogenen Klimawandels

**2. Kapitel: Die Meilensteine des internationalen Klimaschutzvertragsrechts vor Verabschiedung des Pariser Abkommens**
A. Die Klimarahmenkonvention
B. Das Kyoto-Protokoll
C. Die Post-Kyoto-Phase
D. Zwischenergebnis: Der dynamische Entwicklungsprozess des Klimaschutzrechts bis Paris
E. Die Herausforderung des internationalen Klimaschutzrechts vor dem Hintergrund gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten

**3. Kapitel: Das Pariser Klimaschutzabkommen**
A. Die grundsätzlichen Weichenstellungen
B. Die langfristigen Vertragsziele
C. Die Minderung der Treibhausgasemissionen
D. Anpassung an die Folgen des Klimawandels
E. Unterstützung der Parteien
F. Erweiterter Transparenzrahmen
G. Der Mechanismus zur Erleichterung der Durchführung und zur Förderung der Einhaltung der Bestimmungen des Abkommens
H. Die globale Bestandsaufnahme

**4. Kapitel: Analyse der Effektivität völkerrechtlicher Klimaschutzverträge**
A. Das zugrundeliegende Effektivitätsverständnis
B. Die Elemente eines effektiven Klimaschutzvertrages

**5. Kapitel: Das Potenzial des internationalen Klimaschutzrechts zur effektiven Problemlösung vor dem Hintergrund übergeordneter Entwicklungslinien**
A. Das Verhältnis zwischen Bottom-up- und Top-down-Elementen
B. Der Rechtscharakter völkerrechtsvertraglicher Bestimmungen und ihre Bedeutung im internationalen Klimaschutzvertragsrecht
C. Die Prozeduralisierung des Klimaschutzvölkerrechts
D. Das Effektivitätspotenzial des Kyoto-Protokolls und des Pariser Abkommens
E. Der klimaschutzvölkerrechtliche Paradigmenwechsel des Pariser Abkommens
Zusammenfassung in Thesen

Rödiger, Sarah Leyli

## Staatsverbrechen im Völkerrecht

### Zivilgesellschaftliche Interventionen als Grundlage eines neuen völkerrechtlichen Konzepts der Aufarbeitung

Band 186
2022. XIV, 375 Seiten.

ISBN 9783161616877
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161617959
eBook PDF 94,00 €

Staatsverbrechen wie Ökozide, Migrations- oder Kriegsverbrechen sind jüngst durch zivilgesellschaftliches Engagement in das öffentliche Bewusstsein gelangt. Menschenrechtsorganisationen reichen Strafanzeigen bei Gericht ein, um öffentliche Debatten anzuregen. Mit ihren Interventionen vor dem Internationalen Strafgerichtshof machen sie die Öffentlichkeit auf Verbrechen des Globalen Nordens aufmerksam, die bislang wenig sichtbar sind. Diese strategische Prozessführung verfolgt einen rechtlichen und sozialen Wandel. Dabei nutzen zivile Akteure das Recht als Werkzeug, um breite Aufarbeitungsprozesse zu initiieren. Zugleich geraten die Akteure weltweit unter Druck und ihre Handlungsräume werden zunehmend eingeschränkt. Starke Zivilgesellschaften haben eine menschenrechtsschützende Funktion, insoweit sind völkerrechtliche Strategien zur Einbindung im Kontext der Aufarbeitung wichtig.

Inhaltsübersicht

Einleitung
**Erster Teil: Der Staat als Akteur der Verbrechenserzeugung und Verbrechensaufarbeitung**
Kapitel 1: Staatsverbrechen und Völkerrecht
Kapitel 2: Staatsverbrechen als kriminologisches Konzept
Kapitel 3: Staatsverbrechen als Paradoxon

**Zweiter Teil: Aufarbeitung von Staatsverbrechen**
Kapitel 4: Konzeption von Aufarbeitung im Völkerrecht
Kapitel 5: Staatsimmanente Defizite
Kapitel 6: Völkerrechtsbezogene Defizite

**Dritter Teil: Kontrollmechanismen**
Kapitel 7: Zivilgesellschaftliche Organisationen in der Völkerrechtsordnung
Kapitel 8: Zivilgesellschaftliche Interventionen als Initiatoren von Aufarbeitungsprozessen
Kapitel 9: Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Interventionen

**Schluss: Völkerrechtlicher Rahmen einer erweiterten Aufarbeitung von Staatsverbrechen**

Haake, Camilla S.

## Technik – Recht – Raum

### Der Cyberspace als Rechtsraum besonderer Art. Zugleich eine Analyse des Verhältnisses von Völkerrecht und Technik

Band 185
2022. XXV, 595 Seiten.

ISBN 9783161610264
fadengeheftete Broschur 114,00 €

ISBN 9783161610325
eBook PDF 114,00 €

Die Ubiquität des Kommunikationsraums »Cyberspace« erschwert bis heute dessen raumordnungsrechtliche Einordnung und einheitliche Regulierung. Das Recht tut sich schwer mit der Normierung des technisch konstituierten »virtuellen Raums«. Aber warum? Am Beispiel des Cyberspace analysiert Camilla S. Haake Dynamiken der Entwicklung von Recht und Technik und konzentriert sich dabei v.a. auf die grenzüberschreitende Dimension und das Verhältnis von Völkerrecht und Technik. Die Autorin zeigt Ansätze einer völkerrechtlichen Regulierung von Aktivitäten im Cyberspace de lege lata und de lege ferenda auf und identifiziert Veränderungen, denen die bekannten völkerrechtlichen Werkzeuge und Prozesse der Normsetzung und -durchsetzung aufgrund des Einflusses des technischen Wandels unterworfen sind. Umgekehrt analysiert sie jedoch ebenso die innovationshemmende bzw. -fördernde Wirkung unterschiedlicher Regelungsmechanismen.

Schneider, Linda

## Die Durchsetzung von Normenkontrollentscheidungen

### Ein Grundmodell judikativer Mechanismen der Entscheidungsabsicherung

Band 184
2022. XII, 243 Seiten.

ISBN 9783161612107
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161612114
eBook PDF 79,00 €

Wie sichern Gerichte die Befolgung von Normenkontrollentscheidungen ab? Durch welche generellen Maßnahmen muss der beanstandete Rechtszustand behoben werden? Das zu bewerten und entsprechende Regelungen zu treffen, ist Aufgabe des politischen Prozesses. Dabei wirken typische Zwänge wie begrenztes Budget und schwerfällige Konsensfindung, die die Entscheidungsumsetzung behindern können. Zugleich fehlt Normenkontrollgerichten ein klassischer Vollstreckungsapparat, was sie dem Risiko aussetzt, dass ihre Entscheidungen nicht befolgt werden. Schließlich bergen gerichtliche Interventionen zur Urteilsdurchsetzung gegenüber dem Gesetzgeber auch immer das Risiko eines nicht gerechtfertigten Übergriffs in den politischen Raum. Angesichts dieses Grundkonflikts widmet sich Linda Schneider der Frage, welche Mechanismen Normenkontrollgerichten in Antizipation bzw. im Fall des legislativen Ungehorsams zur Verfügung stehen. Hierbei zeigen sich rechtsordnungsübergreifend aufschlussreiche Gemeinsamkeiten, die sich modellhaft beschreiben lassen.

Hoffmann, Patrick R.

## Völkerrechtliche Vorgaben für die Verleihung der Staatsangehörigkeit

Band 183
2022. XL, 675 Seiten.

ISBN 9783161611100
fadengeheftete Broschur 124,00 €

ISBN 9783161611117
eBook PDF

Das Staatsangehörigkeitsrecht wird trotz der völkerrechtlichen Relevanz der Staatsangehörigkeit oft als eine der letzten Bastionen staatlicher Souveränität angesehen. Patrick R. Hoffmann hinterfragt diese tradierte Annahme, indem er einen frischen Blick auf das Rechtsinstitut der Staatsangehörigkeit wirft und die völkerrechtlichen Vorgaben hinsichtlich deren Verleihung untersucht. Um auch moderne Praktiken im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts – wie den sog. Verkauf von Staatsangehörigkeiten oder die sog. *passportisation* – dogmatisch korrekt erfassen zu können, nimmt er das Völkerrecht in puncto Staatsangehörigkeit grundlegend in den Blick. Der Autor untersucht unter anderem das oft proklamierte Menschenrecht auf eine Staatsangehörigkeit sowie das Erfordernis einer vernünftigen Verbindung zwischen Mensch und Staat als Voraussetzung für die Verleihung einer Staatsangehörigkeit.

Otto, Nicholas

## Die Vielfalt unionaler Rechtsetzungsverfahren

### Eine verfassungs- und verfahrenstheoretische Rekonstruktion der Funktions- und Organisationslogiken des Rechtsetzungsverfahrensrechts der Europäischen Union

Band 182
2022. XVII, 353 Seiten.

ISBN 9783161610882
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161610899
eBook PDF 84,00 €

Das Verfassungsrecht der Europäischen Union zeichnet sich durch ein überaus vielfältiges Verfahrensrecht zum Erlass verbindlicher Rechtsakte aus. Die Unterschiede zwischen den 70 verschiedenen Verfahren manifestieren sich dabei sowohl in variierenden Verfahrenskategorien mit unterschiedlichen rechtlichen Implikationen als auch in wechselnden Akteuren und Abläufen. Nicholas Otto untersucht, auf welche Strukturentscheidungen, Gesetzmäßigkeiten und Wertungen diese Binnendifferenzierungen zurückzuführen sind, und macht diese als Funktions- und Organisationslogiken deutlich. Dabei rekonstruiert er nicht nur staatsanalog anmutende Phänomene wie die »Gesetzgebungsverfahren« als unionsspezifische Verfahrenskategorie, sondern beleuchtet beispielsweise auch, inwieweit das Konzept dualer Legitimation geeignet ist, die variablen Verfahrenskonfigurationen unter Beteiligung des Rates und des Europäischen Parlaments adäquat abzubilden.

Die Arbeit wurde mit dem Dissertationspreis 2021 der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ausgezeichnet.

Manthey, Leslie

## Amnestiegesetze und Rule of Law im Völkerrecht

### Die völkerrechtliche Einhegung innerstaatlicher Amnestien: Verrechtlichung des Politischen oder Politisierung des Rechts?

Band 181
2022. XVIII, 267 Seiten.

ISBN 9783161609060
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161609077
eBook PDF 74,00 €

Im internationalen Diskurs hat in den letzten Jahrzehnten ein Wandel beim Blick auf nationale Amnestien für Völkerstraftaten und schwere Menschenrechtsverletzungen stattgefunden: Während Amnestien Mitte der 1980er Jahre als Instrumente für den Schutz der Menschenrechte galten, scheint ihr Erlass seit Ende des Kalten Krieges keine Option mehr zu sein. Eine dogmatische Untersuchung offenbart allerdings, dass sich Amnestien – mit Ausnahme bestimmter regionaler Menschenrechtsabkommen – trotzdem in vielen Bereichen der völkerrechtlichen Einhegung widersetzen. Leslie Manthey erklärt dies mithilfe eines Ansatzes, der Recht als Form der politischen Imagination versteht. Die internationale Strafjustiz mit ihrem Anspruch auf Überwindung innerstaatlicher Amnestien, präsentiert demnach eine Botschaft, die in der Behauptung des Rechts gegenüber dem Politischen besteht. Wie die Genealogie der Menschenrechte, kann dieses Unterfangen in einer dialektischen Gegenbewegung in sein Gegenteil umschlagen und selbst zur politischen Utopie werden. Dies zeigt sich insbesondere in der Amnestiedebatte.

Zornow, Michael

## Supranationale Vertragsgewalt

### Die völkerrechtliche Vertragsschlussfähigkeit der Europäischen Union aus kompetenz- und legitimationsbezogener Sicht

Band 180
2022. XVIII, 308 Seiten.

ISBN 9783161611063
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161611070
eBook PDF 79,00 €

Wer ist für den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags zuständig? Diese Frage ist seit der Frühphase der Europäischen Integration zwischen Unionsorganen und Mitgliedstaaten umstritten. Nicht zuletzt aufgrund der geografischen und inhaltlichen Ambition in der Europäischen Freihandelspolitik erhöhte sich die Anzahl von Rechtsstreitigkeiten noch einmal. Dabei beweisen die europaweiten Proteste gegen CETA und TTIP ein öffentliches Interesse an Themen, die zuvor als Spezialfragen des Handelsrechts galten. Vor diesem Hintergrund unternimmt Michael Zornow eine Systematisierung und dogmatische Klärung im unübersichtlichen Bereich der Außenkompetenzen. Dabei greift er Fragen der Begründung, Natur und Wahrnehmung von Vertragsschlusskompetenzen auf und schlägt den Bogen zu unionsrechtlichen Mechanismen, die ein ausreichendes Legitimationsniveau des unionalen Völkervertragsrechts sichern sollen.

Hobmaier, Franziska

## Die Einrichtung völkervertraglicher Gremien

### Entwicklung eines unionsrechtlichen Legitimationssystems mit Bezügen zum Grundgesetz

Band 179
2021. XXIV, 324 Seiten.

ISBN 9783161609664
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161609671
eBook PDF 94,00 €

In den vergangenen Jahren lässt sich eine deutliche Zunahme bilateraler völkerrechtlicher Verträge beobachten, die Gremien mit eigenen Entscheidungsbefugnissen einrichten. Ein wichtiges Beispiel für diesen Institutionalisierungsprozess sind Freihandelsabkommen der Europäischen Union. Je nach Ausgestaltung stellen sich unterschiedliche Legitimationsfragen, die umso drängender werden, je weitreichender die Entscheidungsbefugnisse sind. Diese Legitimationsproblematik analysiert Franziska Hobmaier aus der Perspektive des Unionsrechts und entwickelt ein Legitimationsmodell für Entscheidungen durch Vertragsorgane in bilateralen Verträgen der Europäischen Union. Sie zeigt auf, dass ein angemessener Ausgleich zwischen dem Bedürfnis nach effektiver Mitwirkung im Völkerrecht und der hinreichenden Beteiligung legitimationsstiftender Organe an Gremienentscheidungen geschaffen werden kann.

Kardas, Arhan

## Gleichstellung der Frau im islamischen Recht?

### Eine vergleichende Analyse des islam- und menschenrechtlichen Verständnisses unter besonderer Berücksichtigung des Wahl- und Erbrechts

Band 178
2022. XXIII, 411 Seiten.

ISBN 9783161597695
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161598722
eBook PDF 104,00 €

Inwieweit ist die islamische Normlehre in klassischer und moderner Auffassung in der Lage, die Herausforderungen der Gleichstellung der Frau zu meistern und den Anspruch des universalen menschenrechtlichen Egalitarismus einzulösen? Arhan Kardas bietet zunächst einen rechtlich-philosophischen Überblick über die Thematik und behandelt anschließend im Bereich des öffentlichen Rechts die Frage der Leitung des Staatswesens durch Frauen sowie im zivilrechtlichen Bereich die erbrechtliche Diskriminierung der Frau. Der Autor setzt die Methode des Rechtsvergleichs auf der Mikro- und Makroebene ein und analysiert die internationalen und regionalen, zum Teil islamisch-geprägten Menschenrechtsdokumente. Auf der Grundlage historischer Tiefenschichtung entwickelt er eine neue Theorie – die der Übertragung oder Vertagung – für die Interpretation des Korans und der prophetischen Sunna. Sie ermöglicht es, der Gleichstellung der Frau in der islamischen Normlehre Rechnung zu tragen, und leistet so einen Beitrag zum menschenrechtlichen Diskurs.

Zölls, Anselm

## Das Verbot der Kollektivausweisung nach Art. 4 Protokoll Nr. 4 EMRK

### Diskriminierungs- und Willkürverbot im Ausweisungsrecht

Band 177
2021. XXII, 299 Seiten.

ISBN 9783161607110
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161607127
eBook PDF 94,00 €

Seit dem Inkrafttreten von Art. 4 Protokoll Nr. 4 EMRK am 2. Mai 1968 hat sich das Verbot der Kollektivausweisung von einem Symbol gegen die Massenausweisungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Instrument des Ausweisungsschutzes in Europa entwickelt. Anselm Zölls zeichnet die Entwicklung in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach und ordnet sie methodisch ein. Er zeigt auf, dass sich das Kollektivmerkmal der Ausweisung allein durch die fehlende Prüfung der individuellen Umstände der ausgewiesenen Person bestimmen lässt. Das Verbot der Kollektivausweisung enthält demnach ein Recht auf Einzelfallprüfung. Dieses Recht findet auf jede Maßnahme eines Konventionsstaats Anwendung, die einen Ausländer unter seiner Hoheitsgewalt zwingt, ein Staatsgebiet zu verlassen oder daran hindert, ein Staatsgebiet zu erreichen.

Kurkin, Claudia

## Extraterritorialität

### Eine Kategorie des transnationalen Rechts

Band 176
2021. XV, 267 Seiten.

ISBN 9783161601859
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161601866
eBook PDF 104,00 €

Ist das interdisziplinäre Phänomen der extraterritorialen Praxis eine legitime Rechtsbildung? Wie lässt sich dieses Phänomen unter Beachtung der hoheitlichen extraterritorialen Anordnung und der Entstehung durch richterliche Rechtsfortbildung im transnationalen Raum und in aktuellen Globalisierungsprozessen verorten? Claudia Kurkin analysiert die weltweit signifikante unilaterale Praxis unter Auswertung des angloamerikanischen Schrifttums. Sie entwickelt auf der Grundlage der im Forum der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen *Sustainable Development Goals* einen methodischen Lösungsvorschlag. Seine konsequente Anwendung kann ermöglichen, die bisweilen feindselige extraterritoriale Praxis gegenüber anderen Staaten, der Staatengemeinschaft und Privatrechtssubjekten an weltweit anschlussfähige und praktikable Parameter anzubinden, um faire und transparente Ergebnisse sowie nachhaltiges Recht zu schaffen.

Lührs, Lisa-Marie

## Überstellungsschutz und gegenseitiges Vertrauen

### Europäischer Grund- und Menschenrechtsschutz im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem

Band 175
2021. XIX, 315 Seiten.

ISBN 9783161601378
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161601385
eBook PDF 94,00 €

Über die Rechte von Schutzsuchenden gegen sogenannte Dublin-Überstellungen im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem entscheiden gleich zwei europäische Gerichte. Lisa-Marie Lührs analysiert die Rechtsprechung von EGMR und EuGH und entwickelt daraus ein spezifisches, einheitliches *Refoulement* -Verbot in innereuropäischen Überstellungskonstellationen aus Art. 3 EMRK bzw. Artt. 4, 19 II GRCh. Sie zeigt zudem, unter welchen Voraussetzungen auch aus anderen Konventions- und Chartarechten weitere Überstellungsverbote folgen können. Dabei untersucht sie insbesondere die Rolle des Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens, der den Rechtsschutz gegen Dublin-Überstellungen entscheidend prägt: Allein bei Vorliegen sogenannter »außergewöhnlicher Umstände« lässt der EuGH eine grundrechtliche Überprüfung ausnahmsweise zu. Die Autorin beleuchtet, welche Umstände außergewöhnlich genug sind, um die Vermutungswirkung des Vertrauensgrundsatzes zu widerlegen.

Herok, Joel

## Rechtsangleichung durch Richtlinien

### Konzeption und Entwicklung der europäischen Rechtsetzung zwischen Staatengebundenheit und gesetzgeberischer Gestaltungsmacht

Band 174
2021. XXVII, 549 Seiten.

ISBN 9783161596407
fadengeheftete Broschur 114,00 €

ISBN 9783161596414
eBook PDF 114,00 €

Die Rechtsangleichung stellt eine der bedeutendsten Formen der Rechtsetzung in der EU dar. Dennoch bleibt die genaue Bedeutung dieses Rechtsetzungsmodus unklar. In seiner historisch fundierten Untersuchung zeigt Joel Herok, wie der seit den 1950er Jahren geführte Streit um das Wesen und das Legitimationssubjekt der europäischen Rechtsordnung einen Prozess der Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung einleitete. In dessen Zuge erfolgten zunächst eine Annäherung der Richtlinie an die unmittelbar geltende Verordnung und später ein Bedeutungsverlust der Richtlinie zulasten derselben. Der Autor erkennt die Auflösung der ursprünglichen Konzeption der »Rechtsangleichung durch Richtlinien« als Grund dafür, weshalb heute nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, was unter Rechtsangleichung genau zu verstehen ist, und inwieweit die unionale Rechtsetzung bereits Züge einer staatsanalogen Gesetzgebung aufweist.

Herrmann, Stefan

## Völkerrechtliche Jurisdiktionsgrundlagen für den Datenschutz im Netz

Band 173
2021. XXVI, 480 Seiten.

ISBN 9783161599699
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161599859
eBook PDF 114,00 €

Die Allgegenwart des Internets stellt Staaten bei der datenschutzrechtlichen Regulierung vor Herausforderungen. Um einen angemessenen Schutzstandard gewährleisten zu können, sind sie vielfach darauf angewiesen, eigene Rechtsregeln auf grenzüberschreitende Sachverhalte im Netz anzuwenden. Stefan Herrmann untersucht, welche Möglichkeiten die völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Jurisdiktionsprinzipien hierfür bieten und welche Grenzen sie setzen. Im Mittelpunkt stehen dabei neben dem grundlegenden Territorialitätsprinzip das Personalitäts- und Schutzprinzip sowie das Wirkungsprinzip. Letzteres wird insbesondere von der Datenschutzgrundverordnung als vielversprechender Eckpfeiler bei der Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereichs der Verordnung herangezogen. Des Weiteren geht der Autor auf denkbare Jurisdiktionskonflikte bei der datenschutzrechtlichen Regulierung im Netz ein und schlägt einen Ansatz zur Lösung der Konflikte vor.

Kazimierski, Felix

## Rechtsschutz im Rahmen der Europäischen Bankenaufsicht

Band 172
2020. XVI, 357 Seiten.

ISBN 9783161598043
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161598050
eBook PDF

Die Struktur der Bankenaufsicht in der Europäischen Union ist als Folge der letzten Finanzkrise grundlegend verändert worden. Zentrale Kompetenzen befinden sich nun auf der europäischen Ebene. Felix Kazimierski untersucht vor diesem Hintergrund umfassend die Rechtsschutzmöglichkeiten der beteiligten Akteure, insbesondere der beaufsichtigten Kreditinstitute. Dabei stellen sich vielfältige Fragen, die teilweise auf grundlegende Probleme des europäischen Prozessrechts zurückzuführen sind, wie z. B. die Zuständigkeitsabgrenzung in diesem komplexen Mehrebenensystem oder der Rechtsschutz gegen die teilweise atypischen Handlungsformen der Bankenaufsicht. Der Autor adressiert aber nicht nur die rechtlichen, sondern auch die tatsächlichen Probleme hinsichtlich des Rechtsschutzes gegen Maßnahmen der Aufsichtsbehörden und zeigt abschließend praktische Lösungsvorschläge auf.

Wiater, Patricia

## Internationale Individualkläger

### Ein Vergleich des Zugangs zu Gericht im Wirtschaftsvölkerrecht

Band 171
2020. XXXIII, 714 Seiten.

ISBN 9783161593604
Leinen

ISBN 9783161593611
eBook PDF

Patricia Wiater behandelt den Status nichtstaatlicher Akteure im Völker- und Europarecht anhand der prozessualen Autonomisierung natürlicher und juristischer Personen. Sie zieht das Wirtschaftsvölkerrecht als Referenzgebiet für eine umfassende rechtsvergleichende und historische Detailanalyse der Klagemacht internationaler Individualkläger heran. Neben der EU betrachtet sie afrikanische und amerikanische Systeme regionaler Wirtschaftsintegration und behandelt das *standing* von natürlichen und juristischen Personen im Seevölkerrecht und im internationalen Investitionsschutz. Eine Kernerkenntnis ihrer Studie besteht darin, dass Individualkläger in höchst heterogenem Maße mit Funktionen ausgestattet werden, die sich Staaten traditionell selbst vorbehalten hatten. Dagegen lässt sich eine weitgehende Kohärenz in der Spruchpraxis der betrachteten Gerichte ausfindig machen: Systemübergreifend werden Individualklagerechte über reine Rechtsschutzbelange hinaus auf eine Kontrolle staatlicher Legalität erstreckt. Die Autorin weist rechtstheoretische Wege auf, wie sich das derart entfaltete Rechtsprinzip einer »umfassenden Parteifähigkeit des Individualklägers« auch jenseits des Staatenkonsenses als tradierter Legitimationsbasis rechtfertigen lässt.

Willms, Manuel

## Die materiell-rechtliche Urteilswirkung im Unionsrecht

### Eine Untersuchung am Beispiel der Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidung

Band 170
2020. XXV, 377 Seiten.

ISBN 9783161597022
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161597039
eBook PDF

Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs wirken sich nicht nur auf das jeweilige Prozessrechtsverhältnis aus, sondern haben eine über den Einzelfall hinausweisende Bedeutung. So verpflichtet Art. 266 Abs. 1 AEUV alle Stellen der Europäischen Union (EU) dazu, die sich aus einer Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidung des Gerichtshofs »ergebenden Maßnahmen zu ergreifen«. Manuel Willms zeichnet die materiell-rechtlichen Wirkungen der EuGH-Entscheidungen nach, entwirft ihre dogmatischen Grundlagen, grenzt sie von verwandten Figuren wie der materiellen Rechtskraft ab und zeigt ihre Bedeutung und Funktion im Kompetenzgefüge der EU. Dabei wird deutlich, dass zur Wahrung legislativer und exekutiver Gestaltungsräume eine starre Pflicht zur Entscheidungsbefolgung im unionalen Kompetenzgefüge trotz der scheinbar eindeutigen Vorschrift des Art. 266 Abs. 1 AEUV nicht immer anzuerkennen ist.

Henrich, Christina

## Vertragsgewohnheitsrecht und Parlamentsbeteiligung

### Verfassungsrechtliche Probleme informeller Vertragsänderungen im Völkerrecht

Band 169
2020. XII, 350 Seiten.

ISBN 9783161593383
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161593390
eBook PDF

Angesichts weltpolitischer Veränderungen, die sich in völkerrechtlichen Vertragstexten nicht unmittelbar umsetzen lassen, haben sich verschiedene Mechanismen herausgebildet, die den völkerrechtlichen Vertrag dennoch aktuell halten. Neben evolutiver Auslegung können inhaltliche Veränderungen in Verträgen durch die Herausbildung von Vertragsgewohnheitsrecht erfolgen. Diese Mechanismen zu erläutern und voneinander abzugrenzen steht im Zentrum der völkerrechtlichen Analyse. Aus verfassungsrechtlicher Sicht stellt sich dann die Frage nach der Parlamentsbeteiligung. Hier schwelt ein Kompetenzkonflikt zwischen Exekutive und Legislative im Bereich der auswärtigen Gewalt, den Christina Henrich zugunsten des Parlaments und unter Berücksichtigung des Gewaltenteilungskonzepts des Grundgesetzes auflöst. Anschließend überträgt sie die gewonnenen Erkenntnisse auf den Entstehungsprozess von Völkergewohnheitsrecht.

Makris, Agnė

## Verwalten in »Modernen Protektoraten«

### Rechtmäßigkeitsanforderungen an EU-Verwaltungsmissionen am Beispiel der EULEX-Mission im Kosovo

Band 168
2020. XXXII, 575 Seiten.

ISBN 9783161577093
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161577109
eBook PDF

Die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, die sog. EULEX-Mission, ist ein Beispiel der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen. Agnė Makris untersucht die Mission aus völker-, europa- und verwaltungsrechtlicher Perspektive, um im Wesentlichen zwei Legitimationsfragen nachzugehen: Erstens, ist die EU als Rechtsgemeinschaft *sui generis* und zugleich als Teil des Völkerrechtssystems dazu befugt, staatliche Aufgaben auf Drittgebieten zu übernehmen, und falls ja, unter welchen rechtlichen Bedingungen? Auf einer zweiten Ebene stellt sich dann die Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingungen für das eigentliche Handeln der EU vor Ort. An welche rechtlichen Vorgaben ist eine EU-Verwaltungsmission im Einsatzgebiet gebunden bzw. welchen rechtlichen Standards muss sie genügen? Um diese Fragen beantworten zu können, erarbeitet die Autorin zunächst auf abstrakter Ebene rechtliche Vorgaben, die speziell auf hoheitlich tätige zivile Missionen bezogen sind. Diese können auch als Maßstab für künftige EU-Missionen dieser Art herangezogen werden.

Sebode, Ana Catarina

## Peace-Keeping der 5. Generation?

### Die Afghanistanmission der Vereinten Nationen und ihre Bedeutung für deren Friedenssicherungspraxis

Band 167
2020. XV, 241 Seiten.

ISBN 9783161593109
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161593116
eBook PDF

Über ein Jahrzehnt währte die Afghanistanmission der Vereinten Nationen, bestehend aus den Missionskomponenten ISAF und UNAMA. Sie hat die Praxis des sog. Peace-Keeping der Vereinten Nationen maßgeblich geprägt. Ana Catarina Sebode bettet die Mission in den Kontext des Peace-Keeping ein und zeigt ihre Bedeutung für die Rolle des Sicherheitsrates im Friedenssicherungssystem der Charta der Vereinten Nationen auf. Sie beantwortet die Frage, ob die Afghanistanmission im bestehenden völkerrechtlich etablierten Generationengefüge des Peace-Keeping aufgeht, oder ob sie Teil einer neuen Generation der Friedenssicherung ist. Das besondere Engagement der NATO, die von 2003 bis 2014 die Führung über die militärische Missionskomponente ISAF innehatte, wird dabei kritisch gewürdigt. So entsteht ein Gesamtbild der Vor- und Nachteile des arbeitsteiligen Peace-Keeping zwischen den Vereinten Nationen, ihren Mitgliedstaaten und regionalen Partnern wie der NATO im kriegsgeplagten Land am Hindukusch.

Chionos, Tatjana

## Zur Übertragung innerstaatlicher Begriffe und Rechtsgrundsätze in das Völkerrecht

Band 166
2020. XIV, 229 Seiten.

ISBN 9783161594656
Leinen

ISBN 9783161594663
eBook PDF

Begriffe und Rechtsgrundsätze aus dem innerstaatlichen Recht werden im Völkerrecht verwendet, um völkerrechtliche Tatbestände zu erfassen und zu normieren. Während die Verwendung einzelner innerstaatlicher Begriffe und Rechtsgrundsätze in den vergangenen Jahren immer wieder Anlass zu Debatten in der Völkerrechtswissenschaft gegeben hat, fand eine Auseinandersetzung mit der grundsätzlichen Methodik der Übertragung lange Zeit nicht statt. Tatjana Chionos widmet sich der Frage, welche Elemente in diesen Übertragungsprozessen von Bedeutung sind und bildet damit einen methodologischen Rahmen der Übertragung. Dazu bezieht sie neben rechtstheoretischen auch linguistische und (sprach-)philosophische Erwägungen mit ein. Im Zusammenhang der Übertragung innerstaatlicher Rechtsgrundsätze unterzieht sie zudem die völkerrechtliche Rechtsquelle der allgemeinen Rechtsgrundsätze einer näheren Untersuchung.

Cloppenburg, Christian

## Erwerbsgrundrechte im Unionsrecht

### Zum Verhältnis der Berufsfreiheit und der unternehmerischen Freiheit in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Band 165
2020. XIX, 265 Seiten.

ISBN 9783161596100
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161596117
eBook PDF

Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Geschichte ökonomischer Integration. Es verwundert daher nicht, dass auch die europäische Grundrechtsentwicklung durch Wirtschaftsgrundrechte geprägt wurde. Der Freiheit des Erwerbs widmet die Charta nunmehr gleich zwei Artikel, deren Verhältnis zueinander bis heute ungelöst ist: die Berufsfreiheit und die unternehmerische Freiheit. Der Weg zur Auflösung ihres Konkurrenzverhältnisses führt zunächst in die Verfassungsordnungen der Mitgliedstaaten. Besonders die Grundrechtskataloge Portugals und Spaniens kennen einen vergleichbaren erwerbsgrundrechtlichen Dualismus. Derweil hat die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs eine verwirrende Vielzahl vermeintlich unterschiedlicher Erwerbsgrundrechte aus den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts hergeleitet, die mit denen der Charta schwerlich in Einklang zu bringen sind. Auf Grundlage einer allgemeinen unionsrechtlichen Dogmatik der Grundrechtskonkurrenz gelingt Christian Cloppenburg die dogmatisch kohärente Auflösung des Konkurrenzverhältnisses von Berufsfreiheit und unternehmerischer Freiheit.

Bilz, Christopher

## Margin of Appreciation der EU-Mitgliedstaaten

### Eine Untersuchung im Anwendungsbereich der Grundrechtecharta am Beispiel des Datenschutzgrundrechts, der Religionsfreiheit, der unternehmerischen Freiheit und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf

Band 164
2020. XXIV, 426 Seiten.

ISBN 9783161590863
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161590870
eBook PDF

Im grundrechtlichen Mehrebenensystem der Europäischen Union besteht aufgrund des weiten Anwendungsbereichs der Unionsgrundrechte und des unionsrechtlichen Vorrangpostulats ein Bedürfnis nach Geltungserhaltung und Berücksichtigung für die Grundrechte der nationalen Verfassungen. Christopher Bilz untersucht die These, ob die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entwickelten Doktrin der *margin of appreciation* auf die Unionsrechtsordnung übertragbar ist. Unter Berücksichtigung der funktionalen und rechtsdogmatischen Entscheidungsgrundlagen und auf Basis einer umfassenden Analyse der Rechtsprechung des EuGH zu einzelnen, exemplarisch ausgewählten Grundrechten arbeitet er Faktoren für das Bestehen und die Reichweite mitgliedstaatlicher Spielräume in Grundrechtsfragen heraus. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem Determinierungsgrad des anwendungsbereichseröffnenden sonstigen Unionsrechts zu.

Krüger, Hagen R. J.

## Geoengineering und Völkerrecht

### Ein Beitrag zur Regulierung des klimabezogenen Geoengineerings

Band 163
2020. XXII, 509 Seiten.

ISBN 9783161589881
Leinen

ISBN 9783161589898
eBook PDF

Seit einigen Jahren werden unter Oberbegriffen wie Geoengineering oder Climate Engineering verstärkt Klimaschutzmethoden diskutiert, die – anders als Emissionsreduktionen – darauf ausgerichtet sind, die Erderwärmung durch aktive Eingriffe in das Klimasystem einzudämmen. Solche Geoengineeringtechniken sollen der Atmosphäre bereits emittierte Treibhausgase entziehen oder über eine Beeinflussung der ein- oder ausfallenden Sonnenstrahlung eine Abkühlung herbeiführen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer potentiellen Umweltfolgen und ihrer möglichen Anwendungsorte werfen die Konzepte des Geoenineerings jedoch eine Vielzahl völkerrechtlicher Fragen auf, denen die vorliegende Arbeit nachgeht. Ausgehend von einer ausführlichen Untersuchung des heutigen Rechtsrahmens erörtert Hagen Krüger das normative Potential wesentlicher völkerrechtlicher Regime mit Blick auf die weitere Beratung und Regulierung des Geoengineerings.

Kriesel, Julia

## Peoples' Rights: Gruppenrechte im Völkerrecht

### Theorie und Praxis des kollektiven Menschenrechtsschutzes in Afrika, Amerika und Europa

Band 162
2020. XIX, 506 Seiten.

ISBN 9783161577215
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161577222
eBook PDF

Die *Peoples ' Rights* aus dem afrikanischen Menschenrechtsschutzsystem sind bislang eine Unbekannte, die allenfalls unter dem Blickwinkel des Kulturrelativismus wahrgenommen wird. Gruppenrechte als Menschenrechte scheinen angesichts des Primats der Individualrechte undenkbar. Indes offenbart die erstmalige Gesamtschau von der Ideengeschichte (innerhalb und jenseits des Nationalstaates), dem theoretischen Diskurs zu kollektiven Rechtspositionen und der Praxis des internationalen Menschenrechtsschutzes ein anderes Bild. Julia Kriesel unternimmt eine rechtsvergleichende Analyse des afrikanischen, amerikanischen und europäischen Menschenrechtssystems und zeigt, dass der Schutz von Gruppen durch Menschenrechte (unabhängig von der rechtspositivistischen Ausgangssituation) längst Realität ist. Hervor tritt eine Verflechtung von Individual- und Gruppenschutz mit einem (teilweise neuen) umfassenden Menschenrechtsverständnis.

Müller, Joscha

## Reformhindernisse im internationalen Investitionsrecht

Band 161
2020. XVIII, 314 Seiten.

ISBN 9783161590900
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161590917
eBook PDF

Das internationale Investitionsrecht befindet sich in einer Umbruchsphase. Die seit geraumer Zeit existierende Kritik an der traditionellen Ausgestaltung zwischenstaatlicher Investitionsabkommen hat Eingang in die neuere Vertragspraxis gefunden. Moderne Investitionsabkommen sind präziser formuliert, enthalten häufiger Ausnahmetatbestände und sollen so staatliche Regulierungsspielräume stärker berücksichtigen. Diese vielfach beschworene Reform des Investitionsrechts steht jedoch weiterhin vor erheblichen rechtlichen Herausforderungen. Denn eine der Besonderheiten der Rechtsmaterie ist ihre mangelnde Harmonisierung und die Wechselwirkungen, die zwischen der großen Zahl neuer und älterer Investitionsabkommen entstehen können. Die so hervorgerufenen normativen Spannungsverhältnisse führen zu einer Reihe neuer Rechtsfragen, denen sich Joscha Müller in seiner Untersuchung eingehend widmet.

Riedel, Christian G. H.

## Die Grundrechtsprüfung durch den EuGH

### Systematisierung, Analyse und Kontextualisierung der Rechtsprechung nach Inkrafttreten der EU-Grundrechtecharta

Band 160
2020. XVI, 506 Seiten.

ISBN 9783161590443
Leinen

ISBN 9783161590450
eBook PDF

Die Grundrechtsprüfung des Europäischen Gerichtshofs war vor der Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Gegenstand massiver Kritik. Zehn Jahre nach deren Inkrafttreten legt Christian G. H. Riedel die erste umfassende Bestandsaufnahme zur Charta-Rechtsprechung des EuGH vor. Dabei vereint er dogmatisches Arbeiten mit innovativen Methoden zur Rechtsprechungsanalyse: Im ersten Teil kategorisiert er sämtliche Entscheidungen des Gerichtshofs, in denen dieser die Charta zitiert. Dem schließt sich eine ausführliche dogmatische Analyse der Grundrechtsprüfung des EuGH an, wobei der entsprechende Maßstab aus Art. 52 Abs. 1 der Charta entwickelt wird. Die in diesem Schritt aufgezeigten Divergenzen in der Dogmatik der Grundrechtsprechung werden im dritten Teil mit verschiedenen Kontexten erklärt. Damit liefert der Autor eine ebenso umfassende wie detaillierte Grundlage für die Diskussion über die Qualität der Grundrechtsprüfung durch den EuGH.

Göttsche, Anna Lena

## Weibliche Genitalverstümmelung/Beschneidung

### Interdisziplinäre Betrachtungen und rechtliche Einordnungen im Lichte von Grund- und Menschenrechten

Band 159
2020. XV, 295 Seiten.

ISBN 9783161590009
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161590016
eBook PDF

Zweifellos sind weibliche Genitalverstümmelungen bzw. Beschneidungen (FGM/Cs) auch ein deutsches Thema. Über die genaueren Umstände der Praktik, gerade in Deutschland, ist allerdings wenig bekannt. Wie begegnet also nationales Recht dieser Form von geschlechtsbezogener Gewalt und den Personen, die von ihr betroffen oder bedroht sind, sowie denen, die sie ausüben? Und stimmt dieser Umgang mit den verfassungsrechtlichen und internationalen Verpflichtungen aus Grund- und Menschenrechten überein? Mit Blick auf das einfache nationale Recht und die jeweilige Rechtsprechung überprüft Anna Lena Göttsche die hier einschlägigen Vorgaben systematisch und zeigt schließlich konstruktive wie auch defizitäre Herangehensweisen an einen Untersuchungsgegenstand mit vielfältigen Ambivalenzen auf. Maßgebliche Grundlage der Untersuchung sind dabei die theoretischen Konzeptionen von Menschenrechten und von Selbstbestimmung sowie ein konstanter Blick auf gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen und Machtverhältnisse.

Schäfer, Martin

## Treaty Overriding

### Ein Beitrag zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit abkommensüberschreibender Bundesgesetze

Band 158
2020. XIV, 227 Seiten.

ISBN 9783161589959
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161589966
eBook PDF

Wie verhält sich das deutsche Verfassungsrecht zu der Frage, ob der Bundestag bei seiner gesetzgeberischen Tätigkeit an völkerrechtliche Verträge gebunden ist? Martin Schäfer untersucht dies und zeigt, wie »freundlich« sich das Grundgesetz gegenüber dem Völkerrecht verhält. Wie verträgt sich eine etwaige Bindung des Gesetzgebers an völkerrechtliche Verträge mit seiner durch das Demokratieprinzip verbürgten Freiheit, in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen zurückzunehmen oder zu ändern? Der Autor erörtert, welchen Rang dabei völkerrechtliche Verträge in der deutschen Normenpyramide einnehmen und welche Rückschlüsse die Organkompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt auf die Frage zulässt, ob das sog. Treaty Overriding verfassungsrechtlich zulässig ist.

Döveling, Johannes

## Das Recht der Ostafrikanischen Gemeinschaft

### Eine kritische Analyse

Band 157
2019. XXI, 457 Seiten.

ISBN 9783161567179
Leinen

ISBN 9783161567186
eBook PDF

Die im Jahr 2000 wiederbegründete Ostafrikanische Gemeinschaft (East African Community – EAC), der inzwischen neben den Gründungsmitgliedern Kenia, Tansania und Uganda auch Burundi, Ruanda und Südsudan angehören, hat sich das ambitionierte Ziel einer politischen Föderation gesetzt. Zugleich sind in der Integrationspraxis jedoch weitreichende Implementierungsdefizite hinsichtlich des auf regionaler Ebene erlassenen Rechts zu beobachten. Vor diesem Hintergrund untersucht Johannes Döveling, ob und inwieweit das rechtliche Regelungsregime der Ostafrikanischen Gemeinschaft dazu beitragen kann, die Integrationsziele zu erreichen. Dabei berücksichtigt er auch ausgewählte europarechtliche Aspekte. Es tritt eine Wirtschaftsgemeinschaft zutage, die zwar der Europäischen Union ähnelt, allerdings keine nennenswerte Übertragung von Hoheitsrechten vorsieht und sich damit im Ergebnis eher als Plattform für intergouvernementale Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten darstellt.

Eckhardt, Niklas

## Der Marco jurídico para la paz und die Rolle der transitional justice in Kolumbien

Band 156
2020. XII, 372 Seiten.

ISBN 9783161582080
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161582097
eBook PDF

Friedensverträge müssen zum einen Anreize für die Täter enthalten, damit diese bereit sind, den bewaffneten Konflikt zu beenden, und zum anderen die Grundlagen für die Versöhnung der zerstrittenen Gesellschaft und eine friedvolle Zukunft legen. Im jüngsten kolumbianischen Friedensprozess wurde ein Präzedenzfall geschaffen, mit dem verfassungsrechtliche Anforderungen an die Regelung der Bestrafung von Verbrechen und die Wiedergutmachung für die Opfer formuliert wurden. Niklas Eckhardt untersucht dieses Spannungsverhältnis zwischen rechtsstaatlichen Anforderungen und den Herausforderungen des Friedensprozesses. Er entwickelt ein zur Rechtsprechung des kolumbianischen Verfassungsgerichts alternatives Modell, das anhand rechtlicher Maßstäbe offenlegt, dass ungerechtfertigte Amnestien für Militärs gewährt werden. Dabei erläutert er, inwiefern Amnestien und Straffreistellungen mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar sind.

Otz, Nadine

## Intertemporalität im Spannungsverhältnis von Staatenimmunität und Menschenrechtsverletzungen

Band 155
2019. XVIII, 266 Seiten.

ISBN 9783161582127
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161582134
eBook PDF

Das Verfahren vor dem IGH in der Sache *Jurisdictional Immunities of the State* findet seinen Ursprung im Ferrini-Verfahren. In diesem Verfahren fällt die Vornahme der Verletzungshandlungen und deren richterliche Beurteilung zeitlich weit auseinander. Daher befasst sich der IGH mit den Grundsätzen intertemporaler Rechtsanwendung. Die entscheidende Frage des Ferrini-Verfahrens ist, ob es dem Verletzerstaat nach Maßgabe des anwendbaren Rechts im Falle einer schweren Menschenrechtsverletzung verwehrt ist, sich auf die Staatenimmunität zu berufen. In der Annahme, dass die Staatenimmunität prozessualer Natur ist, muss die Frage nach dem Vorliegen einer Staatenimmunitätsausnahme anhand des Prozessrechts beantwortet werden, das zum Zeitpunkt der Klageerhebung gilt. Nadine Otz analysiert das Völkergewohnheitsrecht und zeigt, dass sich eine solche Annahme nach damaligem Stand des Völkerrechts nicht ausmachen lässt. In Anbetracht dieser unzureichenden Rechtslage sucht sie nach alternativen Schutz- und Entschädigungsmechanismen, um es Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen zu ermöglichen, zivilrechtliche Entschädigung zu erhalten.

Barends, Sophie

## Streitbeilegung in Unionsabkommen und Europäisches Unionsrecht

### Unionsrechtliche Anforderungen an Streitbeilegungsmechanismen in EU-Investitionsschutzabkommen

Band 154
2019. XVI, 389 Seiten.

ISBN 9783161576645
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161576652
eBook PDF

Das System der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit ist in der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zunehmender Kritik ausgesetzt. Trotz der polarisierend geführten Debatte fehlt es bislang an einer umfassenden Überprüfung der Streitbeilegungsmechanismen mit dem Unionsrecht. Sophie Barends geht der Frage nach, welchen unionsverfassungsrechtlichen Anforderungen die Regelungen über die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit in EU-Investitionsschutzabkommen unterliegen. Auf Basis der sog. Grundlagen der Union arbeitet sie die institutionellen, materiellen und verfahrensrechtlichen Anforderungen an Streitbeilegungsmechanismen in völkerrechtlichen Abkommen der Europäischen Union heraus. Anschließend überprüft sie anhand dieser Anforderungen die in den EU-Investitionsschutzabkommen enthaltenen Streitbeilegungsmechanismen und macht, sofern erforderlich, Vorschläge für eine unionsrechtskonforme Ausgestaltung.

Gilles, André

## Die Konditionalität der Finanzhilfen für Eurostaaten

Band 153
2019. XVIII, 286 Seiten.

ISBN 9783161576560
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161576577
eBook PDF

Von Beginn der Eurokrise an war allen Kreditzahlungen an Eurostaaten gemein, dass sie an fiskal- und wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft wurden, die weit in Zuständigkeitsbereiche der betroffenen Mitgliedsstaaten vordrangen. André Gilles untersucht Konzept, Funktion und Gestaltungspotential dieser als Konditionalität bezeichneten Auflagenpolitik im Rahmen der Eurozone. Er beleuchtet die Genese der konditionalen Kreditvergabe innerhalb der Europäischen Union, skizziert die einschlägigen Rechtsquellen und Regelungsstrukturen und setzt sich mit dem intergouvernementalen und unionsrechtlichen Regelungsumfeld der Konditionalität auseinander. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet dabei die Untersuchung des rechtlichen Status der Kreditkonditionalität im Euroraum und die sich aus dem europäischen Primärrecht ergebenden Schranken.

Horst, Johan

## Transnationale Rechtserzeugung

### Elemente einer normativen Theorie der Lex Financiaria

Band 152
2019. XII, 265 Seiten.

ISBN 9783161568121
Leinen

ISBN 9783161568138
eBook PDF

Die Märkte für außerbörslich (OTC) gehandelte Finanzderivate haben durch die Steigerung von Nahrungsmittelpreisen, die Beeinflussung der fiskalischen Situation von Staaten und den Aufbau systemischer Risiken erhebliche negative Auswirkungen. Die Demokratisierung dieser Märkte ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben des globalen Rechts. Die International Swaps and Derivatives Association (ISDA) prägt als private Institution die rechtliche Infrastruktur dieser Märkte. Johan Horst untersucht die Rechtspraxis der ISDA und zeigt auf, dass das ISDA-Regime eigene Formen legislativer Tätigkeit, der Rechtsdurchsetzung und der Adjudikation ausgebildet hat. Aufgrund der massiven Auswirkungen der Tätigkeit der ISDA bedarf es einer normativen Rückbindung durch die Begründung transnationaler Responsivitätspflichten, die dogmatisch in der Horizontalwirkung der Menschenrechte, Drittwirkungsverboten transnationaler Vertragsnetzwerke sowie einer dezentralen Politisierung transnationalen Rechts verankert werden können.

Gick, Markus

## Die EMRK und Israel

### Transnationale Diskurse und juristische Netzwerke

Band 151
2019. XXIV, 260 Seiten.

ISBN 9783161560569
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161560576
eBook PDF 79,00 €

Ein Indiz für die Globalisierung des Rechts stellt die Praxis nationaler Gerichte dar, Entscheidungen ausländischer Gerichte und für den Heimatstaat nicht verbindliche Verträge in ihren Urteilen zu zitieren. Dies geschieht häufig im Bereich der Menschenrechte. Am Beispiel von Zitierungen der Grundrechte der Europäischen Konvention für Menschenrechte (EMRK) und der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in Urteilen des Obersten Gerichtshofes in Israel untersucht Markus Gick, ob eine Ausstrahlwirkung der EMRK auf die Rechtsprechung Israels vorliegt. Er analysiert, welche Gründe dies hat und ob die EMRK auch für Nicht-Vertragsstaaten zum Goldstandard der Menschenrechtsprechung avanciert. Anhand einer Reihe bisher nicht übersetzter Entscheidungen des israelischen OGH beobachtet Markus Gick den Einfluss der europäischen Menschenrechtsrechtsprechung auf die Rechtsprechung Israels. Damit legt er die Grundlage für weitere empirische Fallstudien, die zur Bewertung des Einflusses der EMRK über den europäischen Rechtsraum hinaus beitragen.

Witte, Andreas

## Der pacta-tertiis-Grundsatz im Völkerrecht

### Scheinbare und tatsächliche Ausnahmen

Band 150
2019. XXIII, 285 Seiten.

ISBN 9783161576690
Leinen

ISBN 9783161576706
eBook PDF 104,00 €

Der pacta-tertiis-Grundsatz, wonach Verträge für Dritte ohne ihre Zustimmung weder Rechte noch Pflichten begründen, gilt als einer der Grundpfeiler des Völkerrechts. Die Frage nach der Existenz etwaiger Ausnahmen wird jedoch oft nur oberflächlich und auf wenige Fallgruppen begrenzt gestellt. Andreas Witte geht neue Wege, indem er in Form von Fallstudien bislang weniger beachtete Konstellationen einer möglichen Drittwirkung von Verträgen untersucht. Zentrale Fragestellung ist, ob die dabei identifizierte Auswirkung eines Vertrags auf Nichtparteien eine schlichte Ausnahme von pacta tertiis darstellt, oder ob sie dogmatisch ohne das Postulieren einer solchen erklärt werden kann. Gelegentliche Seitenblicke in Form der – im Völkerrecht verbreiteten und nützlichen, jedoch nicht immer risikofreien – Zivilrechtsanalogie reichern dabei die Untersuchung an.

Thiele, Martin

## Motor der Integration

### Europarechtsgeschichtliche Grundlegung der Europäischen Kommission

Band 149
2019. XIX, 569 Seiten.

ISBN 9783161575662
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161575679
eBook PDF 114,00 €

In der Debatte über eine institutionelle Reform der EU wird die Aufwertung der Kommission zu einer echten Regierung Europas vorgeschlagen. Schon jetzt wirkt sie als politischer Unternehmer. Martin Thiele unternimmt eine europarechtsgeschichtliche Vergewisserung im Hinblick auf dieses entscheidende EU-Organ: Aus historischen Quellen rekonstruiert er die Entstehung der Hohen Behörde in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und deren Fortentwicklung zur Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den ersten zwei Jahrzehnten der europäischen Integration. Er untersucht die intellektuellen Wurzeln der technokratischen Regierungsform, die Vertragsverhandlungen und die integrationspolitisch motivierte Kompetenzauslegung in der Praxis. Zugleich entsteht ein Bild von der Konstituierung der Europarechtslehre. Der Einfluss einzelner Juristen auf die bis heute geltende supranationale Strukturentscheidung der Integration sowie ihre immer noch aktuellen Standpunkte werden aufgezeigt.

Benrath, Daniel

## Die Konkretisierung von Loyalitätspflichten

### Strukturen und Werkzeuge der Konkretisierung von Verfahrensregelungen in der EU durch den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

Band 148
2019. XXVI, 658 Seiten.

ISBN 9783161566172
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161566189
eBook PDF 119,00 €

Der mittlerweile im EU-Vertrag positivierte Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit hat eine herausragende Bedeutung für das Institutionengefüge der EU. Seine Unbestimmtheit erregt jedoch Bedenken wegen einer drohenden Beliebigkeit der Rechtsanwendung und rückt die Konkretisierung der Loyalitätspflichten in den Fokus. Daniel Benrath rekonstruiert den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit als Verkörperung der Gesamtrechtsordnung und seine Konkretisierung als Rechtsanwendung im spezifischen Bereich hoheitlicher Beziehungen und in der spezifischen Situation »schwieriger« Rechtslagen. Die Konkretisierung erscheint so als methodisches Problem, zu dessen Lösung der Grundsatz selbst als inhaltsleere Zwischenkonstruktion wenig beitragen kann. Der Autor analysiert deren Herausforderungen und entwickelt anschließend für Verfahrensregelungen verschiedene methodische Werkzeuge zur Konkretisierung.

Rung, Joachim

## Grundrechtsschutz in der Europäischen Strafkooperation

### Die Vorgaben der Charta der Grundrechte der Europäischen Union für den Europäischen Haftbefehl

Band 147
2019. XXXIII, 514 Seiten.

ISBN 9783161565601
Leinen

ISBN 9783161565618
eBook PDF 134,00 €

Die EU-Mitgliedstaaten sind zur Gewährleistung von Sicherheit auf grenzüberschreitende Kooperation angewiesen. Eines der zentralen Instrumente der Europäischen Strafkooperation stellt nach wie vor der Europäische Haftbefehl dar, der das Konfliktpotenzial dieser Instrumente markant zum Ausdruck bringt: Während er sein Ziel eines schnelleren und effektiveren Systems der Auslieferung bzw. der Übergabe erreicht und damit zur Kriminalitätsbekämpfung in der Union beigetragen hat, erweist sich dieses beschleunigte Verfahren zugleich in hohem Maße als grundrechtssensibel. Vor diesem Hintergrund untersucht Joachim Rung die Regelungen des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl mit Blick auf die Unionsgrundrechte der Charta und formuliert Leitlinien für die Auflösung etwaiger Konflikte; dabei reicht die Untersuchung insbesondere vom Recht auf Freiheit über die Justiz- und Verfahrensgrundrechte bis hin zur Frage eines allgemeinen Grundrechtsvorbehalts.
Die Arbeit wurde mit dem Carl-Gareis-Preis 2018 der Universität Bayreuth ausgezeichnet.

## Zeit und Internationales Recht

### Fortschritt – Wandel – Kontinuität

Hrsg. v. Sebastian Wuschka, Isabella Risini, Stefan Lorenzmeier u. Felix Boor

Band 146
2019. XII, 312 Seiten.

ISBN 9783161559211
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161559228
eBook PDF 94,00 €

Der vorliegende Band widmet sich dem durch Zeit hervorgerufenen Wandel des internationalen Rechts. Dabei treffen verschiedene Generationen von Völkerrechtlern zusammen, die sich über Veränderungen im internationalen Recht austauschen.
Der Forschungsansatz ist querschnittsartig. Die Autoren identifizieren verschiedene Dynamiken des Wandels im Recht und analysieren, welchen zeitlichen Horizont alte und neue Rechtssätze im Völkerrecht besitzen. Ebenfalls werden methodische Fragestellungen untersucht: Verändert sich zum Beispiel die Auslegung von völkerrechtlichen Normen durch zunehmende Institutionalisierung oder durch neue Regelungstechniken? Kritisch beleuchtet werden überdies Legitimationsfragen. Die Figur des Fortschritts, die auf Völkerrechtler einen besonderen Reiz ausübt, wird hinterfragt und einer Rückbesinnung auf souveränitätsschonenden Ausgleich von staatlichen Interessen und Dispositionsfreiheit gegenübergestellt.

Inhaltsübersicht

*Felix Boor/Stefan Lorenzmeier/Isabella Risini/Sebastian Wuschka:* Zeit und Internationales Recht. Vermessung der Veränderung
**Part 1: Der Faktor Zeit: Regelungsperspektive und Methode**
*Jochen Rauber:* Verschiebungen im Zeithorizont des Völkerrechts. Erscheinungsformen und Probleme völkerrechtlicher Zukunftsorientierung – *Maria Bertel:* EMRK und demokratische Legitimation: Eine unendliche Geschichte? – *Marten Breuer:* Demokratieprinzip oder Staatensouveränität? Ein Kommentar zu »EMRK und demokratische Legitimation: Eine unendliche Geschichte?« von Maria Bertel – *Dominic Beckers-Schwarz:* Das Zusammenspiel von WTO-Recht und Investitionsrecht. Interaktion mit Beispielcharakter für andere Bereiche des Völkerrechts? – *Katharina Gatzsche:* Einvernehmliche Aufhebungen und Abänderungen bilateraler Investitionschutzabkommen – *Karsten Nowrot:* Kommentar: Völkerrechtlicher Umgang mit ambivalenten Regressionsphänomenen im internationalen Investitionsrecht
**Part 2: Der Faktor Zeit: Veränderung und Beständigkeit**
*Tobias Ackermann:* Die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf völkerrechtliche Verträge im Wandel der Zeit – *Linus Mührel:* Die Kommentare des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ihre Autorität und ihr Einfluss auf die Entwicklung des Humanitären Völkerrechts im Wandel der Zeit – *Antal Berkes:* Frozen Conflicts, Consolidation of De Facto Regimes and the Obligation of Timely Cooperation – *Sué González Hauck:* Die Idee des Fortschritts in der Debatte um die Beschränkung des Veto-Rechts des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
**Part 3: Der Faktor Zeit: Auswirkungen auf das materielle Völkerrecht**
*Elisabeth Hoffberger-Pippan:* Restitutionsansprüche von Kulturgütern im Völkerrecht – Der Faktor »Zeit« als konstituierendes Merkmal – *Yury Safoklov:* Völkerrecht als lex aeterna – Zur rückwirkenden Anwendung völkervertraglicher Wertungen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – *Elena Konnova:* The Right to Self-determination and Time – *Stefan Lorenzmeier:* Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Einschränkung der Vertragskompetenz der Europäischen Union

Grimmeiß, Kevin

## Sezession und Reaktion

### Zur völkerrechtlichen Regelung des Sezessionsvorgangs

Band 145
2019. XIV, 207 Seiten.

ISBN 9783161562303
Leinen

ISBN 9783161562310
eBook PDF 89,00 €

Schottland, Katalonien, Québec – in vielen Regionen der Welt streben Menschen nach einem eigenen, unabhängigen Staat. Solche Sezessionsbemühungen können, gerade wenn sie erfolgreich sind, erhebliche Auswirkungen auf die internationale Ordnung mit sich bringen. Das legt die Vermutung nahe, dass das Völkerrecht zu Sezessionen eine eindeutige Haltung hat. Allein: Nach traditioneller Lesart enthält sich das internationale Recht jeder Wertung und bleibt Sezessionen gegenüber neutral. Kevin Grimmeiß untersucht, ob dieses Verständnis unter den geänderten Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts noch zutrifft. Seine Analyse der Staatenpraxis zeigt, dass sich das Völkerrecht keineswegs mehr so neutral verhält wie gemeinhin angenommen: Es unterscheidet verschiedene Arten von Sezessionen nach ihrer Rechtmäßigkeit und knüpft daran unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten für die übrigen Staaten.

Wolf, Anne-Katrin

## Aktivlegitimation im UN-Individualbeschwerdeverfahren

Band 144
2018. XVI, 436 Seiten.

ISBN 9783161564086
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161564093
eBook PDF 99,00 €

Anne-Katrin Wolf beschäftigt sich mit der Aktivlegitimation im Individualbeschwerdeverfahren der UN-Menschenrechtskonventionen. Sie gibt einerseits eine leitfadenartige Übersicht zum Zulässigkeitskriterium der Aktivlegitimation. Andererseits zeigt sie, dass die Auslegungspraxis der UN-Ausschüsse zu dessen Voraussetzungen derzeit an einigen Stellen zu eng gefasst ist, um einen effektiven Menschenrechtsschutz zu gewährleisten. Im Zentrum steht dabei die Kategorisierung der UN-Menschenrechtskonventionen anhand der jeweiligen Regelungsmaterie und die daran anknüpfende, unterschiedlich weit reichenden Beschwerdemöglichkeiten von Individuen und Kollektiven wie Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen. Sofern eine Ausgestaltung durch die Ausschüsse selbst noch nicht erfolgt ist oder die Autorin bisher angewendeten Kriterien als defizitär bewertet, entwickelt sie Vorschläge zu einer möglichen Ausformung des Kriteriums der Aktivlegitimation in der Zusammenschau mit dem jeweiligen Schutzgehalt der Konvention.

Eßlinger, Sophie

## Gegenseitiges Vertrauen

### Zur grenzüberschreitenden Beurteilung des Grundrechtsschutzes im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Band 143
2018. XVI, 347 Seiten.

ISBN 9783161565557
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161565564
eBook PDF 89,00 €

Ob Kindesrückführung oder Europäischer Haftbefehl: Für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union besitzt der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zentrale Bedeutung. Er verlangt namentlich bei der Kooperation im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts von den Mitgliedstaaten nicht weniger als einen Verzicht auf die Prüfung der Wahrung der Grundrechte durch die jeweils anderen Mitglieder. In einer Analyse der Rechtsprechung zeichnet Sophie Eßlinger zum einen die dogmatische Grundlage dieses Vertrauens und seine Grenzen im Unionsrecht nach. Zum anderen untersucht sie, wieweit EMRK und Grundgesetz einen solchen Prüfungsverzicht zulassen. Die Betrachtung umfasst jeweils den Umgang mit kritischen Einzelfällen jenseits systemischer Mängel. Im Fokus stehen Konstellationen zwingender Anerkennung und Vollstreckung in der justiziellen Zusammenarbeit.

Scharlau, Maria

## Schutz von Versammlungen auf privatem Grund

### EMRK versus Grundgesetz

Band 142
2018. XXVII, 268 Seiten.

ISBN 9783161560057
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161560064
eBook PDF 79,00 €

Versammlungen sind der Ursprung der Demokratie. »Friedlich und ohne Waffen« darf der öffentliche Raum zur politischen Willensbildung genutzt werden. Aber gilt die Versammlungsfreiheit auch im öffentlichen Raum, der im privaten Eigentum steht? Diese Frage ist von großer Brisanz, wenn öffentlicher Raum privatisiert wird. Bahnhöfe, Flughäfen, Einkaufsstraßen und Marktplätze können im privaten Eigentum stehen – und dabei öffentlicher Raum bleiben. Müssen Eigentümer eines Geländes, das als öffentlicher Raum gestaltet ist, dort auch Versammlungen dulden? Wie verhält sich die Versammlungsfreiheit zum Schutz des Grundeigentums? Kann der Staat die Versammlungsfreiheit auf privatem Gelände durchsetzen? Und wie unterscheidet sich der Schutz zwischen der EMRK und dem Grundgesetz? Maria Scharlau geht der Frage nach, wie dieser Konflikt zwischen Versammlungsrecht und Eigentumsschutz zu lösen ist.

Meyer, Inga

## Der Alien Tort Claims Act

### Zwischen Völkerrecht und amerikanischer Außenpolitik

Band 141
2018. XV, 522 Seiten.

ISBN 9783161560491
Leinen

ISBN 9783161560507
eBook PDF 129,00 €

Der amerikanische »Alien Tort Claims Act« (ATCA) wurde nach seinem Inkrafttreten im Jahr 1789 zunächst wenig beachtet. Durch die bahnbrechende Entscheidung *Filartiga v. Pena-Irala* gewann der ATCA jedoch unerwartet Bedeutung für die Geltendmachung internationaler Menschenrechte vor amerikanischen Bundesgerichten. Seit den 1980er-Jahren bildet das Gesetz die Grundlage einer Reihe umstrittener und vielseitig diskutierter Gerichtsentscheidungen. Inga Meyer beleuchtet die komplexen Hintergründe und Zusammenhänge der ATCA-Gerichtsbarkeit. Sie legt die historischen Hintergründe dar und analysiert richtungsweisende Gerichtsurteile. Sie untersucht zentral die mögliche Rechtmäßigkeit von ATCA-Klagen aus völkerrechtlicher Perspektive, bevor sie das Gesetz und seine Anwendung aus Sicht der amerikanischen Exekutive und ihrer Außenpolitik hinterfragt.

Hettche, Juliane

## Die Beteiligung der Legislative bei Vorbehalten zu und Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen

Band 140
2018. XXIV, 365 Seiten.

ISBN 9783161558412
Leinen

ISBN 9783161558436
eBook PDF 119,00 €

Die von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge haben sich seit Inkrafttreten des Grundgesetzes vervielfacht und betreffen viele Rechtsbereiche, die ehemals dem nationalen Gesetzgeber überlassen waren. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge erfolgt nach dem Grundgesetz durch die Exekutive unter Beteiligung der Legislative. Zur Beteiligung der Legislative bei der Einlegung von Vorbehalten zu und der Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen enthält das Grundgesetz keine explizite Regelung. Juliane Hettche legt die vorhandenen Regelungen des Grundgesetzes nach Wortlaut, Historie, Systematik und Teleologie aus. Sie überträgt die Grundsätze, die das Zusammenwirken von Legislative und Exekutive im Innenverhältnis prägen, auf das Außenverhältnis. Daraus leitet sie sowohl Zustimmungs- als auch Initiativrechte der Legislative bei der Einlegung von Vorbehalten zu und der Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen her.

Krumrey, Jakub

## Die Immunität der Vereinten Nationen

### Verantwortlichkeit für Friedensmissionen

Band 139
2018. XVII, 305 Seiten.

ISBN 9783161558627
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161558634
eBook PDF 79,00 €

Die Vereinten Nationen sind eine Organisation über allem Recht. Dieser Eindruck könnte sich aufdrängen, möchte man die Vereinten Nationen vor einem nationalen Gericht für ihr Fehlverhalten im Rahmen ihrer Friedensmissionen zur Verantwortung ziehen. Denn sogar angesichts schwerster Menschenrechtsverletzungen, können sich die Vereinten Nationen noch auf ihre Immunität berufen. Das mussten die Hinterbliebenen eines Völkermordes im Srebrenica-Verfahren schmerzlich erfahren. Nach Artikel 105 UN-Charta jedoch genießen die Vereinten Nationen nur solche Immunitäten, »die zur Verwirklichung ihrer Ziele notwendig sind«. Ihre Immunität scheint daher funktional begrenzt. Kann und soll die Immunität die Vereinten Nationen daher auch vor dem Vorwurf schützen, Menschenrechte in eklatanter Weise verletzt zu haben? Jakub Krumrey geht dieser Frage nach und untersucht, ob zumindest alternative Rechtsschutzmöglichkeiten für die Anspruchsteller bestehen.

Greiner, Jakob

## Die Reform der Komitologie durch den Vertrag von Lissabon

### Delegierte Rechtsetzung und Durchführungsrechtsetzung nach Art. 290 und Art. 291 AEUV

Band 138
2018. XVII, 202 Seiten.

ISBN 9783161557019
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161557026
eBook PDF 69,00 €

Die Reform des als »Komitologie« bezeichneten Systems der Übertragung von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Europäische Kommission gilt seit seiner grundlegenden Neuausrichtung durch den Vertrag von Lissabon vorerst als abgeschlossen. Die Kontrolle der Kommission bei der Ausübung ihrer Befugnisse übernehmen dabei sowohl mitgliedsstaatliche Expertenausschüsse als auch der europäische Gesetzgeber. Anhand einer detaillierten Analyse von Art. 290 und Art. 291 AEUV geht Jakob Greiner der Frage nach, wer im institutionellen Dreieck der EU Gewinner und wer Verlierer der Reform ist. Im Fokus steht dabei auch die problembehaftete Abgrenzung von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten in der Praxis. Die Wahl zwischen beiden Handlungsformen durch Parlament und Rat folgt dabei weniger objektiven Kriterien, sondern ist vielmehr vom Ringen um politischen Einfluss bestimmt. Am Beispiel des hürdenreichen Zulassungsverfahrens gentechnisch veränderter Organismen zeigt der Autor zudem auf, dass das Reformziel einer stärkeren Kontrolle der Kommission durch die Komitologieausschüsse gerade in sensiblen Politikbereichen nur bedingt erreicht wurde.

Bergmann, Andreas

## Zur Souveränitätskonzeption des Europäischen Gerichtshofs

### Die Autonomie des Unionsrechts und das Völkerrecht

Band 137
2018. XVII, 324 Seiten.

ISBN 9783161558238
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161558245
eBook PDF 79,00 €

Vor dem Hintergrund elementarer Herausforderungen der Europäischen Union entwickelt der Europäische Gerichtshof die Unionsrechtsordnung konsequent weiter. Während seine nach innen gerichtete Rechtsprechung entscheidend zur Konstitutionalisierung der Verträge beigetragen hat und judikativer Dialog und Einbindung der nationalen Gerichte das Wesen der Unionsrechtsordnung prägen, zeigt sich in der Abgrenzung von völkerrechtlichen Streitschlichtungsinstitutionen ein entgegengesetztes Bild: In der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs scheint hier eine Konzeption des Wesens der Unionsrechtsordnung durch, die an klassische Elemente nationaler Souveränität erinnert. Damit durchdringt das Europarecht nicht nur die nationalen Rechtsordnungen, sondern grenzt sich gleichzeitig nach außen hin konsequent von einem zunehmend fragmentierten Völkerrecht ab.

Meyer, Katharina

## Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten des Souveränitätsprinzips in transnationalen Handelsbeziehungen

### Zur Legitimation grenzüberschreitender Verwaltungszusammenarbeit am Beispiel des Lebensmittelhandels zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten

Band 136
2018. XX, 451 Seiten.

ISBN 9783161554858
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161554865
eBook PDF 94,00 €

Im grenzüberschreitenden Handel mit Lebensmitteln sieht sich der einzelne Lebensmittelunternehmer in einem Drittstaat mit verbindlichen Vorgaben konfrontiert, die auf die Legislativorgane der Europäischen Union zurückzuführen sind. Demokratische und rechtsstaatliche Legitimationsmechanismen können dabei nicht mehr in dem Umfang verwirklicht werden, wie es die Verfassungen der ausgewählten Drittstaaten Argentinien und Chile vorsehen. Dies führt zu einer Perforation der staatlichen Souveränität und der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des Souveränitätsprinzips. In dem hier untersuchten Szenario kann der einzelne Staat seiner Verpflichtung zum Schutz des Einzelnen vor einer nicht legitimierten Ausübung von Hoheitsgewalt alleine nicht mehr nachkommen. Vielmehr eröffnet erst die kooperative Ausübung der Souveränität Möglichkeiten für eine Stärkung alternativer Legitimationsmechanismen.

Riegner, Michael

## Informationsverwaltungsrecht internationaler Institutionen

### Dargestellt am Entwicklungsverwaltungsrecht der Weltbank und Vereinten Nationen

Band 135
2017. XXI, 540 Seiten.

ISBN 9783161556142
Leinen

ISBN 9783161556159
eBook PDF

Internationale Institutionen agieren und regieren mehr denn je durch Informationen und Wissen. Dabei geraten ihre Informationsbeziehungen zu Staaten und Individuen in den Fokus politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen. Das institutionelle Völkerrecht birgt daher ein bislang nicht systematisch erfasstes Regelungs- und Forschungsfeld: das Informationsverwaltungsrecht internationaler Institutionen. Michael Riegner entfaltet dessen dogmatische Strukturen, allgemeine Prinzipien und interdisziplinäre Kontexte exemplarisch anhand des Rechts internationaler Entwicklungsinstitutionen. Er schlägt einen rechtswissenschaftlichen Zugriff auf Global Governance vor, der das internationale Verwaltungsrecht nicht nur rechtssetzungs- und gerichtsbezogen, sondern auch informationsbasiert konzeptioniert.
Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin – Bibliotheksgesellschaft – e.V. 2017 ausgezeichnet.

Karras, Benjamin

## Missbrauch des Flüchtlingsrechts?

### Subjektive Nachfluchtgründe am Beispiel der religiösen Konversion

Band 134
2017. XVII, 326 Seiten.

ISBN 9783161556166
Leinen

ISBN 9783161556173
eBook PDF 104,00 €

Das Flüchtlingsrecht ist als Verfolgungsschutzrecht dazu konzipiert, künftig drohenden Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Gleichwohl dominiert in Praxis und Literatur bisweilen der Blick in die Vergangenheit. Besonders prominent ist dies in Fällen sogenannter Nachfluchtgründe zu beobachten, also in Konstellationen, in denen erst im Aufnahmeland Umstände begründet werden, die eine Verfolgungsgefahr entstehen lassen. Gerade wenn die drohende Verfolgung auf Handlungen des Migranten zurückzuführen ist, bleibt der Vorwurf des »Missbrauchs« nicht fern. Ausgehend vom Völker- und Europarecht legt Benjamin Karras dar, dass flüchtlingsrechtlich relevant einzig die zu erwartende Reaktion des Verfolgers und nicht die Aktion des (potentiell) Verfolgten ist. Anhand des historisch und aktuell bedeutsamen Anwendungsfalles der religiösen Konversion wird demonstriert, wie diese Vorgaben verwaltungsprozessual zur Geltung kommen können.

Westermann, Eike

## Legitimation im europäischen Regulierungsverbund

### Zur demokratischen Verwaltungslegitimation im europäischen Regulierungsverbund für elektronische Kommunikation

Band 133
2017. XVIII, 791 Seiten.

ISBN 9783161536441
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161537363
eBook PDF 119,00 €

Am Beispiel des europäischen Regulierungsverbundes für elektronische Kommunikation untersucht Eike Westermann die demokratische Legitimation der europäischen Verbundverwaltung und des Regulierungsrechts. Im europäischen Regulierungsverbund für die Telekommunikationsmärkte stehen die prozedurale und institutionelle Kooperation zwischen Regulierungsbehörden und europäischer Kommission sowie die besonderen Strukturmerkmale des Regulierungsrechts in einem Spannungsverhältnis zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben der demokratischen Verwaltungslegitimation. Auf der Basis einer Auseinandersetzung mit dem verfassungsrechtlichen Rahmen demokratischer Legitimation sowie unter Einbeziehung sozialwissenschaftlicher und demokratietheoretischer Grundlagen entwickelt der Autor ein erweitertes Legitimationsmodell für den Regulierungsverbund.

Eickenjäger, Sebastian

## Menschenrechtsberichterstattung durch Unternehmen

Band 132
2017. XIX, 336 Seiten.

ISBN 9783161554766
Leinen

ISBN 9783161554773
eBook PDF

Die im Oktober 2014 verabschiedete so genannte CSR-Richtlinie (2014/95/EU) gibt den Mitgliedstaaten auf, große Unternehmen dazu zu verpflichten, Informationen zu ihrer ökologischen, menschenrechtlichen und sozialen 'Bilanz' offenzulegen.
Ausgehend von einer kritischen Analyse der CSR-Richtlinie untersucht Sebastian Eickenjäger, welchen Beitrag nichtfinanzielle Berichterstattung durch Unternehmen zur Durchsetzung von Menschenrechten gegenüber Unternehmen leisten kann. Es werden dabei zum einen generelle Schwachstellen der aktuellen Praxis nichtfinanzieller Berichterstattung herausgearbeitet. Zum anderen wird diskutiert, ob durch die Einrichtung eines Monitorings der Berichterstattung die Implementierung von Menschenrechten in Unternehmen gefördert werden kann.

Schliemann Radbruch, Christian

## Das völkerrechtliche Institut der Autonomie innerstaatlicher Gruppen

Band 131
2017. XVI, 429 Seiten.

ISBN 9783161552717
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161552724
eBook PDF 79,00 €

Christian Schliemann Radbruch beschäftigt sich mit dem kollektiven Recht innerstaatlicher Gruppen auf Autonomie etwa durch Landrechte oder Zustimmungsrechte zu gesamtstaatlichen Maßnahmen. Aufgrund der Nähe des Rechts auf Autonomie zum politisch umstrittenen Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Verschiedenartigkeit der Autonomie anstrebenden Gruppen hat das Völkerrecht bislang weder eine klare Position zum Inhalt der Autonomie noch zu seinem normativen Status entwickelt.
Der Autor gewährt daher zunächst einen Einblick in die Typisierungen kollektiver Autonomierechte und erläutert die völkerrechtlichen Begriffe »Volk«, »indigenes Volk« und »Minderheit«. Auf dieser Grundlage werden die jeweiligen Rechte nachgezeichnet, welche diesen Gruppen auf globaler und regionaler Ebene zugebilligt werden. Eine Bestandsaufnahme zum derzeitigen Verständnis von Autonomie und Fallkonstellationen ihrer rechtlichen Absicherung schließt die Untersuchung ab.

Stuke, Markus

## Der Rechtsstatus des Kriegsgefangenen im bewaffneten Konflikt

### Historische Entwicklung und geltendes Recht

Band 130
2017. XXIX, 523 Seiten.

ISBN 9783161552960
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161552977
eBook PDF 114,00 €

Der Status des Kriegsgefangenen zählt zu den ältesten Instituten des Völkerrechts. Mit der Debatte um das US-amerikanische Lager in Guantánamo, die Behandlung der Gefangenen in dem Bagdader Militärgefängnis Abu Ghraib oder die Bildberichterstattung über den ehemaligen irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein ist das Kriegsgefangenenrecht auch im 21. Jahrhundert präsent. Ausgehend von den Völkern der Antike zeichnet Markus Stuke den Schutzstatus des Kriegsgefangenen in seiner rechtshistorischen Entwicklung und im geltenden Recht nach. Die Vorschriften der III. Genfer Konvention von 1949 werden systematisiert, im Detail untersucht und im Lichte aktueller Herausforderungen geprüft. Die Frage nach der Schutzrichtung der Konventionsbestimmungen, ihrem Verhältnis zu den allgemeinen Menschenrechten sowie dem Bestehen individueller Schadensersatzansprüche ordnet das Kriegsgefangenenrecht in die Grundstrukturen des modernen Völkerrechts ein.

Tischendorf, Michael

## Theorie und Wirklichkeit der Integrationsverantwortung deutscher Verfassungsorgane

### Vom Scheitern eines verfassungsgerichtlichen Konzepts und seiner Überwindung

Band 129
2017. XXII, 349 Seiten.

ISBN 9783161552694
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161552700
eBook PDF 94,00 €

Mit dem Konzept der Integrationsverantwortung hat das Bundesverfassungsgericht ein für das Verhältnis von nationalem Verfassungs- und europäischem Unionsrecht zentrales Rechtsinstitut geschaffen, das insbesondere dem deutschen Bundesgesetzgeber aufgibt, den Prozess der europäischen Integration aktiv zu steuern und zu überwachen. Hintergrund ist dabei die Annahme, dass allein die in den Mitgliedstaaten verfassten Staatsvölker Subjekte demokratischer Legitimation sein könnten. Die Europäische Union bilde demgegenüber lediglich einen abgeleiteten politischen Sekundärraum, dessen Befugnisse eng umgrenzt bleiben müssten. Michael Tischendorf beleuchtet Ursprünge, Grundlagen und Ausformungen dieses im Jahre 2009 interpretativ gewonnenen Konzepts, um es sodann mit seiner rechtstatsächlichen Handhabung zu konfrontieren. Dabei lenkt er den Blick auf zahlreiche Schwierigkeiten, deren Überwindung die Frage nach der Verfasstheit Deutschlands neu entfachen könnte.

Fontana, Sina

## Universelle Frauenrechte und islamisches Recht

### Zur Umsetzung von Menschenrechten in einer islamisch geprägten Rechtsordnung

Band 128
2017. XXVI, 365 Seiten.

ISBN 9783161551789
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161552366
eBook PDF 94,00 €

Die Vereinbarkeit von universellen Menschenrechten und islamischem Recht wird vielfach pauschal verneint. Am Beispiel der Frauenrechte geht Sina Fontana der Frage nach, ob es strukturell möglich ist, die sich aus den internationalen Menschenrechtsabkommen ergebenen Verpflichtungen auch in solchen Ländern in das nationale Recht umzusetzen, die eine vom islamischen Recht geprägte Rechtsordnung aufweisen. Ausgehend von dem islamischen Menschenrechtsverständnis wird aufgezeigt, ob das Agieren der islamisch geprägten Staaten im internationalen Menschenrechtsdiskurs ein Bekenntnis zu den internationalen Menschenrechten und einen grundsätzlichen Umsetzungswillen erkennen lassen. Anhand einer Betrachtung ausgewählter Staaten untersucht die Autorin, inwieweit diese die Interpretationsoffenheit der islamischen Rechtsdogmatik nutzen, um eine menschenrechtskonforme Anpassung der Scharia vorzunehmen.

Jacob, David

## Minderheitenrecht in der Türkei

### Recht auf eigene Existenz, Religion und Sprache nichtnationaler Gemeinschaften in der türkischen Verfassung und im Lausanner Vertrag

Band 127
2017. XXVII, 309 Seiten.

ISBN 9783161541322
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161541339
eBook PDF 79,00 €

Der Lausanner Vertrag aus dem Jahr 1923 enthält einen Katalog an Minderheitenrechten, zu denen sich die Türkei verpflichtet hat. Der Katalog kann sich mit den heutigen Standards für Minderheitenrechte messen lassen. Er enthält Rechte auf eigene Existenz, Religion und Sprache. Durch die Ratifizierung des Lausanner Vertrages seitens der Türkei sind die dort enthaltenen Rechte für nichtnationale Gemeinschaften nationales Recht und haben mindestens den Rang von Gesetzen. David Jacob stellt jedoch fest, dass die beiden verfassungsgemäßen Grundsätze der Republik, der Nationalismus und der Laizismus, im Spannungsverhältnis zu den Minderheitenrechten des Lausanner Vertrages stehen. Das Nationalismusprinzip definiert die türkische Nation ethnisch als sunnitische und türkischsprachige Gemeinschaft, das Laizismusprinzip verfolgt das Ziel, den sunnitischen Islam zu kontrollieren und zu fördern. Mit diesen verfassungsmäßigen Merkmalen der Republik sind die verbrieften Rechte des Lausanner Vertrages nicht vereinbar.

Bado, Kangnikoé

## Der Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) als Verfassungsgericht

### Zu den Verpflichtungen der Staaten aus den Urteilen des ECOWAS-Gerichtshofs

Band 126
2017. XIX, 297 Seiten.

ISBN 9783161546945
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161546952
eBook PDF 94,00 €

Der Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), der ursprünglich zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten wirtschaftlicher Natur errichtet wurde, ist seit 2005 auch für Verstöße gegen Menschenrechte zuständig. Noch vor dem Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof, der seine Tätigkeit 2006 aufnahm, war er damit als gerichtliche Instanz für die effektive Durchsetzung der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker zuständig – und dies sogar ohne vorherige Erschöpfung des Rechtswegs. Dieser Menschenrechtsauftrag führte zu einem Zuständigkeitskonflikt zwischen dem ECOWAS-Gerichtshof auf der einen und den Verfassungsgerichten der Mitgliedstaaten auf der anderen Seite. Wie lässt sich der Konflikt lösen? Wie kann die Supranationalität des ECOWAS-Gerichtshofs völkerrechtlich eingeordnet werden? Wie sollte das Verhältnis zwischen dem Gerichtshof und den mitgliedstaatlichen Verfassungsgerichten ausgestaltet werden? Kangnikoé Bado untersucht diese Fragen und schlägt Lösungen zur Behebung des Spannungsverhältnisses zwischen den Gerichten beider Ebenen vor.

Bode, Maren Katharina

## Der IWF im Wandel – Rückkehr zu einem neuen System

### Der Umgang des Internationalen Währungsfonds mit zukünftigen Finanz- und Währungskrisen

Band 125
2017. XXXVI, 427 Seiten.

ISBN 9783161551109
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161552120
eBook PDF 94,00 €

Maren Katharina Bode untersucht das Handeln des Internationalen Währungsfonds im Lichte vergangener, aktueller und zukünftiger Finanz- und Währungskrisen aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht. Die Besonderheit liegt in einer weitreichenden Aufarbeitung seines Verhaltens bei der Krisenbewältigung und einer strukturierten Einordnung dieses Verhaltens in verschiedene Rollen. Dabei werden nicht nur seine Handlungsweisen, sondern auch die ihm hierzu entgegengebrachte Kritik systematisch analysiert und bewertet. Im Anschluss werden Lösungswege struktureller und inhaltlicher Art aufgezeigt, wie sich der IWF zukünftig ausrichten sollte. Um auf künftige Krisen angemessen und aufgabengerecht reagieren zu können, empfiehlt die Autorin die 'Rückkehr zu einem neuen System'.

Börnsen, Nils

## Nationales Recht in Investitionsschiedsverfahren

Band 124
2016. XVI, 315 Seiten.

ISBN 9783161548970
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161548987
eBook PDF 89,00 €

Das Verhältnis von Völkerrecht und nationalem Recht wird meist im Hinblick auf die Rezeption von Völkerrecht im nationalen Recht betrachtet. Dabei findet an vielen Stellen umgekehrt auch nationales Recht Eingang ins Völkerrecht und wird als solches in Entscheidungen internationaler Gerichte vielfach angewendet. Nils Börnsen untersucht die theoretischen Grundlagen der Anwendbarkeit nationalen Rechts im Völkerrecht anhand einer Betrachtung des Investitionsschutzrechts. Er untersucht dabei Existenz und Gestalt eines völkerrechtlichen Rechtsanwendungsrechts. Neben der Bestimmung der konkreten Rechtsgrundlagen für die Anwendung nationalen Rechts in Form von Verweisen untersucht er auch die Frage der richtigen Bestimmung und Auslegung des nationalen Rechts. Dem schließt sich eine Betrachtung der Grenzen der Anwendung nationalen Rechts im Falle von Normkonflikten zwischen Völkerrecht und anwendbarem nationalen Recht an. Hierbei kommen verschiedene rechtsordnungsinterne und -externe Kollisionsregeln einschließlich des Internationalen Ordre Public zur Anwendung.

Schwichow, Lennart von

## Die Menschenwürde in der EMRK

### Mögliche Grundannahmen, ideologische Aufladung und rechtspolitische Perspektiven nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Band 123
2016. XI, 242 Seiten.

ISBN 9783161548253
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161548635
eBook PDF 74,00 €

Das ausdrückliche Auslassen der Menschenwürde als Teil der EMRK macht es notwendig, sich ihrer Definition laut EGMR auf Umwegen zu nähern. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Entstehung des Menschenwürdebegriffs und seinen Einzug ins Recht beleuchtet Lennart von Schwichow zunächst die Bedeutung der Menschenwürde im Völkerrecht und im nationalen Recht. Im Anschluss daran untersucht er die Anwendungsfälle der Menschenwürde an der konkreten Rechtsprechung des EGMR und analysiert diese in ihren Einzelheiten. Schließlich werden die ideologischen und moralischen Aspekte der Menschenwürde in der Rechtsprechung ausgeleuchtet, um sie so für eine Diskussion um rechtspolitische Perspektiven einer fortschreitenden Menschenwürdedogmatik auf EMRK-Ebene fruchtbar zu machen. Es folgt ein dezidiertes Bild des Menschenwürdeverständnisses des EGMR, welches für ein besseres Rechtsverständnis auf europäischer Ebene sorgen soll.
Die Arbeit wurde 2016 mit dem Wissenschaftspreis der Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover, dem Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der Universität Hannover und dem Brüggehagen + Kramer-Promotionspreis ausgezeichnet.

Rössler, Julian

## Politische Freiheit im Völkerrecht

### Eine Darstellung des pluralistischen Demokratieverständnisses im universellen Menschenrechtsschutz anhand von Umfang und Grenzen der Parteienfreiheit

Band 122
2016. XVIII, 350 Seiten.

ISBN 9783161546341
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161546358
eBook PDF 89,00 €

Der Internationale Pakt für politische und bürgerliche Rechte ist der wichtigste völkerrechtliche Vertrag zur Garantie universeller Menschenrechte und damit für die politische Betätigungsfreiheit. Politische Parteien nehmen für die Verwirklichung dieser Freiheit eine entscheidende Rolle ein, da sie individuelle Meinungen in staatliche Entscheidungen hineintragen können. Unter Bezugnahme auf die Vereinigungsfreiheit, das Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Minderheitenschutz zeigt Julian Rössler, dass die Parteienfreiheit auf universeller Ebene umfassend gewährleistet wird. Die völkerrechtliche Parteienfreiheit ist als Garant für eine Pluralität von Parteien und damit auch für politische Meinungsvielfalt in den Vertragsstaaten zu verstehen. Der Zivilpakt ist Grundlage für eine internationale Gemeinschaft von pluralistisch demokratischen Staaten.

Schnitzer, Jasmin

## Assoziationsbürger

### Der Status türkischer Staatsangehöriger im Vergleich zur Unionsbürgerschaft

Band 121
2016. XV, 313 Seiten.

ISBN 9783161546624
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161546631
eBook PDF 74,00 €

Das Assoziationsabkommen EWG/Türkei von 1963 begründet eine Assoziationsbürgerschaft türkischer Staatsangehöriger in der Europäischen Union, die als wirtschaftlich geprägte Wohnbürgerschaft zu klassifizieren ist. Die vergleichende Untersuchung mit der Unionsbürgerschaft zeigt, dass die Charakteristiken, welche die Unionsbürgerschaft als Status begründen, ebenso im türkisch-europäischen Assoziationsabkommen nachgewiesen werden können. Beide Status sind Ausdruck eines in zentralen Punkten übereinstimmenden bürgerschaftlichen Leitbildes, welches durch die Elemente der Gleichheit, Solidarität, Integration und Partizipation bestimmt wird. Die konzeptionelle Idee einer Bürgerschaft zeigt sich in den politischen Verhandlungen über die Fortentwicklung der Assoziation, prägt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und bestimmt das Verständnis der individuellen Rechte türkischer Staatsangehöriger.

Kavasch, Hedwig

## Unterschiedliche Zollpräferenzen für unterschiedliche Entwicklungsländer

### Zur Vereinbarkeit positiver Bedingungen in Allgemeinen Präferenzsystemen mit der WTO-Ermächtigungsklausel am Beispiel des APS Plus der EU

Band 120
2016. XIX, 534 Seiten.

ISBN 9783161542947
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161543081
eBook PDF 109,00 €

Das WTO-Recht bietet Industrieländern die Möglichkeit, in ihren Allgemeinen Präferenzsystemen zusätzliche Zollvergünstigungen für Waren aus Entwicklungsländern an Bedingungen zu knüpfen, welche die Umsetzung völkerrechtlicher Entwicklungsstandards beinhalten. Folglich erfahren einige Entwicklungsländer eine bessere Zollbehandlung als andere. Das konfligiert mit einem Herzstück des GATT.
Hedwig Kavasch untersucht in diesem Spannungsfeld die Vereinbarkeit des APS Plus mit der WTO-Ermächtigungsklausel. Anhand dieses Beispiels konkretisiert und systematisiert sie die Kriterien nach der Appellate Body-Rechtsprechung für die Vereinbarkeit konditionaler Zollpräferenzschemata mit dem Verbot, Unterkategorien der Entwicklungsländer zu diskriminieren. Die Autorin zeigt auf, wann Industrieländer, die mit tarifären Differenzierungen zwischen Entwicklungsländern die Durchsetzung außenpolitischer Eigeninteressen bezwecken, in justiziabler Weise die WTO-Ermächtigungsklausel verletzen.

Heemann, Lisa

## Die Anerkennung traditioneller Institutionen in Südafrika, Ghana und Uganda

### Eine verfassungs- und völkerrechtliche Perspektive

Band 119
2016. X, 197 Seiten.

ISBN 9783161547171
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161547577
eBook PDF 69,00 €

Südafrika, Ghana und Uganda sind Beispiele afrikanischer Staaten, die traditionelle Institutionen in ihren Verfassungen anerkennen. Traditionelle Institutionen übernehmen neben ihren kulturellen Ämtern auch hoheitliche Aufgaben auf lokaler Ebene zum Beispiel in der Administration von Landnutzungsrechten, in der Rechtsprechung oder in der Kommunalverwaltung. Sie fungieren zudem als Repräsentanten der traditionellen Gemeinschaften in eigenen Mitwirkungsgremien auf nationaler Ebene. Die politische Bewertung fällt ambivalent aus: einerseits als Ausdruck kultureller Vielfalt, andererseits als patriarchische, lokale Eliten. Die Analyse des universellen und regionalen Völkerrechts sowie der innerstaatlichen Rechtsordnungen zeigt den Umgang des Rechts mit diesem Spannungsverhältnis und die insbesondere menschenrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung der Anerkennung traditioneller Institutionen auf.

Streckert, Oliver

## Verwaltungsinterner Unionsrechtsschutz

### Kohärenter Rechtsschutz durch Einführung eines Widerspruchskammermodells für die Europäische Kommission

Band 118
2016. XXII, 199 Seiten.

ISBN 9783161547973
fadengeheftete Broschur

ISBN 9783161547980
eBook PDF 64,00 €

Die EU hat bereits vor vielen Jahren damit begonnen, »Agenturen«, d.h. spezialisierte Behörden einzurichten. Die Rechtsschutzmöglichkeiten des Bürgers gegenüber dem Verwaltungshandeln dieser Agenturen unterscheiden sich zum Teil erheblich. Einige Akte können ausschließlich vor den Unionsgerichten angefochten werden, gegen andere Akte stehen ausgefeilte verwaltungsinterne Rechtsschutzmechanismen zur Verfügung. Letztere sind dem gerichtlichen Unionsrechtsschutz nach Ansicht von Oliver Streckert unter Effektivitätsgesichtspunkten überlegen. Dass der verwaltungsinterne Rechtsschutz bislang gleichwohl auf das Agenturwesen beschränkt geblieben ist, bewertet der Autor im Hinblick auf die Kohärenz des Rechtsschutzsystems als unbefriedigend. Deshalb schlägt er vor, ein Widerspruchskammermodell für die Europäische Kommission einzurichten, das er sowohl institutionell als auch verfahrensmäßig konturiert und rechtspolitisch bewertet.
Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Appelhagen-Stifterpreis für die beste Dissertation des Jahres 2016 ausgezeichnet.

Ionescu, Emanuel C.

## Innerstaatliche Wirkungen des Vertragsverletzungsverfahrens

### Die Aufsichtsklage im föderalen Gefüge der Europäischen Union

Band 117
2016. XXVI, 522 Seiten.

ISBN 9783161540905
Leinen

ISBN 9783161540912
eBook PDF 129,00 €

Viele Versuche sind unternommen worden, um die Europäische Union zu beschreiben. Emanuel C. Ionescu will keine neue Beschreibung hinzufügen, sondern deutet die EU als föderale Ordnung und beleuchtet die rechtliche Verfassung der Binnenbeziehung zwischen Union und Mitgliedstaaten von innen heraus am Beispiel des Vertragsverletzungsverfahrens. Wie in einem Brennglas finden sich dort sowohl das föderale Postulat der Vielfalt und der Einheit als auch die ursprünglich völkerrechtliche Konstruktion. Die Untersuchung richtet den Blick darüber hinaus auf den einzelnen Unionsbürger. Dies gelingt über die rechtsvergleichende Betrachtung der Rechtskraftwirkung der Vertragsverletzungsurteile. Sie erstreckt sich nicht nur auf das Rechtsverhältnis von Union und Mitgliedstaaten, sondern erfasst auch den Einzelnen. Unter Berücksichtigung legislativer, judikativer und exekutiver Unionsrechtsverstöße werden die konkreten Folgen eines Vertragsverletzungsurteils für das innerstaatliche Recht untersucht.

## Verhältnismäßigkeit im Völkerrecht

### Hrsg. v. Björnstjern Baade, Sebastian Ehricht, Matthäus Fink, Robert Frau, Mirka Möldner, Isabella Risini u. Torsten Stirner

Band 116
2016. X, 174 Seiten.

ISBN 9783161542435
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161542442
eBook PDF 64,00 €

Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit erhält in verschiedenen Bereichen des Völkerrechts Aufmerksamkeit und Relevanz. Dies war Anlass für den Arbeitskreis junger Völkerrechtswissenschaftler*innen und die Deutsche Gesellschaft für Internationales Recht, gemeinsam einen Blick auf dieses Prinzip zu werfen. Der daraus entstandene Tagungsband liefert Einsichten aus diversen Blickwinkeln: Er stellt allgemeine gebietsübergreifende Fragen, etwa ob Verhältnismäßigkeit als globales Verfassungsprinzip verstanden und als Mittel zur Harmonisierung und Defragmentierung nutzbar gemacht werden kann. Darüber hinaus enthält der Band philosophische Grundüberlegungen. Es werden die Relevanz und Wirkungsweise in verschiedenen konkreten Teilgebieten wie dem humanitären Völkerrecht und dem Menschenrechtsschutz untersucht. Auch aktuelle Fragen internationaler Schiedsgerichtsbarkeit werden kritisch aufgegriffen. Nicht zuletzt setzen sich die Beiträge mit der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Verhältnismäßigkeit als Kompetenzregulativ auf Unionsebene auseinander.

Inhaltsübersicht

*Anne Peters:* Verhältnismäßigkeit als globales Verfassungsprinzip – *Frederik Becker:* Jurisdiktion und Verhältnismäßigkeit, Gewährleistungsumfang und Modifikationen der Menschenrechte bei extraterritorialen Sachverhalten – *Sebastian Wuschka:* Proportionality reloaded – Autonom agierende Drohnen und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz des Humanitären Völkerrechts – *Thomas Müller:* Abwägung von Menschenleben im Völkerrecht – *Sué González Hauck:* Normenkonflikte als Optimierungsprobleme? Kritik am Einsatz des Verhältnismäßigkeitsprinzips als Mittel zur Harmonisierung des Völkerrechts – *Rike Sinder:* Verhältnismäßigkeit, Dekonstruktion, Gerechtigkeit. Zugleich eine Erwiderung auf Martti Koskenniemis postmoderne Kritik in *From Apology to Utopia* – *Michael Goldhammer:* Kritik und Rekonstruktion kompetenzbezogener Verhältnismäßigkeit im Unionsorganisationsrecht – *Lars Schönwald:* Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Recht der Auslandsinvestitionen unter Berücksichtigung der Änderungen durch den Lissabon-Vertrag

Hümmrich-Welt, Simon

## Responsibility to Rebuild

### Verantwortung zum Wiederaufbau von Post-Konflikt-Staaten

Band 115
2016. XXII, 396 Seiten.

ISBN 9783161543258
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161544651
eBook PDF 94,00 €

In Staaten, die gerade einen bewaffneten Konflikt überstanden haben, ist das Risiko eines neuerlichen Gewaltausbruches meist hoch. Post-Konflikt-Staaten stellen daher nicht nur eine potentielle Bedrohung für deren Bevölkerung dar, sondern können auch den internationalen Frieden gefährden. Häufig versuchen deshalb andere Staaten oder die Vereinten Nationen diese Staaten mit friedenskonsolidierenden Maßnahmen zu unterstützen. Die 'Responsibility to Rebuild' ist ein Teilbereich des weiteren Konzeptes der 'Responsibility to Protect'. Sie fordert von der internationalen Gemeinschaft Unterstützung beim Wiederaufbau von Post-Konflikt-Staaten ein, um zukünftige Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Simon Hümmrich-Welt untersucht den Anwendungsbereich der 'Responsibility to Rebuild' innerhalb des Schutzverantwortungskonzeptes, zeigt, inwieweit eine solche Wiederaufbauverantwortung bereits Teil des geltenden Völkerrechtes ist, und stellt Entwicklungsperspektiven der 'Responsibility to Rebuild' dar.

Kalbheim, Jan

## Über Reden und Überdenken

### Der Kampf um die Rechtsprechungsänderung durch den Europäischen Gerichtshof als Kristallisationspunkt des europäischen juristischen Diskurses

Band 114
2016. XX, 558 Seiten.

ISBN 9783161542220
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161542237
eBook PDF 104,00 €

Recht lebt in und von der Sprache. Daher ist der juristische Diskurs elementar für die Entwicklung rechtlicher Ordnung, auch der Europarechtsordnung. Jan Kalbheim analysiert zunächst die Diskurssituation des Europäischen Gerichtshofs als eines gewichtigen Diskursteilnehmers innerhalb der offenen Gesellschaft der Europarechtsinterpreten sowohl in personeller, als auch in institutioneller Hinsicht. Sodann untersucht er, ausgehend vom Kampf um die Änderung der EuGH-Rechtsprechung, diesen Diskurs in sechs exemplarischen Fallstudien. Damit erschließt er einen neuen Zugang zum Verständnis der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und verdeutlicht die Aufgabe der anderen Diskursteilnehmer, insbesondere der nationalen Höchstgerichte und der Rechtswissenschaft, den europäischen juristischen Diskurs durch konstruktive Kritik dieser Rechtsprechung offen zu halten.

Berger, Alina

## Anwendungsvorrang und nationale Verfassungsgerichte

### Ein Vergleich der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in Deutschland, Frankreich und Spanien im Hinblick auf die Effektivität des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs

Band 113
2016. XXV, 409 Seiten.

ISBN 9783161543166
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161543289
eBook PDF 89,00 €

Das Unionsrecht geht jeglichem nationalen Recht vor – diese Entscheidung fällte der EuGH bereits im Jahre 1964. Doch inwieweit entspricht dieser Grundsatz der verfassungsrechtlichen Realität in den Mitgliedstaaten? Alina Berger analysiert dies anhand der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte in Deutschland, Frankreich und Spanien, wobei deren Haltung jeweils als integrationsfördernd oder integrationshemmend eingeordnet werden kann. Zu diesem Zweck stellt sie zunächst Bedeutung und Reichweite des Anwendungsvorrangs dar, bevor sie auf die Frage eingeht, inwieweit die Verfassungsgerichte den Anwendungsvorrang positiv gewährleisten und inwieweit sie ihn überhaupt verfassungsrechtlich gewährleisten können. Im abschließenden Rechtsprechungsvergleich arbeitet die Autorin bestehende Defizite heraus und demonstriert mögliche Lösungswege für die Effektivierung des Anwendungsvorrangs.

Reinel, Stefan

## Der »nemo tenetur«-Grundsatz als Grenze steuerlicher Informationshilfe in der Europäischen Union

### Zugleich ein Beitrag zu Geltung und Umfang von »nemo tenetur« innerhalb der Europäischen Union

Band 112
2015. XXXVIII, 512 Seiten.

ISBN 9783161520426
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161523007
eBook PDF 109,00 €

Das zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilferecht in Steuersachen hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur enorm an Bedeutung gewonnen, sondern unterlag insbesondere unter dem Einfluss der Europäischen Union einem wesentlichen Wandel. Während die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ursprünglich eher von politischen Maßstäben geprägt war, tritt zunehmend der Charakter einer Verrechtlichung hervor, der als Konsequenz vormals noch vernachlässigte Fragen des Grundrechtsschutzes deutlicher in den Vordergrund der Betrachtung rückt. In diesem Kontext verdient unter anderem der »nemo tenetur«-Grundsatz besondere Beachtung. Der steuerliche Auskunftsverkehr ist meist auf Informationen ausgerichtet, die zwangsweise von dem Steuerpflichtigen erlangt werden. Diese Informationen können auch in einem gegen ihn gerichteten Strafverfahren von Bedeutung sein. Hierbei stellt sich insbesondere die Frage, inwiefern ein europäisch verstandener »nemo tenetur«-Grundsatz den steuerlichen Informationshilfeverkehr begrenzend beeinflusst.

Schwarz, Michael

## Grundlinien der Anerkennung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Band 111
2016. XV, 441 Seiten.

ISBN 9783161542084
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161542091
eBook PDF 94,00 €

Die Rechtsform der Anerkennung bewegt sich im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt und bildet eine Schlüsselkategorie föderaler politischer Systeme. Sie ist Fluchtpunkt der Integration des gemeineuropäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, welcher eine wachsende Anzahl sensibler Politikbereiche über nationale Jurisdiktionsgrenzen hinweg verbindet. Michael Schwarz zeigt die Sollbruchstellen der Legitimität unionsrechtlicher Anerkennungsregimes in föderaler, rechtsstaatlicher und demokratietheoretischer Dimension auf. Dabei wird die Anerkennung auf ihre Anfangsgründe im Binnenmarkt zurückgeführt, ihre legislative Fortschreibung im neuen Bezugsrahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kritisiert und vor einer föderalen Hintergrundfolie legitimatorisch rekonstruiert.

Engel, Daniel

## Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK

### Vom defizitären Kooperationsverhältnis zum umfassenden EMRK-Rechtsschutz durch den EGMR?

Band 110
2015. XXIX, 394 Seiten.

ISBN 9783161542404
fadengeheftete Broschur
ISBN 9783161542411
eBook PDF 74,00 €

Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK wird seit den 1970er Jahren intensiv diskutiert. Mit dem Entwurf für ein Beitrittsabkommen aus dem Jahre 2013 stand die Komplettierung des EMRK-Rechtsschutzes in Europa kurz vor dem Abschluss. Steter Begleiter der Debatte um den EU-Beitritt ist die Frage, ob ein solcher in Anbetracht des Grundrechtsschutzes auf Ebene der Union, insbesondere mit Blick auf die Grundrechtecharta, (noch) vonnöten ist. Dieser Kernfrage widmet sich Daniel Engel, indem er Defizite im bestehenden unionalen Rechtsschutzsystem identifiziert. Unter eingehender Auseinandersetzung mit den Bestimmungen des Beitrittsabkommens untersucht er, ob der angestrengte EMRK-Beitritt Abhilfe ermöglichen kann und folglich zu einer Stärkung des Individualrechtsschutzes führt. Die Arbeit schließt mit einer kritischen Auseinandersetzung mit Gutachten 2/13 des EuGH, welches erneut für Stillstand in den Beitrittsbemühungen gesorgt hat.

Kanalan, Ibrahim

## Die universelle Durchsetzung des Rechts auf Nahrung gegen transnationale Unternehmen

Band 109
2015. XIV, 457 Seiten.

ISBN 9783161540486
fadengeheftete Broschur 94,00 €
ISBN 9783161540929
eBook PDF 94,00 €

Ibrahim Kanalan widmet sich der Bekämpfung von Hunger. Er geht der Frage nach, ob das Recht auf Nahrung universell einklagbar ist und gegen transnationale Unternehmen durchgesetzt werden kann. Er setzt sich grundlegend mit den Einwänden auseinander, die gegen die universelle Justiziabilität sozialer Menschenrechte eingebracht werden. Mit einer ausführlichen Analyse der verschiedenen globalen Normen sowie der Rechtsprechung auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene zeigt der Autor, dass das Recht auf Nahrung universell einklagbar ist. Sodann systematisiert er die verschiedenen Rechtsansprüche in Auseinandersetzung mit der fragmentierten Spruchpraxis zahlreicher Gerichte und quasi-gerichtlicher Organe. Ibrahim Kanalan entwickelt ein neues und unkonventionelles Konzept, mit dem er die unmittelbare Bindung von Unternehmen an die Menschenrechte begründet. Von einem rechtspluralistischen Verständnis ausgehend analysiert er abschließend verschiedene Möglichkeiten der transnationalen Durchsetzung des Rechts auf Nahrung.

Engelhardt, Benjamin von

## Die Welthandelsorganisation (WTO) und demokratische Legitimität

### Globale Ordnung zur Regelung wirtschaftlicher Interdependenzen und ihre Auswirkungen auf territorial organisierte Demokratie

Band 108
2016. XI, 347 Seiten.

ISBN 9783161540691
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161540707
eBook PDF 89,00 €

Der WTO wird vielfach ein Mangel an demokratischer Legitimität vorgeworfen. Benjamin von Engelhardt schlägt vor dem Hintergrund dieser Problematik einen Perspektivenwechsel vor: Müssen Staaten ihre Handlungen nur gegenüber dem eigenen Volk rechtfertigen oder gegenüber allen Betroffenen? Wenn allen Menschen die gleiche Würde zugeschrieben wird, kann nur Letzteres gelten. Wie lassen sich dann aber grenzüberschreitende externe Wirkungen, die gerade im Wirtschaftsbereich zunehmend unvermeidbar sind, demokratisch legitimieren? Föderal orientierte Kosmopolitiker leiten daraus die Notwendigkeit eines Weltstaates ab, der alle Betroffenen umfasst. Das WTO-Recht bietet eine alternative Lösung, indem es zwar die demokratisch nicht legitimierten externen Wirkungen nationaler Handlungen untersagt, Regulierungszuständigkeiten aber auf nationaler Ebene belässt. Dieser Ansatz durchzieht eine Reihe eingehend analysierter WTO-Schiedssprüche und kann als Auslegungsmaxime zur Anwendung kommen.

Schulze, Sven-Hendrik

## Cyber-»War« – Testfall der Staatenverantwortlichkeit

Band 107
2015. XVII, 265 Seiten.

ISBN 9783161538452
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161538469
eBook PDF 89,00 €

Cyber-Angriffe sind ein Kind des Informationszeitalters, ein Resultat enormer Abhängigkeiten und globaler Vernetzung, eine Konsequenz zunehmender finanzieller sowie technologischer Kluftenbildung zwischen den Staaten und eine Folge freier Verfügbarkeit. Kurzum: *die* Angriffsform der heutigen Zeit. Zentrales Problem aus Sicht der Opfer, seien es Staaten, Unternehmen oder anderweitige Akteure, ist die sich in der Regel erfolglos gestaltende Rückverfolgung dieser Angriffe. Sven-Hendrik Schulze untersucht, ob und gegebenenfalls wie das traditionelle Konzept der Staatenverantwortlichkeit in diesen Situationen des Nicht-Wissens Anwendung findet. Sollten diese althergebrachten Regeln an ihre Grenzen stoßen, so zeigt er auf, welche alternativen Maßnahmen in Zukunft auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene durch die Staaten getroffen werden sollten.

Bindig, Andrea

## Humanitäres Völkerrecht als symbolische Form

### Zur Normativität humanitären Völkerrechts im Spiegel der Philosophie der symbolischen Formen Ernst Cassirers

Band 106
2015. XVIII, 502 Seiten.

ISBN 9783161538988
fadengeheftete Broschur 109,00 €
ISBN 9783161539466
eBook PDF 109,00 €

Unter der »relativen Normativität« des – humanitären – Völkerrechts verbirgt sich eine Emanzipationserzählung, die Normativität vom faktischen einzelstaatlichen Willen löst und ihn vernunftbezogen und humanisierend durch denklogisch vorausgesetzte, fundamentale, universale, zwingende, werthaltige Grundnormen fasst. Zugleich stößt diese Erzählung an Grenzen, geht es etwa um das »staatliche Überleben« oder – wie in den Jugoslawienkriegen – um die Vernichtung des ethnisch Anderen. Ernst Cassirers Konzept der symbolischen Formen nimmt Recht aus beiderlei Perspektiven wahr und damit als Tat des einen Geistes des Menschen, der verschiedene und dramatisch gegenläufige Erzeugungsweisen von Wirklichkeit innewohnen, die Teil desselben Zivilisationsweges sind. Die Normativität des Rechts steht inmitten dieses Wegs und inmitten dieser Spannungen. Dies verdeutlichen Rechtsprechung und Prozessgeschehen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien beispielhaft.

Jensen, Henning

## Kommunale Daseinsvorsorge im europäischen Wettbewerb der Rechtsordnungen

Band 105
2015. XVII, 203 Seiten.

ISBN 9783161536496
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161537332
eBook PDF 69,00 €

Jeweils für sich betrachtet sind schon der Wettbewerb der Rechtsordnungen und die europarechtlich induzierte Reform der Leistungen der Daseinsvorsorge geeignete Arbeitsfelder rechtswissenschaftlicher Forschung. In der vorliegenden Studie unternimmt Henning Jensen den Versuch einer Kombination beider Themen. Ausgangspunkt ist die These, dass jeweils beide Themen in neuem Licht erscheinen, bezieht man sie wechselseitig aufeinander. In diesem Sinne konkurrieren verschiedene Vorstellungen der Erbringung gemeinwohlorientierter Leistungen im Europarecht um bestmögliche Geltung. Der europarechtliche Normenbestand, der auf die kommunale Daseinsvorsorge einwirkt, wird aus der Perspektive des Wettbewerbs der Rechtsordnungen betrachtet. Henning Jensen zeigt, dass beide Diskurse von der Frage geprägt sind, wie und in welchem Umfang Staat und Markt dazu geeignet und bestimmt sind, Gemeinwohl zu erzeugen.

Petzhold, Bianca

## Die »Auffassungen« des UN-Menschenrechtsausschusses zum Schutze der Religionsfreiheit

Band 104
2015. XXI, 364 Seiten.

ISBN 9783161536489
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161537318
eBook PDF 89,00 €

Die internationale Dimension der Religionsfreiheit erfährt seit einigen Jahren verstärkte Beachtung. Im Vordergrund steht dabei die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die spätestens seit den Entscheidungen zu Kruzifixen in italienischen Klassenzimmern nicht nur das Interesse des Fachpublikums findet, sondern auch die breitere Öffentlichkeit bewegt. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Religionsfreiheit ist in den vergangenen Jahren Gegenstand mehrerer Untersuchungen gewesen. Für den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) und dem von ihm errichteten Menschenrechtsausschuss fehlt es bislang an einer vergleichbaren Untersuchung der Entscheidungspraxis zur Religionsfreiheit. Bianca Petzhold schließt diese Lücke, indem sie neben einer systematischen Erschließung der Spruchpraxis Querbezüge zur Praxis der UN-Sonderberichterstatter zur Religionsfreiheit und zur Rechtsprechung des EGMR herstellt.

Ahner, Juliane

## Investor-Staat-Schiedsverfahren nach Europäischem Unionsrecht

### Zulässigkeit und Ausgestaltung in Investitionsabkommen der Europäischen Union

Band 103
2015. XXIII, 380 Seiten.

ISBN 9783161537271
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161537349
eBook PDF 104,00 €

Juliane Ahner untersucht die Reichweite der Kompetenz der Europäischen Union für ein Investor-Staat-Schiedsverfahren für Auslandsinvestitionen sowie mögliche primärrechtliche Beschränkungen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Union gemischte Investitionsabkommen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten abschließen muss. Die ausschließliche Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für die Auslegung und Anwendung der Verträge und die Autonomie der Unionsrechtsordnung stehen der Unterwerfung unter ein Investor-Staat-Schiedsverfahren nicht entgegen. Juliane Ahner stellt fest, dass die Union nicht alle bestehenden Schiedsverfahren nutzen kann und einige Verfahrensregeln modifiziert werden sollten. Vor dem Hintergrund drohender Schadensersatzansprüche von Investoren gegenüber der Union und den Mitgliedstaaten entwickelt sie Regelungen für die völkerrechtliche und die unionsinterne Haftung.

Zierke, Katayun

## Die Steuerungswirkung der Darlegungs- und Beweislast im Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union

Band 102
2015. XXV, 522 Seiten.

ISBN 9783161532962
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161533211
eBook PDF 104,00 €

Die Darlegungs- und Beweislast hat im Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union eine hohe praktische Bedeutung. Dennoch kennt das Unionsrecht nur sehr wenige Normen zum Beweisrecht. Dies gibt dem Gerichtshof die Möglichkeit, die Darlegungs- und Beweislastregeln selbst zu entwickeln und als Instrument zur Steuerung des Verfahrensausgangs einzusetzen. Anhand der Rechtsprechung des Gerichtshofs zu verschiedenen Bereichen des Binnenmarktrechts, etwa den Grundfreiheiten und dem Wettbewerbsrecht, untersucht Katayun Zierke die unterschiedlichen Facetten der Steuerungswirkung der Darlegungs- und Beweislast. Sie zeigt auf, dass diese zu einer Verzahnung der materiellen und prozessualen Ebene führt, die von den Parteien bei der Entwicklung einer Prozessstrategie berücksichtigt werden sollte. Diskutiert werden zudem Legitimationsansätze und -grenzen für die Steuerungswirkung.

Delfs, Hauke

## Komplementäre Integration

### Grundlegung und Konstitutionalisierung des Europarechts im Kontext

Band 101
2015. XXVII, 458 Seiten.

ISBN 9783161537233
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161537301
eBook PDF 104,00 €

Das Europarecht der Gegenwart steht in einem eigentümlichen Verhältnis zu seiner Geschichte. Die Europäischen Gemeinschaften sollten eine neue Rechtsordnung verkörpern, die Funktionslogik des klassischen Völkerrechts abstreifen und einen bewussten Gegenentwurf zu staatlichem Recht darstellen. Die zukunftsgerichtete Offenheit der europäischen Integration ermöglichte zugleich einen Fortschritt im Recht, der sich autonom von mitgliedstaatlichen Bindungen vollzogen zu haben scheint. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Verträge wurde deshalb mit der Zeit immer weniger beachtet, während rechtshistorische Perspektiven heute die Rechtsprechung des EuGH in den Mittelpunkt rücken. Hauke Delfs unternimmt eine aus historischen Quellen gearbeitete Rechtsgeschichte der europäischen Integration und stellt dem politischen Integrationsprozess dessen normative Entwicklung gegenüber. Dieser Zugang zeichnet ein differenziertes Bild von der Entstehung der europäischen Rechtsordnung und erlaubt zugleich eine historisch informierte Diskussion aktueller Fragestellungen der europäischen Integration.
Für die Arbeit wurde Hauke Delfs von der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen und der Juristischen Gesellschaft zu Kassel mit dem Preis für die beste Dissertation 2014 ausgezeichnet.

Ruppel, Nadine

## Finanzdienstleistungsaufsicht in der Europäischen Union

### Institutionell auf dem richtigen Weg?

Band 100
2015. XX, 320 Seiten.

ISBN 9783161528552
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161530418
eBook PDF 89,00 €

Die institutionellen Ausgestaltung der Finanzdienstleistungsaufsicht auf EU-Ebene ist spätestens seit der Finanzkrise 2007 bis 2009 Gegenstand intensiver Diskussionen. Neben der EU-Schuldenkrise stellen die fortschreitende Globalisierung und die zunehmende Integration der Finanzmärkte die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Union selbst vor ungeahnte Herausforderungen. Nadine Ruppel analysiert zunächst die Stärken und Schwächen des existierenden Aufsichtssystems in der EU, indem Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung aus den Perspektiven der rechtlichen und politischen Effektivität und Effizienz einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Vor diesem Hintergrund zeigt sie Wege für eine Weiterentwicklung der Finanzdienstleistungsaufsicht auf. Die Realisierbarkeit verschiedener Aufsichtssysteme und -strukturen wird unter Berücksichtigung ökonomischer, politischer und (europaverfassungs-)rechtlicher Rahmenbedingungen eingeschätzt und bewertet.

Steiner, Anna-Zoe

## Die außervertragliche Haftung der Europäischen Union nach Art. 340 Abs. 2 AEUV für rechtswidriges Verhalten

Band 99
2015. XVII, 217 Seiten.

ISBN 9783161532245
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161533181
eBook PDF 69,00 €

Die mit der fortschreitenden europäischen Integration verbundene Übertragung nationaler Hoheitsbefugnisse auf die EU führt zwangsläufig zu vermehrten Eingriffen der Unionsorgane in die Rechtssphäre der Bürger. Die Frage des Rechtsschutzes in Form von Schadenersatzansprüchen bei rechtswidrigen Eingriffen gewinnt daher zunehmend an Bedeutung. Ausgehend von der Haftungsnorm des Art. 340 Abs. 2 AEUV entwickelt Anna-Zoe Steiner ein allgemeines Haftungsmodell unter besonderer Berücksichtigung der hierzu ergangenen Rechtsprechung. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die Untersuchung der systematischen Kongruenz und Schlüssigkeit der durch die Rechtsprechung herausgearbeiteten Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere im Hinblick auf die allgemeinen Prinzipien des europäischen Schadenersatzrechts sowie die dem Schadenersatzrecht zukommenden Funktionen.

Bühring, Ferry

## Demokratische Friedenskonsolidierung

### Zur Erfassung »des« Demokratieprinzips im Recht der Vereinten Nationen am Beispiel der UN-Praxis in Kambodscha und Osttimor

Band 98
2015. XIX, 372 Seiten.

ISBN 9783161533693
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161534188
eBook PDF 89,00 €

Welche Bedeutung hat die Demokratie als Norm des Völkerrechts für das Konzept der Friedenskonsolidierung im System der Vereinten Nationen? Im Unterschied zur gängigen Perspektive, in der die Frage nach der Völkerrechtsnormativität der Demokratie zumeist mit der Zulässigkeit militärischer Interventionen oder nicht-militärischer Sanktionen verknüpft wird, geht es Ferry Bühring um die Konfliktnachsorge. In der Postkonfliktsituation steht das vom Konfliktgeschehen zerrüttete Gemeinwesen typischerweise vor der Herausforderung einer Neugestaltung seiner staatlichen Ordnung. In dieser Nachkonfliktphase kann »das« völkerrechtliche Demokratieprinzip handlungsleitende Wirkungen entfalten. Am Beispiel der UN-Operationen in Kambodscha und Osttimor wird die völkerrechtliche Praxis einer »demokatischen Friedenskonsolidierung« im Sinne eines (Wieder-) Aufbaus bzw. einer Stärkung langfristiger demokratischer Strukturen untersucht.

Buchholtz, Gabriele

## Streiken im europäischen Grundrechtsgefüge

### Zum Harmonisierungspotenzial des Art. 6 Nr. 4 ESC in der Anwendung des EGMR und des EuGH

Band 97
2014. XXI, 489 Seiten.

ISBN 9783161535307
fadengeheftete Broschur 119,00 €

ISBN 9783161535314
eBook PDF 119,00 €

In Europa ist eine zunehmende Pluralisierung normativer Ordnungen zu beobachten, die das Recht vor neue Herausforderungen stellt – vor allem im Bereich des Grundrechtsschutzes. Innerhalb des »Stimmengewirrs« der unterschiedlichen Spruchorgane zur Durchsetzung der jeweiligen Garantien sind die einzelnen Verfassungsstaaten bestrebt, ihre Autonomie zu wahren, können sich der zunehmenden Vernetzung aber nicht gänzlich entziehen. Auch Deutschland steht vor der Frage, ob es seine ausgefeilte Grundrechtssystematik dieser Entwicklung preisgeben will. Gabriele Buchholtz hat sich diesem Problem im Hinblick auf das »Politikum« Streik gewidmet. Welche Konsequenzen sich insoweit aus dem »europäischen Grundrechtsgefüge«, vor allem aus Art. 6 Nr. 4 ESC und dessen Anwendung durch den EGMR und den EuGH ergeben, ist weitgehend unklar. Vor diesem Hintergrund entwirft Gabriele Buchholtz eine Kollisionsregel für das europäische Grundrechtsgefüge und zeigt auf, wie die pluralen Rechtsbeziehungen einem harmonischen Ausgleich zugeführt werden können.

Lindemann, Helena

## Kommunale Governance

### Die Stadt als Konzept im Völkerrecht

Band 96
2014. XI, 254 Seiten.

ISBN 9783161534683
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161534850
eBook PDF 69,00 €

Die rechtswissenschaftliche Analyse begreift Städte bislang überwiegend als rein nationalen Regelungsgegenstand. Demgegenüber stehen Entwicklungen wie die Verabschiedung spezieller UN-Deklarationen zu Städten oder die durch die Weltbank initiierte und angeleitete Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern. Dies öffnet den Blick für einen völkerrechtlichen Zugriff auf das Thema »Stadt«. Als programmatische Konzepte zur Stadtentwicklung normieren die Weltbank oder das UN-Siedlungsprogramm UN-Habitat in Stadtstrategien Prinzipien wie Partizipation, Dezentralisierung, Privatisierung oder Good Urban Governance. Im Zentrum der Arbeit steht neben der exemplarischen Analyse und einer ideologiekritischen Lesart die dogmatisch schwierige Einordnung dieser internationalen Stadtstrategien als Völkerrecht.

Wohlan, Martina

## Das diplomatische Protokoll im Wandel

Band 95
2014. XXIV, 308 Seiten.

ISBN 9783161529122
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161529597
eBook PDF 89,00 €

Im Zentrum der Arbeit steht die Systematisierung von Regelungen, die vorgeben, wie sich Repräsentanten von Völkerrechtssubjekten, insbesondere von Staaten, bei öffentlichen Anlässen im internationalen Verkehr zwischen den einzelnen Völkerrechtssubjekten zu verhalten haben. Anders ausgedrückt könnte man diese speziellen Regelungen auch als eine international gebräuchliche »Zeichensprache« charakterisieren.
*Das diplomatische Protokoll im Wandel* gibt Antwort auf die Frage, aus welchen Bestandteilen sich das diplomatische Protokoll zusammensetzt. Zudem erfolgt eine dezidierte Auseinandersetzung mit seinem Umfang, den Akteuren, seinen verschiedenen Geltungsgründen sowie Sinn und Zweck des Protokolls.
Die gegenständliche Materie wird auch praxisnah beleuchtet. So konnte die Autorin in den Abschnitten über das diplomatische Protokoll der Gegenwart und über Besuche ausländischer Staatsgäste der Bundesrepublik Deutschland ihre eigenen Erfahrungen einfließen lassen.

Hieber, Thomas

## Die Europäische Bürgerinitiative nach dem Vertrag von Lissabon

### Rechtsdogmatische Analyse eines neuen politischen Rechts der Unionsbürger

Band 94
2014. XX, 336 Seiten.

ISBN 9783161530234
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161605215
eBook PDF 89,00 €

Dem Ruf nach mehr Partizipation bei politischen Entscheidungen wurde nicht nur auf nationaler Ebene nachgegangen. Eine der wichtigsten und aufsehenerregendsten Neuerungen des Vertrages von Lissabon war die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative. Ihr Ziel soll es sein, die Union wieder näher an die Bürger zu bringen. Eine Million Unionsbürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten können nun die Kommission auffordern, neue politische Vorschläge zu unterbreiten. Es scheiden sich die Geister an der Frage, ob es sich hierbei lediglich um einen Akt symbolischer Natur oder um eine echte Möglichkeit handelt, um sich am demokratischen Leben der Union zu beteiligen. Thomas Hieber geht der Frage nach, welche Potenziale in diesem neuen politischen Recht stecken und welchen Beitrag es zur Überwindung des Demokratiedefizits der Europäischen Union leisten kann.

Seidl, Johannes

## Meinungsfreiheit in der Rechtsprechungspraxis des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Band 93
2014. XV, 267 Seiten.

ISBN 9783161533396
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161533402
eBook PDF 79,00 €

Mit dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verfügt Lateinamerika über ein regionales Tribunal, das für die innerstaatlichen Demokratisierungsprozesse eine wichtige Rolle spielt. Neben der Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen rückt zunehmend, auch angesichts der aktuellen politischen Situation in der Region, die Demokratiekonsolidierung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ausgehend von Art. 13 und Art. 14 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (AMRK) analysiert Johannes Seidl die Konturen der Meinungsfreiheit im interamerikanischen System unter Berücksichtigung der Einflüsse der EMRK, des IPbpR sowie des US-Rechts. Neben dieser materiell-rechtlichen Seite beleuchtet er die innovative Tenorierung, die Durchsetzung der Entscheidungen sowie die Inkorporation interamerikanischer Standards in die nationalen Rechtsrahmen der Konventionsstaaten. Die Untersuchung verdeutlicht das Rezeptionspotential der interamerikanischen Praxis für den EGMR sowie den Afrikanischen Menschengerichtshof.
Die Arbeit wurde mit dem Fakultätspreis der Juristenfakultät Leipzig (in Zusammenarbeit mit der Dr. Feldbausch-Stiftung) ausgezeichnet.

Merhof, Katrin

## Der internationale und innerstaatliche Schutz von Arbeitnehmerrechten in der kolumbianischen Blumenindustrie

### Recht und Rechtswirklichkeit

Band 92
2014. XVII, 384 Seiten.

ISBN 9783161532207
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161532214
eBook PDF 89,00 €

Die Diskrepanz zwischen Recht und Rechtswirklichkeit ist ein Merkmal nicht nur, aber insbesondere von Entwicklungsländern. Katrin Merhof analysiert diese Diskrepanz anhand des Beispiels des kolumbianischen Arbeitsrechts und dessen Umsetzung in der Blumenindustrie. Sie setzt sich mit der tatsächlichen Situation von Gewerkschaften und Leiharbeitern auseinander, betrachtet Lohnsituation, Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz und behandelt insbesondere die Lage der Arbeitnehmerinnen. Bestehen Schutzlücken, stellt die Autorin dar, inwieweit diese auf die Rechtslage oder ein Umsetzungsdefizit zurückgeführt werden können. Dabei nimmt sie auch die Rolle relevanter völkerrechtlicher Verträge, verfassungsrechtlicher Vorgaben und der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts im Bereich sozialer Rechte in den Blick. Außerdem zeichnet sie nach, welche nationalen und internationalen Akteure die Ausgestaltung des Rechts und damit auch die Situation der Arbeitnehmer in der Blumenindustrie beeinflusst haben.

## Drohnen und das Recht

### Völker- und verfassungsrechtliche Fragen automatisierter und autonomer Kriegführung

### Hrsg. v. Robert Frau

Band 91
2014. XII, 280 Seiten.

ISBN 9783161531408
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161532849
eBook PDF 74,00 €

Drohnen stehen im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Debatte um moderne Kriegführung. Eine rechtliche Analyse fehlt jedoch häufig. Der Band untersucht die Rechtsfragen, die sich bei zunehmender Automatisierung und »Autonomisierung« stellen. Im Fokus stehen nicht nur Drohnen, sondern auch andere unbemannte Systeme, wie etwa Systeme zur See, Schwärme oder »Killer-Roboter«, die Entscheidungen ohne menschliche Einflussnahme treffen. Thematisch reichen die Beiträge vom humanitären Völkerrecht über Grund- und Menschenrechte bis zum Völkerstrafrecht. Ergänzt wird die völkerrechtliche Perspektive durch verfassungsrechtliche Beiträge, die sich u.a. dem Parlamentsvorbehalt bei Drohneneinsätzen, Staatshaftungsrecht und dem Ankauf von bewaffneten Drohnen durch die Bundeswehr widmen.

Inhaltsübersicht

*Gunter Pleuger:* Vorwort – *Robert Frau:* Vorwort des Herausgebers – *Carolin Mahn-Gauseweg:* Automated Warfare – Operationen unbemannter Systeme. Eine technische Systematisierung – *Rieke Arendt:* Der Einsatz autonomer Waffensysteme im Lichte des Verhältnismäßigkeits- und des Unterscheidungsgrundsatzes – *Olivia Platek:* Autonome Kriegsführung und legitime militärische Ziele – *Dorota Banaszewska:* Kombattanten und Zivilisten weit weg vom Schlachtfeld. Rechtsstellung der Operateure unbemannter militärischer Luftfahrzeuge – *Olaf Seiring:* Drohneneinsätze gegen feindliche Kämpfer. Besteht eine Pflicht zur Gefangennahme als milderes Mittel? – *Marcel Schulz:* Autonomie zur See. Die völkerrechtliche Einordnung von unbemannten militärischen Seefahrzeugen – *Tassilo Singer:* Chancen und Risiken der Schwarmtechnologie – *Philipp Stroh:* Das Menschenrecht auf Leben im zunehmend »entmenschlichten« bewaffneten Konflikt – *Manuel Brunner:* Grundrechtsfragen beim Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr im Ausland – *Simon Gauseweg:* Der konstitutive Parlamentsvorbehalt beim Einsatz bewaffneter Drohnen – *Udo Moewes:* Staatshaftungsrechtliche Implikationen automatisierter Kriegsführung – *Jana Hertwig:* Bundeswehr und Kampfdrohnen. Empfehlungen für ein sicherheitspolitisches Konzept der Bundesregierung – *Robert Frau:* Völkerstrafrechtliche Aspekte automatisierter und autonomer Kriegführung – *Alexander Schwarz:* Terrororganisationen und die Voraussetzungen einer »organisierten bewaffneten Gruppe«. Völkerrechtliche Aspekte der Einordnung von Terroristen als zulässiges militärisches Ziel im Rahmen von Drohneneinsätzen

Michl, Walther

## Die Überprüfung des Unionsrechts am Maßstab der EMRK

### Individualgrundrechtsschutz im Anwendungsbereich des Unionrechts unter den Vorzeichen des Beitritts der EU zur EMRK

Band 90
2014. XXII, 273 Seiten.

ISBN 9783161526206
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161526251
eBook PDF 74,00 €

Walther Michl behandelt das Verhältnis zwischen dem EU-Recht und der EMRK. Er legt dar, wie die Rechtsprechung des EuGH und des EGMR das Bedürfnis für eine externe Kontrolle des Unionshandelns am Maßstab der EMRK geweckt hat. Außerdem beleuchtet er, welche Erwartungen und Anforderungen unionsrechtlich mit der Verpflichtung der EU zum Konventionsbeitritt (Art. 6 Abs. 2 EUV) verbunden sind. Vor diesem Hintergrund wirft er einen Blick auf das Herzstück der künftigen Verbindung zwischen EU und EMRK: Er unterzieht den vorgesehenen Ablauf des Individualbeschwerdeverfahrens in Angelegenheiten mit Bezug zum EU-Recht einer kritischen Würdigung. Abschließend untersucht der Autor unter Einbeziehung der neuesten Rechtsprechung zur Grundrechtecharta, wie die EMRK materiell in das unionsrechtliche Mehrebenensystem eingepasst wird.

Engbrink, S. Dennis

## Die Kohärenz des auswärtigen Handelns der Europäischen Union

Band 89
2014. XIX, 278 Seiten.

ISBN 9783161531873
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161531880
eBook PDF 89,00 €

Was bringt der Vertrag von Lissabon für die Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU? S. Dennis Engbrink untersucht die strukturell gespaltene Rechtsordnung der EU-Außenpolitik sowie die Rechtsnormen des Vertrags von Lissabon, die für die Kohärenz des auswärtigen Handelns und das eigenständige Auftreten der EU in den internationalen Beziehungen von wesentlicher Bedeutung sind. Bei der Analyse des neuen Rechtsrahmens der EU-Außenpolitik berücksichtigt der Verfasser insbesondere auch die politische Praxis, von der er sich im Rahmen eines halbjährigen Forschungsaufenthaltes beim Rat der EU und beim Europäischen Auswärtigen Dienst ein Bild machen konnte. Die Arbeit widmet sich den Institutionen und der Kompetenzordnung der EU, den in den EU-Verträgen enthaltenen Kohärenz- und Kooperationsgeboten, der Außenvertretung der EU und schließlich den unterschiedlichen Rechtswirkungen im Bereich des auswärtigen Handelns.

Peters, Anne

## Jenseits der Menschenrechte

### Die Rechtsstellung des Individuums im Völkerrecht

Band 88
2014. XXIV, 535 Seiten.

ISBN 9783161527500
eBook PDF 134,00 €

Völkerrechtliche Normen sprechen Menschen zunehmend direkt an. Die Vervielfachung und Ausdifferenzierung völkerrechtsunmittelbarer materieller Rechte und Pflichten des Menschen sowie ihrer prozeduralen Durchsetzungsmöglichkeiten haben nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Bedeutung. Grundthese des Buches ist, dass ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, der den Menschen zum primären Völkerrechtssubjekt macht. Diese These wird vor dem Hintergrund der Ideengeschichte und Dogmatik der Völkerrechtspersönlichkeit des Menschen entfaltet. Vor allem wird sie aus der Praxis in zahlreichen Teilrechtsgebieten, angefangen vom Recht der internationalen Verantwortung über das Recht des bewaffneten Konflikts, das Recht der Katastrophenhilfe, das internationale Strafrecht, das internationale Umweltrecht, das Konsularrecht und das Recht des diplomatischen Schutzes, das internationale Arbeitsrecht, das Flüchtlingsrecht bis hin zum internationalen Investitionsschutzrecht abgeleitet.
Rechtsgrundlage der Völkerrechtspersönlichkeit (Völkerrechtssubjektivität) des Menschen ist Völkergewohnheitsrecht; seine Völkerrechtsfähigkeit ist ausserdem ein allgemeiner Rechtsgrundsatz und bildet einen Aspekt des Menschenrechts auf Rechtsfähigkeit. Die Herausbildung einfacher Rechte und Pflichten des Individuums (im Gegensatz zu den Menschenrechten) intensiviert die bisher schwach ausgeprägte Normenhierarchie im Völkerrecht. Der neue Völkerrechtsstatus des Menschen wird mit dem Begriff des subjektiven internationalen Rechts auf den Punkt gebracht.

Lindner, Christoph

## Die Effektivität transnationaler Maßnahmen gegen Menschenhandel in Europa

### Eine Untersuchung des rechtlichen Vorgehens gegen die moderne Sklaverei in der Europäischen Union und im Europarat

Band 87
2014. XIX, 286 Seiten.

ISBN 9783161530432
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161530753
eBook PDF 79,00 €

Menschenhandel ist ein multipolares Phänomen im Kontext von Migration und organisierter Kriminalität. Doch vor allem ist Menschenhandel in all seinen Erscheinungsformen eine fundamentale Menschenrechtsverletzung, die für eine moderne Gesellschaft und ihren Rechtsstaat nicht hinnehmbar ist. Die Europäische Union und der Europarat haben dies erkannt und insbesondere ihr rechtliches Vorgehen gegen Menschenhandel intensiviert. Aber wie gut ist Europa in seinen Rechtsakten gegen Menschenhandel? Welche Faktoren machen Maßnahmen effektiv, wo liegen Defizite und wie lassen sich diese beseitigen? Christoph Lindner geht diesen Fragen mit Hilfe eines strukturierten Analysemodells nach.

Böhringer, Ayşe-Martina

## Die Kooperationsvereinbarungen der Sekretariate multilateraler Umweltschutzübereinkommen

Band 86
2014. XXIV, 349 Seiten.

ISBN 9783161528613
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161528750
eBook PDF 94,00 €

Ayşe-Martina Böhringer thematisiert die Kooperationsvereinbarungen von Sekretariaten multilateraler Umweltschutzübereinkommen aus völkerrechtlicher Perspektive und ordnet diese in den »Global Environmental Governance«-Prozess ein.
Das Umweltvölkerrecht ist aufgrund der zahlreichen, nebeneinander existierenden multilateralen Übereinkommen durch eine dezentrale und fragmentierte Struktur geprägt. Die Kooperationsvereinbarungen der Sekretariate multilateraler Umweltschutzübereinkommen haben sich vor dem Hintergrund eines Bedürfnisses nach mehr Kohärenz und Rechtssicherheit in ganz spezifischen Bereichen des Umweltvölkerrechts und zur Überwindung von Fragmentierung herausgebildet. Die Kernfrage – nämlich die rechtliche Beschreibung und Einordnung dieser Kooperationsvereinbarungen – führt zu folgenden wesentlichen Untersuchungsschritten: Erstens zu der Frage der völkerrechtlichen Stellung der Sekretariate multilateraler Umweltschutzübereinkommen; zweitens zu einer möglichst repräsentativen Bestandsaufnahme der mit diesen Sekretariaten getroffenen Kooperationsvereinbarungen; drittens zu der Frage des normativen Potentials dieser Kooperationsvereinbarungen. Schließlich erfolgt eine funktionale Einordnung dieser Vereinbarungen. Dabei werden auch die Grenzen dieses eigendynamischen institutionellen Rechts(norm)setzungsprozesses und die tatsächliche Wirkmacht der Staaten als »Herren der Verträge« aufgezeigt, auch wenn – oder gerade weil – sich die Vereinbarungen weit überwiegend den traditionellen Rechtsnormkategorien nicht eindeutig zuordnen lassen.

Rademacher, Timo

## Realakte im Rechtsschutzsystem der Europäischen Union

Band 85
2014. XXII, 420 Seiten.

ISBN 9783161530876
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161531033
eBook PDF 119,00 €

Das Unionsprozessrecht scheint bislang keine Handhabe gegen reales Verwaltungshandeln der EU zu bieten. Werden subjektive Rechte etwa durch Informationsakte, polizeiliches Handeln, soft law oder informale Absprachen verletzt, dann fehlt gerichtlicher Schutz. Dabei kann es nicht bleiben. Die komplex verwobenen Rechtsschutzgarantien der Grundrechtecharta, der EMRK und der allgemeinen Rechtsgrundsätze verlangen nach einer Revision des status quo, um der wachsenden Grundrechtssensibilität gerecht zu werden. Aufbauend auf einer Analyse von Judikatur und Verwaltungsrealität arbeitet Timo Rademacher zunächst die 'Ansprüche' der Rechtsschutzgarantien an die prozessuale Erfassung von Realakten heraus. Anschließend zeigt er, dass diese Ansprüche ohne Vertragsänderung erfüllbar sind: Geboten wird eine rechtsvergleichend gestützte Rekonstruktion des EU-Prozessrechts, die den Kontakt zur Gerichtspraxis wahrt und erstmals ein vollständiges System unionalen Rechtsschutzes liefert.

Asemissen, Konrad

## Berufsanerkennung und Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt

### Die EU-Richtlinien aus der Perspektive der Methodik der Rechtsangleichung und des Wettbewerbs der Rechtsordnungen

Band 84
2014. XV, 359 Seiten.

ISBN 9783161530449
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161531552
eBook PDF 94,00 €

Die Berufsanerkennungs- und die Dienstleistungsrichtlinie sind die zentralen Rechtsakte zur Vertiefung des europäischen Binnenmarktes im Bereich der Dienstleistungen. Kontroverse Diskussionen im Rechtssetzungsverfahren haben den gemeinsamen Kontext der Richtlinien jedoch verschwimmen lassen. Konrad Asemissen stellt die Richtlinien nun als einheitlichen Regelungszusammenhang dar. Auf der Grundlage der Regulierungsmethodik der binnenmarktfinalen Rechtsangleichung untersucht er den regulatorischen Ansatz der Richtlinien, klärt ihr Verhältnis zueinander und bewertet die Kohärenz dieses Regulierungskonzeptes für den Dienstleistungssektor. Er geht schließlich der Frage nach, inwiefern die Richtlinien den Wettbewerb der Rechtsordnungen zu fördern vermögen. Ausgehend vom System des Wettbewerbs der Rechtsordnungen widmet sich der Autor auch dem Phänomen der Inländerdiskriminierung.

Vilsmeier, Ingrid

## Tatsachenkontrolle und Beweisführung im EU-Kartellrecht auf dem Prüfstand der EMRK

Band 83
2013. XV, 269 Seiten.

ISBN 9783161527913
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161528538
eBook PDF 74,00 €

Die Geltung strafverfahrensrechtlicher Garantien für das EU-Kartellverfahren ist seit langem Gegenstand der juristischen Diskussion. Dabei wurde gerade in den letzten Jahren vermehrt kritisiert, dass das EU-Kartellverfahren hinter den strafverfahrensrechtlichen Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zurückbleibe. Durch den im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Beitritt der Union zur EMRK und die damit bevorstehende Grundrechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Thematik noch einmal an Brisanz gewonnen.
Ausgehend von der Qualifizierung des EU-Kartellverfahrens als Strafverfahren im Sinn der EMRK untersucht die Autorin die Vereinbarkeit der unionsgerichtlichen Kontrolle von Sachverhaltsfeststellung und Beweisführung der Kommission im EU-Kartellrecht mit den Vorgaben der EMRK.

Krämer, Rike U.

## Die Koordinierung zwischen Umweltschutz und Freihandel im Mehrebenenrechtsverbund am Beispiel des Vergaberechts

Band 82
2013. XIV, 235 Seiten.

ISBN 9783161527357
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161529306
eBook PDF 79,00 €

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Umwelt und der Förderung des Freihandels ist komplex. Es lässt sich nicht einfach mit dem Vorrang des einen Gutes vor dem anderen lösen, sondern erfordert Koordinierung. Im Mehrebenenrechtsverbund, in dem Rechtspluralismus herrscht, müssen nicht nur die beiden Ziele Freihandel vs. Umweltschutz, sondern auch die verschiedenen Ebenen miteinander koordiniert werden. Rike U. Krämer stellt eine neue Perspektive für diese Koordinierung im Recht dar: das Kollisionenrecht. Dieses Kollisionenrecht bietet normative Maßstäbe zur Koordinierung dieser Zielkonflikte durch Gerichte/Streitbeilegungsgremien und die Administrative.
Die theoretischen Grundlagen des Kollisionenrechts werden am Beispiel des europäischen und des welthandelsrechtlichen Vergaberechtsregimes entfaltet.

Knop, Daniel

## Völker- und Europarechtsfreundlichkeit als Verfassungsgrundsätze

Band 81
2013. XV, 380 Seiten.

ISBN 9783161530180
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161530289
eBook PDF 94,00 €

Völker- und Europarechtsfreundlichkeit sind anerkannte ungeschriebene Verfassungsgrundsätze. Sie haben die Aufgabe, bei Regelungskonflikten im Mehrebenenrechtssystem normative Lösungen zu formulieren, um den Mangel an positiv-rechtlichen Konflikt- und Kollisionsnormen zu überwinden. Wesentlicher Baustein ist die »Offene Staatlichkeit« des deutschen Verfassungsstaates, die die überstaatliche Rechtsintegration erlaubt und damit die Offenheit gegenüber dem Einfluss überstaatlichen Rechts auf das nationale Recht formuliert. Dabei gehen die Völkerrechtsfreundlichkeit und die Europarechtsfreundlichkeit über ein rein deskriptives Verständnis hinaus. Sie entfalten konkrete Rechtsfolgen im prozeduralen und materiellen Sinn. Als ungeschriebene Rechtsgrundsätze sind sie an das geschriebene Verfassungsrecht und an die Grenzen des Art. 79 Abs.3 GG gebunden.

Hofmann, Claudia

## Internationale Sozialstandards im nationalen Recht

### Eine Untersuchung am Beispiel des Systems sozialer Sicherheit in Südafrika

Band 80
2013. XIX, 318 Seiten.

ISBN 9783161523830
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161523847
eBook PDF 94,00 €

Seit Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation wurde im internationalen öffentlichen Recht eine Vielzahl von – bindenden wie nicht bindenden – Normen geschaffen, die auf die Aufrechterhaltung, vor allem aber die Verbesserung der sozioökonomischen Lebenssituation des Einzelnen abzielen. Claudia Hofmann untersucht anhand des südafrikanischen Systems sozialer Sicherheit, welchen Einfluss diese internationalen Sozialstandards im nationalen Rechtssystem haben. Sie verknüpft dazu rechts- und politikwissenschaftliche Perspektiven und geht folgenden Fragen nach: Welche Inhalte internationaler Sozialstandards werden in der südafrikanischen sozialrechtlichen Gesetzgebung und Rechtsprechung rezipiert? Welches sind die zentralen Akteure und relevanten rechtlichen Strukturen in diesem »Einflussprozess«? Welche Theorien beziehungsweise Theorieansätze gibt es im Hinblick auf diesen Prozess?

Bubrowski, Helene

## Internationale Investitionsschiedsverfahren und nationale Gerichte

Band 79
2013. XX, 346 Seiten.

ISBN 9783161522413
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161525070
eBook PDF 79,00 €

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die internationale Schiedsgerichtsbarkeit zum zentralen Forum für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und Gaststaaten entwickelt. Damit ist die Rolle der staatlichen Gerichtsbarkeit aber nicht entfallen. Helene Bubrowski legt vielmehr dar, dass Investitionsschiedsverfahren und nationale Gerichtsverfahren in mannigfaltiger Weise ineinander verzahnt sind: Auf Zuständigkeitsebene besteht ein Konkurrenzverhältnis; vor Beginn eines Schiedsverfahrens stellt sich die Frage nach dem Erfordernis der Rechtswegerschöpfung und nach der Rechtskraftwirkung von Gerichtsurteilen; nach Abschluss eines Schiedsverfahrens sind staatliche Gerichte zur Aufhebung und Vollstreckung von Schiedssprüchen berufen. Bei der dogmatischen Systematisierung des Verhältnisses der internationalen und nationalen Streitschlichtungsmechanismen nimmt die Autorin auch politische und wirtschaftliche Zusammenhänge in den Blick. Die Arbeit wurde mit dem Osborne Clarke Preis für Internationales Recht ausgezeichnet.

Henninger, Hartmut

## Menschenrechte und Frieden als Rechtsprinzipien des Völkerrechts

### Das Handeln der Vereinten Nationen in der Konfliktnachsorge aus der Perspektive einer völkerrechtlichen Prinzipienlehre

Band 78
2013. XVII, 429 Seiten.

ISBN 9783161524486
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161605208
eBook PDF 104,00 €

In modernen multidimensionalen Friedensmissionen begrenzen sich Menschenrechtsschutz und Friedenssicherung vielfach gegenseitig. Wegen des fragmentarischen Zustands des *jus post bellum* und des Fehlens einer überzeugenden Konkretisierungsmethode gelingt es Sicherheitsrat und Peacekeepern nicht immer, konkurrierende Schutzziele auf legitime Weise zum Ausgleich zu bringen. Hartmut Henninger nimmt diesen Befund zum Anlass, die Völkerrechtsordnung als verfasste und wertgebundene Prinzipienordnung zu rekonstruieren. Er entwirft ein Entscheidungsmodell, das scheinbar unverbundene Regelungsfragmente und politische Konzepte zusammenführt und operationalisiert. Auf dieser Grundlage nimmt er Stellung zu drängenden Rechtsfragen der Konfliktnachsorge und setzt sich kritisch mit Praxisfällen auseinander. Der Autor zeigt, dass das Völkerrecht auch an seinen Grenzen zu nachvollziehbaren und rationalen Lösungen befähigt.

Krönke, Christoph

## Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Band 77
2013. XXII, 383 Seiten.

ISBN 9783161526411
Leinen 89,00 €
ISBN 9783161526428
eBook PDF 89,00 €

Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählt zu den umstrittensten Leitfragen des Europäischen Verwaltungsrechts. Christoph Krönke rekonstruiert die mitgliedstaatliche Verfahrensautonomie auf der Grundlage eines prinzipientheoretischen Ansatzes im Spannungsverhältnis von nationaler Eigenverantwortung und europäischer Integration. Dabei erweisen sich das Äquivalenz- und das Effektivitätsprinzip als spezifischer Ausdruck des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Dies führt zu einer umfassenden Kritik der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Hinblick auf die Bestandskraft von Verwaltungsakten und die Rechtskraft von Gerichtsentscheidungen.

Wiesinger, Nicola

## Innovation im Verwaltungsrecht durch Internationalisierung

### Eine rechtsvergleichende Studie am Beispiel der Aarhus-Konvention

Band 76
2013. XXIV, 394 Seiten.

ISBN 9783161523410
fadengeheftete Broschur 94,00 €
ISBN 9783161523793
eBook PDF 94,00 €

Nicola Wiesinger legt ihrer Arbeit die Frage nach einer Innovation im Recht durch Internationalisierung zugrunde. Als Referenzgebiet wählt sie hierfür im Allgemeinen das Verwaltungsrecht und im Besonderen das Umweltrecht. Da die meisten Umweltprobleme global sind, muss die Lösung zumeist eine staatenübergreifende sein, die im Wege des Völkerrechts vereinbart wird. Gerade das Umweltrecht ist daher sehr stark von äußeren, völkerrechtlichen Einflüssen geprägt. Um einen konkreten Anhaltspunkt zu erhalten, untersucht die Autorin die Frage der Internationalisierung der nationalen Rechtsordnungen am Beispiel einer der großen völkerrechtlichen Verträge der letzten Zeit, der Aarhus-Konvention. Dabei wählt sie nicht nur die deutsche Rechtsordnung als Untersuchungsgegenstand aus, sondern widmet sich auch der Frage nach einer Innovation in den Rechtsordnungen der Europäischen Union sowie von Frankreich und England.

Nöhmer, Sabrina

## Das Recht auf Anhörung im europäischen Verwaltungsverfahren

Band 75
2013. XX, 392 Seiten.

ISBN 9783161525643
fadengeheftete Broschur 94,00 €
ISBN 9783161525650
eBook PDF 94,00 €

Das Recht auf Anhörung ist eines der wichtigen Verfahrensrechte nicht nur im nationalen, sondern auch im europäischen Verwaltungsverfahren. Sabrina Nöhmer untersucht das Recht auf rechtliches Gehör gegenüber den Unionsorganen, gegenüber den Mitgliedstaaten im indirekten Vollzug sowie in gestuften Verwaltungsverfahren. Durch die Analyse der Vorgaben der Grundrechtecharta, der Europäischen Menschenrechtskonvention, allgemeiner Rechtsgrundsätze sowie einer rechtsvergleichenden Analyse der gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten und zahlreicher Referenzgebiete wie des Beihilfen-, Kartell- und Fusionskontrollverfahrens wird untersucht, inwiefern sich Vorgaben für ein einheitliches Anhörungsrecht im europäischen Verwaltungsverfahren entwickeln lassen. Sabrina Nöhmer schließt mit einer Entwicklung von Reformperspektiven hinsichtlich punktueller und struktureller Modifikationen des nationalen Verwaltungsverfahrensrechts sowie eines Europäischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Thies, Carla

## Kulturelle Vielfalt als Legitimitätselement der internationalen Gemeinschaft

Band 74
2013. XI, 419 Seiten.

ISBN 9783161518836
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161521607
eBook PDF 104,00 €

Carla Thies untersucht die Funktion und Bedeutung des Begriffs der Legitimität im Bereich des Völkerrechts am Beispiel der Thematik kultureller Vielfalt. Mit dem Begriff der Legitimität wird rechtstheoretisch die Vorstellung verknüpft, dass das positive Völkerrecht von bestimmten, von ihm bereits vorausgesetzten Interessen und Grundprinzipien abhängig ist. Sie dienen aus der Legitimitätsperspektive als normative Grundlage der Staatengemeinschaft. Die Autorin klärt dabei die Frage, inwieweit sich mit der rechtlichen Instrumentierung kultureller Vielfalt auch der Topos kultureller Vielfalt auf der Grundlage von drei völkerrechtlichen Säulen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, den kulturellen Rechten und dem Recht auf Entwicklung zu einem selbständigen, völkerrechtlich inkorporierten Legitimitätselement entwickelt hat.

Kruis, Tobias

## Der Anwendungsvorrang des EU-Rechts in Theorie und Praxis

### Seine Durchsetzung in Deutschland. Eine theoretische und empirische Untersuchung anhand der Finanz- und Verwaltungsgerichte und Behörden

Band 73
2013. XXVII, 713 Seiten.

ISBN 9783161520075
fadengeheftete Broschur 119,00 €

ISBN 9783161521584
eBook PDF 119,00 €

Der Anwendungsvorrang ist einer der Grundpfeiler des EU-Rechts. Vor beinahe 50 Jahren durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs entwickelt, wird er heute in seinen Grundsätzen von allen mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen nicht mehr in Frage gestellt. Doch was folgt daraus tatsächlich für den nationalen Rechtsanwender? Und wie sieht die Realität des Anwendungsvorrangs aus? Nach einer kurzen Einleitung untersucht Tobias Kruis die theoretische Herleitung, die Vorgaben sowie die Reichweite des Anwendungsvorrangs für die nationalen Rechtsanwender. Anschließend widmet er sich der tatsächlichen Durchsetzungspraxis in Deutschland am Beispiel der nationalen Finanz- und Verwaltungsgerichte und Behörden. Auf der Grundlage dieser empirischen Untersuchung zieht Tobias Kruis Rückschlüsse auf die Theorie und gibt einige rechtspolitische Vorschläge zur Verbesserung der Funktionsweise des Anwendungsvorrangs.

Ehm, Frithjof

## Das völkerrechtliche Demokratiegebot

### Eine Untersuchung zur schwindenden Wertneutralität des Völkerrechts gegenüber den staatlichen Binnenstrukturen

Band 72
2013. XXIX, 359 Seiten.

ISBN 9783161520396
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161522994
eBook PDF 89,00 €

Internationale Studien belegen, dass sich die Staats- und Regierungsform der Demokratie in den letzten Jahren weltweit zunehmend verbreiten konnte. Diese Entwicklung hat Frithjof Ehm zum Anlass genommen, eine kaum noch zu überschauende Anzahl an Verträgen, Erklärungen und vielen weiteren einschlägigen Dokumenten mit Bezug zur demokratischen Verfasstheit von Staaten zu untersuchen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass sowohl dem Völkervertragsrecht als auch dem Völkergewohnheitsrecht ein an die Staaten gerichtetes Demokratiegebot entnommen werden kann. Der Autor beschränkt diesen neuen völkerrechtlichen Rechtssatz jedoch auf elementare Kernelemente und macht ihn damit praktikabel. Anschließend beschäftigt er sich mit der Frage, welche völkerrechtliche Bedeutung das Demokratiegebot für den Staat und auch das Völkerrecht selbst besitzt. Mit dieser Arbeit leistet Frithjof Ehm einen wichtigen Beitrag zum Wandel des Völkerrechts hin zu einer immer mehr wertgebundenen internationalen Rechtsordnung.

Höfer, Martin F.

## Gezielte Tötungen

### Terrorismusbekämpfung und die neuen Feinde der Menschheit

Band 71
2013. XV, 280 Seiten.

ISBN 9783161523908
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161523922
eBook PDF 89,00 €

Spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 praktizieren einige Staaten weltweit gezielte Tötungen wirklicher oder vermeintlicher Terroristen. Diese nicht nur von Menschenrechtsorganisationen als 'Hinrichtungen ohne Strafurteil' kritisierte Praxis wirft zahlreiche völkerrechtliche Fragen auf. Martin Felix Höfer betritt mit eigenen Lösungsansätzen in vielen Punkten Neuland, um drängende Fragen zum *ius ad bellum* und *ius in bello* zu beantworten. Besonderes Augenmerk legt er nicht nur auf das Neutralitätsrecht, sondern auch auf traditionelles Gewohnheitsrecht, das trotz der Kodifizierung humanitärrechtlicher Regelungen weiterhin Geltung beanspruchen kann. Dabei ist seine Argumentation weder realitätsblind noch völkerrechtsnihilistisch. Anhand der herausgearbeiteten Grundsätze nimmt der Autor abschließend eine Bewertung des wohl prominentesten Beispiels gezielter Tötung vor: Der Liquidierung Osama bin Ladens.

Straßburger, Benjamin

## Die Dogmatik der EU-Grundfreiheiten

### Konkretisiert anhand des nationalen Rechts der Dividendenbesteuerung

Band 70
2012. XIII, 281 Seiten.

ISBN 9783161521911
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161523014
eBook PDF 74,00 €

Obwohl die EU-vertraglichen Grundfreiheiten seit jeher zu den wichtigsten Instrumenten der Binnenmarktverwirklichung gehören, ist es dem EuGH bislang nicht gelungen, eine hinreichend belastbare Dogmatik zu entwickeln. Benjamin Straßburger nimmt dies zum Anlass, die überkommenen Rechtsprechungsgrundsätze einer kritischen Prüfung zu unterziehen und eigene Ansätze zur Entfaltung dogmatischer Strukturen auszuarbeiten, um diese schließlich auf die klassische Prüfungsstruktur der Grundfreiheiten zu projizieren. Ins Zentrum der Betrachtung rückt er dabei das Verhältnis der Grundfreiheiten sowohl zu den kompetenzrechtlichen Wertungen der Unionsverträge als auch zu weiteren materiellen Rechtsmaßstäben des europäischen Primärrechts. Als Referenzgebiet dient ihm das direkte Steuerrecht, konkret das Recht der Dividendenbesteuerung, welches in der jüngsten Vergangenheit im Fokus der Grundfreiheits-Rechtsprechung des EuGH stand.

Gaßner, Katrin

## Die Rechtsprechung zur Versammlungsfreiheit im internationalen Vergleich

### Eine Analyse anhand von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des EGMR, des EuGH, der Obersten Gerichtshöfe der Russischen Föderation und des U.S. Supreme Courts

Band 69
2012. XX, 400 Seiten.

ISBN 9783161518676
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161521560
eBook PDF 89,00 €

Die Versammlungsfreiheit ist in nahezu allen Rechtsordnungen weltweit zumindest formal gesichert und schützt ihrerseits die besondere Form der Kommunikation mit anderen durch das Zusammenkommen und die gemeinsame Äußerung von Ansichten in vielfältigster Form. Katrin Gaßner versucht, dies für einige ausgewählte Gerichte näher zu beleuchten. Dabei geht es nur am Rande um die theoretischen Grundlagen. Im Fokus steht vielmehr die rechtsanwendende Praxis verschiedener oberster Gerichtshöfe – des Bundesverfassungsgerichts, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, des Europäischen Gerichtshofes, des United States Supreme Courts und der obersten Gerichtshöfe der Russischen Föderation. Die Autorin stellt allgemeine Grundsätze, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Rechtsprechung, aber auch den Wandel der Rechtsprechung über die Jahre hinweg sowie etwaige Überschneidungen mit den jeweils anderen Rechtsordnungen dar.

Mellech, Kathrin

## Die Rezeption der EMRK sowie der Urteile des EGMR in der französischen und deutschen Rechtsprechung

Band 68
2012. XVII, 270 Seiten.

ISBN 9783161519994
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161523021
eBook PDF 74,00 €

Auf Grund des Erfordernisses der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges ist es zuallererst die Pflicht der nationalen Gerichte, den Konventionsrechten innerstaatliche Geltung zu verleihen. Da es im Interesse eines jeden Staates liegen müsste, eine Verurteilung durch den EGMR zu vermeiden, dürfte eigentlich zu erwarten sein, dass die nationalen Gerichte der Anwendung der EMRK einen hohen Stellenwert einräumen. Angesichts zahlreicher Verurteilungen der Vergleichsstaaten bestehen indes Zweifel, ob die innerstaatliche Rechtsprechung sich ihrer Funktion im europäischen Rechtsschutzsystem hinreichend bewusst ist. Kathrin Mellech untersucht unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen französischer und deutscher Rechtsordnung daher insbesondere die Einstellung der innerstaatlichen Rechtsprechung gegenüber dem Konventionsrecht und deren Wandel.

Ripke, Stefan

## Europäische Versammlungsfreiheit

### Das Unionsgrundrecht der Versammlungsfreiheit im Grundrechtsschutzsystem aus Grundrechtecharta, EMRK und gemeinsamer Verfassungsüberlieferung

Band 67
2012. XLI, 697 Seiten.

ISBN 9783161516948
fadengeheftete Broschur 129,00 €

ISBN 9783161520945
eBook PDF 129,00 €

Mit Fortschreiten der Europäischen Integration geraten zunehmend solche EU-Grundrechte in das Blickfeld von Praxis und Wissenschaft, die die Freiheit des Einzelnen außerhalb ökonomischer Zusammenhänge schützen. Am Beispiel der Versammlungsfreiheit analysiert Stefan Ripke das Zusammenwirken der Rechtsquellen für Grund- und Menschenrechtsschutz i.S.d. Art. 6 EU. Er klärt das Verhältnis der Grundrechtecharta zu den ungeschriebenen EU-Grundrechten sowie den Einfluss der EMRK. Im Ergebnis gewährleistet die EU Versammlungsfreiheit neben Art. 12 EuGrCh auch durch ein ungeschriebenes Unionsgrundrecht. Der Autor widmet sich zudem offenen Fragen zur Versammlungsfreiheit des Art. 11 EMRK. Eine wertende Rechtsvergleichung bestimmt schließlich die Konturen der EU-Versammlungsfreiheit und zeigt dabei eine den Mitgliedstaaten gemeinsame Verfassungstradition des Grundrechts auf, das sich auch insofern als Europäische Versammlungsfreiheit erweist.

Janik, Cornelia

## Die Bindung internationaler Organisationen an internationale Menschenrechtsstandards

### Eine rechtsquellentheoretische Untersuchung am Beispiel der Vereinten Nationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds

Band 66
2012. XXI, 608 Seiten.

ISBN 9783161519062
fadengeheftete Broschur 129,00 €

ISBN 9783161521577
eBook PDF 129,00 €

Das internationale Menschenrechtsschutzsystem ist zunächst als Antwort auf Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg entstanden und richtet sich an Staaten als potenzielle Menschenrechtsverletzer. Internationale Organisationen, allen voran die UNO, sind nach ihrer historischen Konzeption mit der Aufgabe betraut, Allgemeinwohl und Menschenrechte zu fördern. An Menschenrechtsverträge sind sie selbst nicht gebunden. Die Vorstellung, dass nur Staaten Menschenrechte verletzen, ist indes obsolet, wie etwa die *black listing* -Aktivitäten des UN-Sicherheitsrates oder die Finanzierung menschenrechtsadverser Projekte durch Weltbank und IWF vor Augen führen. Cornelia Janik zeigt daher methodische Ansätze auf, um die klassischen, auf Staaten zugeschnittenen Völkerrechtsquellen derart weiterzuentwickeln, dass sie auch internationale Organisationen zur Einhaltung internationaler Menschenrechte verpflichten.

Meurs, Christian

## Normenhierarchien im europäischen Sekundärrecht

Band 65
2012. XXII, 235 Seiten.

ISBN 9783161519659
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161521591
eBook PDF 74,00 €

Das Verhältnis des aus dem europäischen Vertragsrecht abgeleiteten Sekundärrechts zum nationalen Recht ist im Grundsatz geklärt. Wie jedoch verhalten sich die Sekundärrechtsakte zueinander? Christian Meurs untersucht diese Frage nach der rangmäßigen Ordnung. Er gibt eine Einführung in die Grundlagen des Stufenbaus der Rechtsordnung und zeigt die Bedeutung von Normenhierarchien für die Entwicklung der Union vom EGKS-Vertrag bis zum AEUV auf. Außerdem analysiert er das sekundärrechtliche Rangverhältnis nach dem EG-Vertrag und nach dem AEUV. Christian Meurs kommt zu dem Ergebnis, dass der EG-Vertrag keine allgemeine Normenhierarchie im Sekundärrecht aufweist. Der AEUV hingegen führt durch die Regelung von Gesetzgebungsakten eine partielle Normenhierarchie ein. Auf Verhältnis und Abgrenzung der einzelnen Ranggruppen geht der Autor ebenso ein wie auf die Frage ihrer Bedeutung für Rechtsetzung und Rechtsprechung.

Vondung, Julie

## Die Architektur des europäischen Grundrechtsschutzes nach dem Beitritt der EU zur EMRK

Band 64
2012. XX, 376 Seiten.

ISBN 9783161509179
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161520846
eBook PDF 79,00 €

Seit Sommer 2010 laufen die Verhandlungen über den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die schon bald abgeschlossen sein sollen. Die Unterwerfung der EU unter das Konventionssystem wird zur Folge haben, dass Einzelne gegen diese künftig nicht nur vor dem EuGH vorgehen können, sondern zusätzlich auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Julie Vondung untersucht die damit zu erwartenden, grundlegenden Umwälzungen im europäischen Grundrechtsschutz. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Beitritt letztlich auch Rückwirkungen auf das unionsinterne Rechtsschutzsystem haben könnte. Zudem geht sie davon aus, dass die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen EGMR und EuGH entscheidend für die künftige Architektur des europäischen Grundrechtsschutzes sein wird.

Dimitropoulos, Georgios

## Zertifizierung und Akkreditierung im Internationalen Verwaltungsverbund

### Internationale Verbundverwaltung und gesellschaftliche Administration

Band 63
2012. XXIV, 418 Seiten.

ISBN 9783161509889
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161519390
eBook PDF 94,00 €

Moderne Verwaltung entwickelt neue Instrumente für den Umgang mit Bürgern und Unternehmen sowie mit ausländischen und supranationalen Verwaltungen. Repräsentativ für diese Veränderung ist das System der Zertifizierung und Akkreditierung. Dieses System hat sich auf dem privaten Markt entwickelt. Seit einiger Zeit wird es zunehmend auch zur Erfüllung administrativer Ziele eingesetzt. Dazu wird seine Verbreitung von der globalen und europäischen Verwaltungsebene vorangetrieben. In den Referenzgebieten Konformitätsbewertung, Produktsicherheit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zeigen sich auch neue Formen internationaler Verwaltung. Es entsteht ein Internationaler Verwaltungsverbund. Dieser dient als das funktionale Äquivalent zum Staat für das Verwalten jenseits des Staates. Neue administrative Phänomene treten in diesem Rahmen zutage: dekonzentrierte internationale Implementation, Verbundverwaltung und gesellschaftliche Administration. Der Verbund wird durch ein internationales Kooperationsprinzip und ein internationales *rule of law*- Prinzip normativ verfestigt.

Frohwerk, Arno

## Soziale Not in der Rechtsprechung des EGMR

Band 62
2012. XVIII, 380 Seiten.

ISBN 9783161517006
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161519383
eBook PDF 89,00 €

Arno Frohwerk untersucht den konventionsrechtlichen Umgang mit sozialer Not. Er analysiert dafür die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und kommt zu dem Ergebnis, dass die Anwendung der EMRK auf soziale Not vom EGMR im Einzelfall auf den Ausnahmefall begrenzt wird. Soziale Leistungsrechte zum Schutz vor sozialer Not können nur dann gewährleistet werden, wenn ihre Nichtgewährung einen Verstoß gegen die Menschenwürde darstellt. Aus der Analyse des Einzelfallrechtes entwickelt er ein an der Rechtspraxis orientiertes Kriterienmodell, mit dem dieser Ausnahmefall konkret festgestellt werden kann.
Im ersten Teil der Untersuchung legt Arno Frohwerk dar, dass die EMRK grundsätzlich kein Instrument zur Gewährleistung sozialer Rechte ist. Anschließend unternimmt er eine detaillierte Analyse der Spruchpraxis in Hinblick auf die am Einzelfall orientierten temporären, persönlichen und außergewöhnlichen Umstände. Dafür stellt Arno Frohwerk die Entscheidungen, in denen keine Konventionsverletzung festgestellt worden ist, den Ausnahmefällen gegenüber, in denen der EGMR eine Verletzung festgestellt hat. Durch diese Gegenüberstellung werden die Kriterien sichtbar, die den Europäischen Gerichtshof bei seiner Entscheidung im Einzelfall lenken. Im dritten Teil wird das vom EGMR gewährleistete Existenzminimum aus einer rechtspolitischen und rechtstheoretischen Perspektive schließlich erklärt und bewertet. Abschließend werden die Ergebnisse dann mit einem Kriterienmodell operabel gemacht und Anwendungsfälle herauskristallisiert.

Lutzhöft, Niels

## Eine objektiv-rechtliche Gewährleistung der Rundfunkfreiheit in der Europäischen Union?

### Nationales Rundfunkverfassungsrecht und unionsrechtlicher Grundrechtsschutz im Spiegel divergierender Tradition, Funktion und Konzeption der Grundrechte

Band 61
2012. XX, 370 Seiten.

ISBN 9783161517013
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161518768
eBook PDF 119,00 €

Der Rundfunk übernimmt als »Medium und Faktor« der öffentlichen Meinungsbildung eine tragende Rolle. Verfassungsgerichte in Europa betonen, dass ein freier Rundfunk eine der Grundvoraussetzungen des demokratischen Systems darstellt. Um diese zu sichern, werden Freiheiten im Bereich des Rundfunks häufig funktional mit Blick auf dieses Ziel konzipiert. Der Staat muss die Ausübung der Freiheit durch geeignete einfachgesetzliche Ausgestaltung sichern und die Meinungsvielfalt gewährleisten. Die Maßnahmen, mit denen er dies tut, greifen potenziell in die Dienstleistungsfreiheit ein oder stellen rechtfertigungsbedürftige Beihilfen dar. Niels Lutzhöft löst solche diagonalen Kollisionen mittels eines grundrechtlichen Ansatzes unmittelbar auf EU-Ebene auf und macht die Besonderheiten des Rundfunks unionsrechtlich greifbar. Ein objektiv-rechtlicher Schutz der Rundfunkfreiheit im Unionsrecht balanciert die abwehrrechtlich ausgerichteten Tatbestände auf der Ebene der EU-Verträge aus und verschafft der kulturellen Aufgabe des Rundfunks als negativer Grenze einen unionsrechtlichen Achtungsanspruch.

Markard, Nora

## Kriegsflüchtlinge

### Gewalt gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten als Herausforderung für das Flüchtlingsrecht und den subsidiären Schutz

Band 60
2012. XVIII, 413 Seiten.

ISBN 9783161517945
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161519376
eBook PDF 94,00 €

Kriege sind eine der Hauptfluchtursachen, doch Kriegsflüchtlinge gelten oft nicht als Flüchtlinge im Rechtssinne. Dies gilt umso mehr in sogenannten »neuen Kriegen« mit ihrer vermeintlich ziellosen Gewalt gegen Zivilpersonen. Nora Markard zeigt jedoch, dass die Flüchtlingskonvention bei menschenrechtlicher und antidiskriminierungsrechtlicher Auslegung Kriegsflüchtlingen weitreichenden Schutz bieten kann. Auf der Basis einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept »neuer Kriege« einschließlich ihrer Geschlechterdynamiken untersucht die Autorin in rechtsvergleichender Perspektive das Schutzpotential des Flüchtlingsrechts im Dreiebenensystem aus Genfer Konvention, Unionsrecht und Aufenthaltsgesetz. Dabei berücksichtigt sie auch Entwicklungen des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts. In einem zweiten Teil widmet sich Nora Markard dem menschen- und unionsrechtlichen subsidiären Schutz gegen Kriegsgewalt.
Die Arbeit wurde mit dem Humboldt-Preis 2012 der Humboldt-Universität zu Berlin ausgezeichnet.

Grosche, Nils

## Rechtsfortbildung im Unionsrecht

### Eine Untersuchung zum Phänomen richterlicher Rechtsfortbildung durch den Gerichtshof der Europäischen Union

Band 59
2011. XVII, 351 Seiten.

ISBN 9783161509926
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161518539
eBook PDF 89,00 €

Wo Richter entscheiden, stellt sich immer die Frage, ob die Entscheidungen dem gesetzten Befugnisrahmen entsprochen haben. Dabei bildet die spezifische Betrachtung des Unionsrechts Anlass für grundlegende Überlegungen zum theoretischen Verständnis von richterlicher Rechtsfortbildung und Spruchpraxis. Nils Grosche deutet richterliche Entscheidungen, einschließlich der als richterliche Rechtsfortbildung rubrizierenden, als Erklärungen der normativen Ordnung, denen darstellender Charakter zukommt. Zur Erklärung der normativen Ordnung bedient sich der Ansatz eines Modells aus Regeln und Prinzipien, das sich an dem Erklärungszusammenhang orientiert. Auf dieser Grundlage untersucht Nils Grosche die Zusammenhänge des Unionsrechts und deren Verknüpfung mit richterlicher Rechtsfortbildung.
Für diese Arbeit wurde Nils Grosche mit dem Promotionspreis des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Bonn ausgezeichnet.

Bolle, Ulrike

## Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)

### Eine völkerrechtliche Untersuchung

Band 58
2011. XIV, 165 Seiten.

ISBN 9783161516658
fadengeheftete Broschur 54,00 €
ISBN 9783161517570
eBook PDF 54,00 €

Die Verhandlungen um die Reaktion der Staatengemeinschaft auf den Klimawandel beherrschen die internationale Bühne wie kaum ein zweites Thema. Die wissenschaftlichen Grundlagen, auf denen diese Verhandlungen basieren, liefert das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Was ist das für ein Gremium, wie funktioniert es und welche Kompetenzen hat es? Diese Fragen wurden – trotz der enormen öffentlichen Aufmerksamkeit, die den Sachstandsberichten des IPCC zuteil wird – aus völkerrechtlicher Sicht bisher nicht systematisch gestellt und beantwortet. Ulrike Bolle schließt mit der vorliegenden Untersuchung diese Lücke. Sie arbeitet Grundlagen, Organisation und Aufgaben des IPCC detailliert heraus und analysiert die Stellung des Gremiums im System des internationalen Klimaschutzes sowie seinen Einfluss auf die internationale Klimapolitik, auch unter dem Blickwinkel der Global Governance.

Lehnardt, Chia

## Private Militärfirmen und völkerrechtliche Verantwortlichkeit

### Eine Untersuchung aus humanitär-völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Perspektive

Band 57
2011. XVII, 299 Seiten.

ISBN 9783161507649
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161517563
eBook PDF 79,00 €

Private Militärfirmen stellen neuartige Herausforderungen an ein Rechtssystem, das sich primär an Staaten und internationale Organisationen richtet. Gleichzeitig ist das hergebrachte Konzept der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit zentral für die Verwirklichung humanitär-völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Verpflichtungen. Vor diesem Hintergrund untersucht Chia Lehnardt, welche Bedeutung diesem Konzept zukommt, wenn Staaten oder die UN private Militärfirmen einsetzen. Dabei erweist sich das gegenwärtige System völkerrechtlicher Verantwortlichkeit aus zwei Gründen als wirklichkeitsnah. Erstens ist nicht die formale, sondern die tatsächliche Organisation eines Staates bzw. einer Peacekeeping-Operation entscheidend. Zweitens wird die besondere Rolle des Auftraggebers erfasst, indem ihm erhöhte Schutzpflichten auferlegt werden. Mit der Auslagerung militärischer Funktionen geht daher nicht die Auslagerung völkerrechtlicher Verantwortlichkeit einher.

Karrenstein, Daniela

## Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Band 56
2011. XVIII, 313 Seiten.

ISBN 9783161509094
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161517556
eBook PDF 79,00 €

Mit der Umstrukturierung des zentralen Menschenrechtsschutzorgans der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem neugeschaffenen Verfahren der *Universal Periodic Review* , verband sich einerseits die Hoffnung auf einen menschenrechtspolitischen Neuanfang. Andererseits galt es aber auch, die zahlreichen vorhandenen und vielfach in der Praxis bewährten Mechanismen, welche im Laufe der langen Geschichte der Menschenrechtskommission geschaffen worden waren, zu erhalten oder auszubauen und in das System des neuen Menschenrechtsrates zu integrieren. Gleichzeitig eröffnete sich die Chance, Dopplungen oder sonst ineffektive Strukturen zu beseitigen. Notwendig war deshalb – und ist teilweise bis heute – eine Bestandsaufnahme, Bewertung und Entscheidung über die Fortführung und Neuausgestaltung der vorhandenen Mechanismen. Diese von Daniela Karrenstein vorgenommene Bestandsaufnahme kann für die im Jahre 2011 vom Menschenrechtsrat durchzuführende Überprüfung seiner Funktionsweise nutzbar gemacht werden.

Mangold, Anna Katharina

## Gemeinschaftsrecht und deutsches Recht

### Die Europäisierung der deutschen Rechtsordnung in historisch-empirischer Sicht

Band 55
2011. XXII, 586 Seiten.

ISBN 9783161506505
fadengeheftete Broschur 109,00 €
ISBN 9783161517549
eBook PDF 109,00 €

Das europäische Gemeinschaftsrecht hat das bundesrepublikanische Recht von Beginn an maßgeblich mitgeprägt. Die Europäisierung ist neben Konstitutionalisierung und Internationalisierung der dritte zentrale Entwicklungsstrang der deutschen Rechtsentwicklung. Anna Katharina Mangold zeichnet die Entwicklung des Gemeinschaftsrechts und seines Einflusses auf die deutsche Rechtsordnung im historischen Verlauf nach. Die Europäisierung erfasst alle Bereiche der deutsche Rechtsordnung: Rechtswissenschaft, Juristenausbildung, Legislative, Exekutive und Judikative. Mithilfe empirischer Methoden wird die Europäisierung dieser verschiedenen Bereiche objektiv dargestellt.
Die historisch-empirische Sicht auf die Europäisierung erlaubt eine neue Systematisierung der Einwirkungsmechanismen in Umsetzungsrecht, föderales Durchsetzungsrecht und ungesteuerte Anpassungsprozesse. Zugleich zeichnet die Arbeit ein Bild des europäisierten deutschen Rechts.

Frenzel, Matthias

## Sekundärrechtsetzungsakte internationaler Organisationen

### Völkerrechtliche Konzeption und verfassungsrechtliche Voraussetzungen

Band 54
2011. XXIV, 340 Seiten.

ISBN 9783161508813
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161511929
eBook PDF 89,00 €

Die Völkerrechtsordnung wird heute seltener durch »klassisches« Vertragsrecht, sondern zunehmend durch die Normsetzung überstaatlicher Institutionen geprägt. Matthias Frenzel untersucht, welche universellen internationalen Organisationen eigenständig abstrakt-generelle Rechtsakte erlassen können. Anhand der einzelnen Gründungsstatute analysiert er die Modalitäten der für die Mitgliedstaaten entstehenden völkerrechtlichen Pflichten und zeigt Gemeinsamkeiten und vor allem Unterschiede der vertraglichen Konzeptionen auf. Im zweiten Teil des Buchs widmet sich der Autor den Auswirkungen dieser Sekundärrechtsetzung auf das deutsche Verfassungsrecht. Neben den grundgesetzlichen Anforderungen an die Mitwirkung der Bundesrepublik in den Organisationen im Allgemeinen erörtert er die Konsequenzen, die sich aus der völkerrechtlichen Bindung an das institutionelle Sekundärrecht für die Legislative ergeben.

Pilniok, Arne

## Governance im europäischen Forschungsförderverbund

### Eine rechtswissenschaftliche Analyse der Forschungspolitik und Forschungsförderung im Mehrebenensystem

Band 53
2011. XV, 434 Seiten.

ISBN 9783161507397
fadengeheftete Broschur 94,00 €
ISBN 9783161511912
eBook PDF 94,00 €

Der europäische Verwaltungsverbund hat sich in der Rechtswissenschaft als Paradigma etabliert. Arne Pilniok zieht in dieser Perspektive erstmals die Forschungsförderung als Referenzgebiet heran. Er untersucht die Formen der horizontalen und vertikalen Interaktionen innerhalb der Union und zwischen den Mitgliedstaaten in der (öffentlichen) Forschungsförderung. Die Eigenarten des Sachbereichs Forschung, die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen, die administrativen Restriktionen und Wissensprobleme sowie das allgemeine europäische Verwaltungsrecht führen dabei zur Ausprägung einer sachbereichsadäquaten Verbundstruktur: dem europäischen Forschungsförderverbund. Dessen Governance-Strukturen analysiert der Autor eingehend und erörtert anschließend die Probleme, die diese ebenenübergreifenden Regelungsstrukturen im Hinblick auf die demokratische Legitimation und die rechtsstaatlichen Grundprinzipien aufwerfen.

## Bewusstes Erinnern und bewusstes Vergessen

### Der juristische Umgang mit der Vergangenheit in den Ländern Mittel- und Osteuropas

### Hrsg. v. Angelika Nußberger u. Caroline von Gall

Band 52
2011. XIV, 400 Seiten.

ISBN 9783161508622
fadengeheftete Broschur 104,00 €
ISBN 9783161517532
eBook PDF 104,00 €

Für die Länder Mittel- und Osteuropas war das 20. Jahrhundert mit einschneidenden Systemumbrüchen verbunden. Dies brachte die Herkulesaufgabe mit sich, die Rechtssysteme grundlegend umzugestalten und neue verbindliche Wertorientierungen vorzugeben. Vergangene Ungerechtigkeiten galt es auszugleichen ohne dabei rechtsstaatliche Postulate zu verletzen. Der Sammelband geht dem komplexen Ineinandergreifen von Recht und Geschichte im Rahmen dieses Transformationsprozesses aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach. Diskutiert werden die Rolle des Strafrechts bei der Aufarbeitung von Systemunrecht, die Vergangenheitsbewältigung durch neu geschaffene Verfassungsgerichte, Konfliktvermeidungsstrategien bei der Neubestimmung von Staatsgrenzen sowie das Minderheiten- und Eigentumsrecht, aber auch jüngste Initiativen in Russland und der Ukraine, die Leugnung besonderer historischer Ereignisse gesetzlich zu verbieten.

Inhaltsübersicht

**I) Der wertende Blick zurück – Geschichts- und Rechtswissenschaft im Vergleich**
*Martin Schulze Wessel:* Geschichte vor Gericht. Zum juristischen und geschichtswissenschaftlichen Umgang mit dem Unrecht untergegangener Staatsordnungen in Deutschland und im östlichen Europa – *Angelika Nußberger:* Vergangenheitsbewältigung und Recht – eine fortwirkende Herausforderung
**II) Staatenbildung und Grenzziehung – die Fortwirkung der Geschichte**
*Otto Luchterhandt:* Grenzen in Mittelasien und uti possidetis-Prinzip: Der Fall »Fergana-Tal« – *Tomasz Milej:* Der uti possidetis-Grundsatz und seine Anwendung auf die Staatenzerfallsprozesse im ehemaligen Jugoslawien – *Władysław Czapliński:* Die Grenzen Polens
**III) Minderheitenrecht auf historischer Grundlage**
*Michael Geistlinger:* Minderheiten im Kaukasus – Umsetzung von Mythen in Recht? – *Carmen Schmidt:* Historische Prägung des Minderheitenrechts in Russland – *Vladimir Krjažkov:* Die staatsrechtliche Stellung der indigenen Völker des Nordens im Kontext der historischen Entwicklung Russlands – *Nina Waschkau:* Russlanddeutsche in der russischen Gesetzgebung: Probleme und Lösungen – *Herbert Küpper:* Ungarische Minderheiten außerhalb der Grenzen Ungarns – die fortwirkende Bedeutung des Vertrags von Trianon
**IV) Die Aufarbeitung der Geschichte als Thema der Verfassungsrechtsprechung und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte**
*Pavel Holländer:* Argumentation auf historischer Grundlage – das Beispiel des tschechischen Verfassungsgerichts – *Gábor Halmai:* Argumentation auf historischer Grundlage – das Beispiel des ungarischen Verfassungsgerichts – *Anatolij Kononov:* Argumentation auf historischer Grundlage – ein Beispiel des Verfassungsgerichts der Russländischen Föderation – *Lech Garlicki:* Eigentumsrechtliche Probleme in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)
**V) Juristische Geschichtspolitik – Regelungen und Reglementierungen**
*Caroline von Gall:* Gesetzliche Zementierung eines geschichtlichen Weltbildes in Russland – Die Gesetzentwürfe über die Haftung für die Verfälschung der Geschichte – *Alfred Sproede:* Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungspolitik im post-sowjetischen Raum: Das ukrainische Recht und die Hungerkatastrophe von 1932/33, der sog. Holodomor – *Friedrich-Christian Schroeder:* Der Einsatz des Strafrechts zur Durchsetzung historischer Gerechtigkeit – *Andrej Umansky:* Geschichtsschreiber wider Willen? Einblick in die Quellen der »Außerordentlichen Staatlichen Kommission« und der »Zentralen Stelle« – *Alexander Trunk:* Neues Recht und alte Sachverhalte – Bemerkungen zum intertemporalen Recht Russlands bei privatrechtlichen Sachverhalten – *Tamara Morščakova:* Was lehrt uns die Geschichte?

Nusser, Julian

## Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte

### Vorgaben für die Auslegung von Art. 51 Abs. 1 S. 1 EuGrCh

Band 51
2011. XVIII, 239 Seiten.

ISBN 9783161508721
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161511905
eBook PDF 69,00 €

Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Grenzen sind die Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte gebunden? Zur Beantwortung der Frage setzt sich Julian Nusser mit der einschlägigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, dem Schrifttum und der Bedeutung von Art. 51 Abs. 1 S.1 EuGrCh auseinander. Er analysiert die Prinzipien, die der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte zugrundeliegen, um darauf aufbauend einen eigenenen Ansatz zum Untersuchungsgegenstand zu entwickeln. Insoweit sieht er im 'Beruhen' der mitgliedstaatlichen Unionsgrundrechtsbeeinträchtigung auf unionaler Hoheitsgewalt das maßgebliche Kriterium. Schließlich setzt der Autor dieses Kriterium anhand von Fällen, die vom Europäischen Gerichtshof entschieden wurden, zu bisher vertretenen Positionen ins Verhältnis und legt Art. 51 Abs. 1 S. 1 EuGrCh entsprechend aus.

Stewen, Susanne

## Die Entwicklung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts der Unionsbürger und seiner sozialen Begleitrechte

Band 50
2011. XX, 287 Seiten.

ISBN 9783161507601
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511899
eBook PDF 74,00 €

Susanne Stewen untersucht das allgemeine Freizügigkeitsrecht, welches durch den Vertrag von Maastricht primärrechtlich kodifiziert wurde. Das insgesamt zurückhaltend ausgestaltete Freizügigkeitsrecht hat erst seit Ende der 1990er Jahre an Bedeutung gewonnen, als der EuGH darauf soziale Rechte nicht erwerbstätiger Unionsbürger gründete. Die Autorin unterzieht im zentralen dritten Kapitel des Buches die diesbezügliche Entwicklung einer rechtsdogmatischen Analyse und systematisiert die teilweise selbstreferenzielle Rechtsprechung. Während sie sich im ersten Kapitel mit dem Unionsbürgerstatus als Basis des Freizügigkeitsrechts auseinandersetzt, befasst sie sich im zweiten Kapitel mit dem freiheitsrechtlichen Gehalt des Freizügigkeitsrechts und seiner Grenzen, vor allem der Aufenthaltsbeendigung aufgrund von finanzieller Hilfsbedürftigkeit.

Klein, Daniel R.

## Umweltinformation im Völker- und Europarecht

### Aktive Umweltaufklärung des Staates und Informationszugangsrechte des Bürgers

Band 49
2011. XXII, 518 Seiten.

ISBN 9783161507106
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161511882
eBook PDF 109,00 €

Verfahrensrecht stellt eine notwendige Ergänzung des materiellen Umweltrechts dar. Verfügbarkeit von Information für den Einzelnen und die Öffentlichkeit ist dabei Grundvoraussetzung für aktive Teilhabe und effektiven Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten. In Konsequenz haben das Völker- und das Europarecht vielfältige Pflichten der Staaten zu aktiver Verbreitung und individuellem Zugang zu Umweltinformationen hervorgebracht. Daniel Klein untersucht und systematisiert diese überstaatliche Pflichtenvielfalt mit Blick auf ihre Funktionen, Adressaten, Ausgestaltung sowie ihre Grenzen auf Grund von Rechten Dritter und öffentlichen Schutzgütern. Entwicklungstrends und Wechselbeziehung zwischen internationalem, europäischem und nationalem Recht werden an Hand vieler Beispiele deutlich. Der Information durch Produkt-Labelling und deren welthandelsrechtlicher Beurteilung ist ein eigener Teil gewidmet.

Weiß, Michael

## Hybride Regulierungsinstrumente

### Eine Analyse rechtlicher, faktischer und extraterritorialer Wirkungen nationaler Corporate-Governance-Kodizes

Band 48
2011. XVII, 195 Seiten.

ISBN 9783161504877
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161511875
eBook PDF 64,00 €

Die durch große Unternehmenskrisen ausgelöste Diskussion um Fragen guter Unternehmensführung hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit zur Herausbildung von Corporate-Governance-Kodizes auf unterschiedlichen Ebenen geführt. Ausgehend vom Deutschen Corporate-Governance-Kodex untersucht Michael Weiß die rechtlichen und faktischen Wirkungen nationaler Corporate-Governance-Kodizes. Er ordnet sie als »Hybride Regulierungsinstrumente« ein, die sich wie eine »atmende Größe« im Spannungsfeld zwischen staatlicher Regulierung und privater Selbstverpflichtung bewegen und je nach dem, wie stark die Rolle des Staates bei der Erstellung und Überwachung des jeweiligen Kodexes ist, als staatliche oder private Maßnahme zu qualifizieren sind. Darüber hinaus entwickelt der Autor Ansätze zur Lösung extraterritorialer Konflikte im Zusammenhang mit derartigen Hybriden Regulierungsinstrumenten.

Bleckmann, Moritz

## Nationale Grundrechte im Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union

### Die Kooperation des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union unter Berücksichtigung der besonderen Ausprägungen des nationalen Grundrechtsschutzes

Band 47
2011. XXVII, 431 Seiten.

ISBN 9783161507236
fadengeheftete Broschur 104,00 €

ISBN 9783161511868
eBook PDF 104,00 €

Der Vertrag von Lissabon hat den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt. Die Charta der Grundrechte formalisiert die materielle Anbindung des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes an die EMRK. Im Hinblick auf die besonderen Ausprägungen der nationalen Grundrechtsordnungen liegt die Verantwortung für die Koordination des Grundrechtsschutzes im europäischen Mehrebenensystem jedoch unverändert in den Händen des EuGH, des EGMR und der nationalen Verfassungsgerichte. Die ersten beiden Teile dieses Buches sind der Frage gewidmet, welchen grundrechtlichen Bindungen der innerstaatliche Rechtsanwender im Anwendungsbereich des Unionsrechts unterliegt. Im dritten Teil untersucht Moritz Bleckmann, unter welchen Voraussetzungen sich der nationale Schutzstandard im Einzelfall auch im Anwendungsbereich des Unionsrechts durchsetzen kann.

Koikkara, Sonia Elisabeth

## Der Patentschutz und das Institut der Zwangslizenz in der Europäischen Union

Band 46
2010. XXII, 235 Seiten.

ISBN 9783161504501
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511851
eBook PDF 74,00 €

Die in jüngster Zeit diskutierten Probleme des Zugangs zu preiswerteren essentiellen Medikamenten, zu einem auf eine DNA-Sequenz erteilten absoluten Stoffpatent sowie des kartellrechtlichen Zugangs zu einem durch eine Patentlizenzverweigerung blockierten Markt werfen die Frage auf, ob das Unionsrecht durch eine Instrumentalisierung der Zwangslizenz Lösungen bieten kann. Sonia Koikkara untersucht, inwiefern einerseits der Patentschutz in der Europäischen Union materiellrechtlich sowie verfahrensrechtlich gesichert und ausgestaltet ist und andererseits das Unionsrecht die Erteilung von Zwangslizenzen vorsieht.Sie arbeitet insbesondere einen kartellrechtlichen Zwangslizenztatbestand heraus und entwickelt unter Berücksichtigung der internationalen und unionsrechtlichen Vorgaben konkrete Lösungen für die inhaltliche Ausgestaltung, wobei Offenbarungspflicht und Grenzen des Zugriffs auf das Know How im Vordergrund stehen. Schließlich erörtert sie die private Rechtsdurchsetzung dieser kartellrechtlichen Zwangslizenz.

Schwerdtfeger, Angela

## Der deutsche Verwaltungsrechtsschutz unter dem Einfluss der Aarhus-Konvention

### Zugleich ein Beitrag zur Fortentwicklung der subjektiven öffentlichen Rechte unter besonderer Berücksichtigung des Gemeinschaftsrechts

Band 45
2010. XXVI, 351 Seiten.

ISBN 9783161504235
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161511844
eBook PDF 89,00 €

Das »Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten«, die sog. Aarhus-Konvention, sieht das Recht von Einzelnen und Umweltverbänden auf einen weiten Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten vor. Damit stellt es das deutsche Verwaltungsrecht vor beachtliche Herausforderungen, ist dieses doch durch strenge Zugangsvoraussetzungen und eine vergleichsweise geringe Bedeutung des Verfahrensrechts geprägt. Angela Schwerdtfeger untersucht, inwieweit die Anforderungen des völkerrechtlichen Vertrages und des zu seiner Umsetzung ergangenen europäischen Richtlinienrechts im System des deutschen subjektiven Rechtsschutzes dogmatisch umgesetzt werden können. Dabei geht sie auch der Frage nach, ob das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz den völker- und europarechtlichen Vorgaben ausreichend gerecht wird.

Lock, Tobias

## Das Verhältnis zwischen dem EuGH und internationalen Gerichten

Band 44
2010. XVIII, 332 Seiten.

ISBN 9783161504389
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161511837
eBook PDF 79,00 €

Die wachsende Zahl internationaler Gerichte führte bereits in der Vergangenheit zu Zuständigkeits- und Auslegungskonflikten. Wegen der zunehmenden Aktivität der Europäischen Union auf internationaler Ebene machen diese Konflikte auch vor dem EuGH nicht halt. Vor dem Hintergrund von dessen ausschließlicher Zuständigkeit, wird sein Verhältnis zu internationalen Gerichten wie dem Seegerichtshof, den Streitbeilegungsorganen der WTO oder dem EGMR untersucht. Tobias Lock erörtert, inwieweit im Völkerrecht praktizierte und diskutierte Lösungsansätze auch für den EuGH fruchtbar gemacht werden können. Die Schwerpunkte liegen auf der ausschließlichen Zuständigkeit des EuGH für Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und dabei insbesondere auf der Frage, ob andere Gerichte die ausschließliche Zuständigkeit anerkennen müssen, sowie auf dem Verhältnis des EuGH zum EGMR, vor allem nach einem Beitritt der EU zur EMRK.

## Akteure in Krieg und Frieden

### Hrsg. v. Jelena Bäumler, Cindy Daase, Christian Schliemann u. Dominik Steiger

Band 43
2010. X, 240 Seiten.

ISBN 9783161503078
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161511820
eBook PDF 69,00 €

»Akteure in Krieg und Frieden« ist aus dem gleichnamigen Workshop des Arbeitskreises junger Völkerrechtler im Herbst 2009 hervorgegangen. Das Rahmenthema lenkt den Blick der völkerrechtlichen Untersuchungen auf Akteure, deren Rechte und Pflichten – im Gegensatz zu denen des Staates als dem klassischen Völkerrechtssubjekt – schwer erfassbar sind. Diese Akteure treten neben dem Staat in Konflikten auf und nehmen in Friedenszeiten an internationalen Entscheidungsprozessen teil. Das Handeln dieser Akteure ist somit völkerrechtlich relevant, auch wenn ihr rechtlicher Status zunächst unklar bleibt. Die vorliegenden Beiträge beleuchten nicht nur eine große Bandbreite von Akteuren und deren Handlungsfelder, sie reflektieren auch den aktuellen Forschungsstand und beleuchten zugleich zukunftsweisende Fragen.

Inhaltsübersicht

*R. Nikol* : Stellung und Schutz von Terroristen im humanitären Völkerrecht – *R. Evertz:* (Kein) Umgang mit Militärfirmen – *J. Finke:* Kohärenz in der völkerrechtlichen Behandlung nichtstaatlicher Gewaltakteure – *S. Mehring:* Ärzte als Akteure im Krieg – *J. Drohla:* Die Bindung der Vereinten Nationen an das Humanitäre Völkerrecht – *L. Moos:* Menschenrechtliche Verpflichtungen internationaler Organisationen aus dem Völkergewohnheitsrecht – *C. Daase:* Friedensabkommen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Parteien – *K. Göcke:* Völkerrechtssubjektivität indigener Völker – *C. Schliemann:* Minderheitenautonomie auf Grundlage des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten – *H. Kahl:* Klimaflüchtlinge. Eine Herausforderung für das Völkerrecht – *S. Kirchner:* Transnationale Unternehmen als Objekte und Subjekte des Völkerrechts

Glaser, Markus A.

## Internationale Verwaltungsbeziehungen

Band 42
2010. XXIV, 324 Seiten.

ISBN 9783161503672
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511813
eBook PDF 74,00 €

Auch jenseits der europäischen Integration sind deutsche Behörden in Beziehungsgefüge mit ausländischen Verwaltungen eingebunden. Besonders offensichtlich ist die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei Themen globalen Zuschnitts, wie dem Schutz der Menschenrechte oder von Umweltgütern. Im Zuge der Globalisierung der Lebensverhältnisse und der Öffnung nationaler Märkte hat die Internationalisierung der Verwaltung an Bedeutung zugenommen: Auch in klassisch staatsinternen Materien greift die Verwaltung über die Grenzen der eigenen Rechtsordnung hinaus, zum Beispiel bei der Einkommensbesteuerung, Finanzmarktaufsicht, Gesundheitsversorgung und der Gefahrenabwehr.
Markus A. Glaser gewinnt durch Zusammenschau von Regelungen verschiedener Sachbereiche, des nationalen wie des Völkerrechts, Bauformen internationaler Verwaltungsbeziehungen, die dann mit Blick auf das deutsche Staats- und Verwaltungsrecht systematisch analysiert werden.

Schmidt, Johannes

## Die Grundsätze im Sinne der EU-Grundrechtecharta

Band 41
2010. XVII, 264 Seiten.

ISBN 9783161505195
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161511806
eBook PDF 69,00 €

In der EU-Grundrechtecharta wurde mit den »Grundsätzen« eine neue Grundrechts-Kategorie geschaffen. Johannes Schmidt geht den bisher unbeantworteten Fragen nach, welche Rechtswirkungen diese Normen haben und wie mit ihnen umzugehen ist. Für die Analyse der Grundsätze entwickelt er zunächst ein universal gültiges Strukturmodell für Grundrechtsnormen, das im Wesentlichen auf der »Theorie der Grundrechte« von Robert Alexy aufbaut. Dieses Modell erlaubt es, die Rechtswirkungen der Grundsätze detailliert zu beschreiben, was im zweiten Teil der Arbeit geschieht. Ausführlich wird dabei auf die Frage eingegangen, ob sich subjektive Rechte aus den Grundsätzen ableiten lassen. Im letzten Teil stellt der Autor für die Praxis wichtige Leitlinien für den Umgang mit den Grundsätzen auf. Neben der besonders wichtigen Frage der Justiziabilität wird auch eine Einordnung der Chartanormen vorgenommen.

Müller-Rüster, Jannis

## Product Placement im Fernsehen

### Die Legalisierung programmintegrierter Werbung im Lichte der deutschen und europäischen Kommunikationsgrundrechte

Band 40
2010. XXI, 573 Seiten.

ISBN 9783161504563
fadengeheftete Broschur 119,00 €

ISBN 9783161511790
eBook PDF 119,00 €

Seit dem 1. April 2010 gelten neue Vorschriften für Product Placement im Fernsehen. Das bisherige Verbot der Schleichwerbung wurde vor allem im privaten Fernsehen erheblich gelockert und die entgeltliche Einbeziehung von Werbeobjekten in das Programm unter strengen Auflagen erlaubt. Mit der Legalisierung von »Produktplatzierung« im 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag setzen die Bundesländer die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in deutsches Recht um. Jannis Müller-Rüster unterzieht die umstrittenen Regelungen einer kritischen Analyse in Hinblick auf den Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit und des Rezipientenvertrauens. Die verfassungsrechtlichen Implikationen des werberechtlichen Trennungsgrundsatzes werden eingehend untersucht und in den grundrechtsdogmatischen Kontext der Rundfunkfreiheit des Grundgesetzes sowie des europäischen Rechts eingeordnet.

Kaienburg, Nils

## Compliance in High Profile-Fällen der WTO

### Legal Case Management am Beispiel des Airbus-Boeing-Falls

Band 39
2010. XXI, 358 Seiten.

ISBN 9783161504396
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161511783
eBook PDF 89,00 €

Das WTO-Streitbeilegungsverfahren zeichnet sich durch insgesamt hohe Befolgungszahlen aus. Bei den Mitgliedstaaten herrscht deshalb große Zufriedenheit. Dies gilt jedoch nicht für die so genannten High Profile-Fälle, wozu insbesondere der Airbus-Boeing-Streit zählt. Nils Kaienburg untersucht diesen bis heute größten und komplexesten Fall seit Bestehen der WTO und zeigt exemplarisch Möglichkeiten auf, wie derartig konfliktgeladene Fälle über ein verbessertes Streitbeilegungsverfahren gehandhabt werden können. Dazu dient das im vorliegenden Buch entwickelte Konzept des Legal Case Managements, das in erster Linie ein optimiertes Mediationsverfahren beinhaltet. Eine solche Herangehensweise erscheint gerade in High Profile-Fällen als notwendig, da diese das WTO-Streitbeilegungsverfahren als Ganzes unterminieren können.

Reimold, Tobias

## Der Handel mit Bildungsdienstleistungen nach dem GATS

Band 38
2010. XIII, 268 Seiten.

ISBN 9783161501951
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511776
eBook PDF 74,00 €

Die wirtschaftliche Bedeutung des stetig wachsenden internationalen Marktes für kommerzielle Bildung wurde durch die WTO-Mitglieder aufgegriffen und der Handel mit Bildungsdienstleistungen zum Gegenstand von Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen des GATS gemacht. Tobias Reimold analysiert mögliche Wechselwirkungen und Spannungslagen zwischen den welthandelsrechtlichen Liberalisierungsverpflichtungen auf der einen sowie der nationalen und europäischen Bildungspolitik auf der anderen Seite. Der Autor zeigt, dass das international anerkannte Menschenrecht auf Bildung zu einer völkerrechtlichen Bestätigung von Bildung als Staatsaufgabe führt und untersucht, inwiefern dies bei der Auslegung der Bestimmung in Art. I:3 GATS, nach welcher hoheitlich erbrachte Dienstleistungen vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen sind, berücksichtigt werden kann.

Huerkamp, Florian

## Gleichbehandlung und Transparenz als gemeinschaftsrechtliche Prinzipien der staatlichen Auftragsvergabe

Band 37
2010. XXIV, 361 Seiten.

ISBN 9783161502316
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161511769
eBook PDF 79,00 €

Das Vergaberecht wird mehr und mehr von einem »*matter of policy* « zu einem »*matter of principle* «. Verantwortlich hierfür ist der gemeinschaftsrechtliche Grundsatz der Gleichbehandlung, dem der EuGH auch eine Verpflichtung zur transparenten Auftragsvergabe entnimmt. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Gleichbehandlungsgrundsatzes sowohl inhaltlicher Art – er wird zum umfassenden Maßstab staatlicher Beschaffung, der mehr verlangt als lediglich die gleiche Anwendung der Ausschreibungsbedingungen auf alle Bewerber – als auch seiner Reichweite nach birgt theoretische und praktische Probleme. Florian Huerkamp entwirft eine Dogmatik der grundlegenden gemeinschaftsrechtlichen Vergabeprinzipien, in der die aus dem Gleichbehandlungsprinzip folgenden Pflichten für die nationalen Vergabestellen so strukturiert werden, dass sie eine möglichst rechtssicherere Anwendung durch die Beschaffungsstellen zulassen.

Nunner, Michael

## Kooperation internationaler Gerichte

### Lösung zwischengerichtlicher Konflikte durch herrschaftsfreien Diskurs

Band 36
2009. XXXII, 483 Seiten.

ISBN 9783161501593
fadengeheftete Broschur 114,00 €

ISBN 9783161511752
eBook PDF 114,00 €

Seit der Jahrtausendwende hat sich die Zahl internationaler Gerichte mehr als verdreifacht, so dass zwischenstaatliche Konflikte immer häufiger durch rechtsförmliche Verfahren beigelegt werden. Dies hat Befürchtungen hervorgerufen, die geringe externe Koordination der Gerichte könne zu einer Fragmentierung des Völkerrechts führen und so auch die friedliche Streitbeilegung schwächen. Michael Nunner widerlegt diese These anhand einer Untersuchung von knapp 300 Entscheidungen sieben bedeutender Gerichtsbarkeiten. Internationale Gerichte wahren die Einheit des Rechts, indem sie einen herrschaftsfreien Diskurs etablieren und Entscheidungen anderer Gerichte rezipieren. Der Autor identifiziert die langfristigen Interessen der Gerichte und das Wirken zwischengerichtlicher Reziprozität als wesentliche Ursachen dieser Rezeption und belegt die evolutionäre Entwicklung zwischengerichtlicher Kooperation.

Görisch, Christoph

## Demokratische Verwaltung durch Unionsagenturen

### Ein Beitrag zur Konkretisierung der europäischen Verfassungsstrukturprinzipien

Band 35
2009. XXI, 472 Seiten.

ISBN 9783161498749
Leinen 139,00 €

ISBN 9783161511745
eBook PDF 139,00 €

Die Diskussion um das tatsächliche oder vermeintliche »Demokratiedefizit« der EU betrifft nicht zuletzt die Unionsagenturen, d.h. die zunehmend an die Stelle des herkömmlichen mitgliedstaatlichen Vollzuges tretenden verselbständigten Verwaltungseinrichtungen von Union und Gemeinschaften. Aus diesem Grund hat die EU-Kommission unlängst eine Phase der Evaluation ausgerufen und angekündigt, bis Ende 2009 von weiteren wesentlichen Ausdehnungen des Agenturwesens abzusehen. Das Kernproblem liegt darin, dass es für die Agenturen anders als für die Hauptorgane der Union kaum spezielle gründungsvertragliche Ausformungen der allgemeinen, in Art. 6 Abs. 1 EU (bzw. Art. I-2 in der Fassung des Vertrags von Lissabon) normierten Verpflichtung auf das Demokratieprinzip gibt. Für dessen nähere Inhaltsbestimmung bietet sich das Agenturwesen damit als Referenzgebiet an. Auf der Basis einer umfassenden Klärung von Reichweite und Grundsatzcharakter des Art. 6 Abs. 1 EU sowie einer verwaltungswissenschaftlichen Typisierung der bestehenden Einrichtungen konkretisiert Christoph Görisch die demokratischen Anforderungen an das Agenturwesen. Das geschieht im Wege wertender Rechtsvergleichung und kritischer Analyse der grundlegenden »Meroni«-Entscheidungen des EuGH aus dem Jahre 1958 zum Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts. Die so gewonnenen Erkenntnisse sind in der derzeitigen Evaluationsphase auch im Hinblick auf die jüngst vorgeschlagene Schaffung weiterer europäischer Regulierungsagenturen (z.B. auf den Gebieten Telekommunikation und Energie) von Bedeutung.

Kaiser, Friederike

## Gemischte Abkommen im Lichte bundesstaatlicher Erfahrungen

Band 34
2009. XV, 230 Seiten.

ISBN 9783161500114
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161511738
eBook PDF 64,00 €

Im Bereich der Außenpolitik stehen sich Handlungsfähigkeit der EG und Eigeninteressen der Mitgliedstaaten oft diametral entgegen. Vor diesem Hintergrund analysiert Friederike Kaiser die europarechtliche »Besonderheit« der gemischten Abkommen und vergleicht diese Vertragspraxis mit der Praxis anderer föderaler Ordnungen in zweifacher Hinsicht: Horizontal zwischen föderalen und vergleichbaren nationalen Verfassungsordnungen, vertikal zwischen der Gemeinschaft und dem Ergebnis der horizontalen Vergleichung. Unter Aufarbeitung der Rechtsprechungspraxis des EuGH macht sie Querverbindungen aus der Rechtsvergleichung für die Problemlösung fruchtbar. Der praktische Hintergrund – nämlich einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten zu finden – macht das Buch zu einem wichtigen Beitrag zum künftigen Umgang mit gemischten Abkommen.

Germelmann, Claas Friedrich

## Die Rechtskraft von Gerichtsentscheidungen in der Europäischen Union

### Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der deutschen, französischen und englischen Rechtskraftlehren

Band 33
2009. XXVII, 515 Seiten.

ISBN 9783161511721
eBook PDF 104,00 €

Die Rechtskraft ist ein grundlegendes und universelles Prinzip des Prozessrechts. Jede Rechtsordnung, die die Beilegung eines Rechtsstreits prozessordnungsgemäß organisiert und einem Gericht zur Entscheidung überantwortet, ist darauf angewiesen, dass diese zu einem bestimmten Zeitpunkt endgültig wird. Anderenfalls wäre eine effektive Streitbeilegung nicht gewährleistet. Gleichwohl unterscheiden sich die Rechtskraftprinzipien in den einzelnen Rechtsordnungen nicht unerheblich. Das betrifft nicht nur die Bezeichnung, sondern auch die Reichweite der Zielsetzungen und Funktionen. Claas Friedrich Germelmann untersucht die rechtsdogmatischen Ansatzpunkte zur Erklärung des Phänomens Rechtskraft im deutschen, französischen und englischen Recht mit dem Ziel, eine allgemeine Rechtskraftdoktrin für das Prozessrecht der Gerichte der Europäischen Gemeinschaft (EuGH, EuG, EuGöD) zu entwickeln. Hierbei beleuchtet er insbesondere auch die Wechselwirkungen zwischen nationalen und gemeinschaftsrechtlichen Rechtskraftprinzipien. Er arbeitet heraus, dass der gemeinschaftsrechtliche Rechtskraftgrundsatz trotz seiner dogmatischen Verwandtschaft zum französischen Prozessrecht durchaus eigenständige, auf den besonderen Zielsetzungen des europäischen Gemeinschaftsrechts beruhende Charakteristika aufweist. Dies wird insbesondere bei der dogmatischen Begründung, den Rechtskraftwirkungen sowie der Bestimmung der Rechtskraftgrenzen durch den Begriff des Streitgegenstandes und die rechtskraftfähigen Entscheidungselemente deutlich.

Schulte Westenberg, Hendrik

## Zur Bedeutung der Keck-Rechtsprechung für die Arbeitnehmerfreizügigkeit

Band 32
2009. XIV, 264 Seiten.

ISBN 9783161499913
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511714
eBook PDF 74,00 €

Die Entwicklung eines kohärenten Prüfungsmaßstabs zur Konturierung der Beschränkungsverbotstatbestände ist seit Langem eines der zentralen Probleme der EG-vertraglichen Grundfreiheitsdogmatik. Die in dieser Frage oftmals uneinheitliche Rechtsprechung des EuGH führte zu kontroversen Debatten innerhalb der europarechtlichen Literatur. Hendrik Schulte Westenberg lotet Möglichkeiten und Grenzen für eine tatbestandliche Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Art. 39 EG aus. Dabei geht er neben der Sichtung und Bewertung der übrigen Konkretisierungsmodelle insbesondere der Frage nach einer Übertragung der zum Warenverkehrsfreiheitstatbestand entwickelten *Keck* -Rechtsprechung nach. In diesem Rahmen analysiert er vor allem diejenigen Schwierigkeiten, welche die unter rechtsmethodischen Aspekten zu begrüßende Übertragung in ihrer arbeitnehmerfreizügigkeitsspezifischen Ausprägung mit sich bringt.

Simon, Sven

## Liberalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im WTO- und EU-Recht

Band 31
2009. XVII, 416 Seiten.

ISBN 9783161500008
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161511707
eBook PDF 89,00 €

Die Liberalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist Gegenstand einer kontroversen politischen Debatte. Sven Simon analysiert die Liberalisierungsstruktur der beiden maßgeblichen Verträge und geht der Frage nach, ob Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im WTO- oder EU-Recht einem Liberalisierungszwang unterworfen sind. Er setzt sich mit der komplexen Struktur des GATS auseinander, erörtert den Anwendungsbereich sowie die Rechtfertigungsmöglichkeit binnenmarktrechtlicher Beschränkungen des EG-Vertrages und bewertet die Auswirkungen des Protokolls zur Daseinsvorsorge im Vertrag von Lissabon. Das Untersuchungsergebnis stellt er in einen breiteren sozioökonomischen und politischen Kontext. Dabei skizziert er auch, wie der europäische und der internationale Rechtsrahmen zur gemeinwohlorientierten Gestaltung der Globalisierung beitragen können.

Pfeffer, Robert

## Das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht

### Eine kritische Betrachtung alter und neuer Lehren unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Menschenrechtskonvention

Band 30
2009. XIV, 254 Seiten.

ISBN 9783161499760
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511691
eBook PDF 74,00 €

Die Reaktionen auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wie »Maastricht« oder »Görgülü« zeigen, dass der Streit zwischen monistischen und dualistischen Theorien keineswegs erledigt ist. Robert Pfeffer wählt zur Beurteilung dieses Themas einen sehr grundsätzlichen Ansatz. Ausgehend von der Freiheit des Einzelnen entwickelt er ein rechtliches Weltbild und bezieht dabei dezidiert Position zu den Fragen, was überhaupt unter »Recht« zu verstehen ist, was Staaten sind und was sie können und welchen Rang demnach das Völkerrecht einnimmt. Er erörtert und überprüft hierzu alte und neue Theorien und wendet die gewonnenen Erkenntnisse schließlich auf die Frage nach der Bedeutung der EMRK an. Dabei setzt er sich ausgesprochen kritisch mit populären Ansichten wie etwa der vom Vorrang des Europäischen Gemeinschaftsrechts oder jener von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts auseinander.

Verlage, Christopher

## Responsibility to Protect

### Ein neuer Ansatz im Völkerrecht zur Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Band 29
2009. XVIII, 433 Seiten.

ISBN 9783161511684
eBook PDF 94,00 €

Christopher Verlage geht der Frage nach, ob die von den Vereinten Nationen im Jahr 2005 beschlossene » *Responsibility to Protect* » der Staatengemeinschaft künftig eine völkerrechtliche Pflicht auferlegt, Völkermord, schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit notfalls auch durch militärische Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Nach umfangreicher Rechtsquellenauswertung stuft er die »*Responsibility to Protect* » als neue Norm des Völkerrechts ein und legt dar, dass sich kein Staat mehr auf den Schutzmantel seiner Souveränität und des daraus fließenden Interventionsverbots berufen kann, wenn er unwillens oder unfähig ist, schwerste Missachtungen grundlegender Menschenrechte auf seinem Territorium zu verhindern. Vielmehr geht in einer solchen Situation die Verantwortung zum Schutz der bedrohten fremden Staatsbürger in erster Linie durch den Friedenssicherungsmechanismus der UNO auf die Staatengemeinschaft als Ganzes über. Der Autor zeigt auf, dass die »*Responsibility to Protect* » den Sicherheitsratsmitgliedern, insbesondere den Vetomächten, einen vorher so nicht da gewesenen Handlungsdruck auferlegt, mit geeigneten und rechtzeitigen Zwangsmaßnahmen gemäß Art. 41 und 42 UNC die Unterbindung von Völkermord, schweren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu gewährleisten. Er legt jedoch auch dar, dass sie derzeit noch keine Interventionspflicht der Staatengemeinschaft begründet. Anders verhält es sich aber bezüglich Staaten, die eine besondere Nähebeziehung zur Krisenregion haben und denen Reaktionsmaßnahmen besonders möglich und zumutbar sind.
Das Buch wurde mit dem Harry-Westermann-Preis der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster ausgezeichnet.

Karalus, Kirstin

## Die diplomatische Vertretung der Europäischen Union

Band 28
2009. XVII, 245 Seiten.

ISBN 9783161498558
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511677
eBook PDF 74,00 €

Kirstin Karalus geht der Frage nach, ob es derzeit, d.h. auf Grundlage der bestehenden europäischen Verträge, eine diplomatische Vertretung der Europäischen Union gibt. Eine eindeutige Bestimmung hierzu fehlt im Primärrecht, doch es gibt verschiedene Akteure, die mit Fragen der Außenvertretung beschäftigt sind und möglicherweise als »diplomatischer Dienst der Europäischen Union« angesehen werden können. Zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage untersucht die Autorin zunächst in einem vorangestellten Teil, was eigentlich diplomatische Vertretung ist. Dafür arbeitet sie charakteristische Merkmale diplomatischer Vertretung anhand des Völkerrechts sowie nationaler Regelungen heraus. Mit Hilfe dieser Merkmale werden im Hauptteil die Institutionen der Europäischen Union und Europäischen Gemeinschaft untersucht, die sich mit diplomatischer Vertretung befassen. Von zentraler Bedeutung sind an dieser Stelle die Kompetenzen der Organe Kommission und Rat zur Außenvertretung. Dabei zeigt sich, dass die auswärtigen Delegationen der Kommission eine so gewichtige Rolle

spielen, dass sie als diplomatische Vertretung der Europäischen Gemeinschaft angesehen werden können. Abschließend untersucht die Autorin die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon, auf dessen Grundlage ein Europäischer Auswärtiger Dienst geschaffen werden soll. Dabei steht die Frage im Vordergrund, unter welchen Bedingungen die Einrichtung dieses Dienstes eine Verbesserung der diplomatischen Vertretung der Europäischen Union darstellen kann.

Ottaviano, Marco

## Der Anspruch auf rechtzeitigen Rechtsschutz im Gemeinschaftsprozessrecht

Band 27
2009. XVI, 278 Seiten.

ISBN 9783161495847
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161511660
eBook PDF 69,00 €

Die überlange Dauer der Gerichtsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ist die Achillesferse der Gemeinschaftsrechtsordnung. Dies hat zu zahlreichen Beschleunigungsvorschlägen geführt, die sich jedoch daran messen lassen müssen, ob ihre Umsetzung recht- und zweckmäßig ist. Einerseits müssen die rechtlichen Grenzen einer Änderung des Gemeinschaftsprozessrechts eingehalten werden, zumal die Richtigkeit der gerichtlichen Entscheidung den gleichen Rang einnimmt wie deren Rechtzeitigkeit. Andererseits sind vor allem die Interdependenzen des Rechtsbehelfssystems zu beachten. Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung ist zu prüfen, ob ein Reformvorschlag an anderer Stelle einen Mehraufwand schafft.
Marco Ottaviano trägt zur Reformdebatte bei, indem er die Recht- und Zweckmäßigkeit der tragenden Reformvorschläge umfassend bewertet und eigene Vorschläge hinzufügt. Dogmatischer Anknüpfungspunkt ist der gemeinschaftsrechtliche Anspruch auf rechtzeitigen Rechtsschutz, den Art. 47 Absatz 2 GRCh bekräftigt. Der Autor erläutert zunächst den Inhalt dieses Anspruchs und untersucht dann, welche Maßnahmen die Anspruchsadressaten, namentlich Gemeinschaftsgesetzgeber, Gemeinschaftsgerichte und Mitgliedsstaaten, ergreifen sollten, um ihren Verpflichtungen am besten gerecht zu werden. Er erörtert hierbei sowohl die Einführung der präventiven Rechtsbehelfe »Untätigkeitsbeschwerde« und »Rechtsbehelf gegen Vorlageentscheidung« als auch mögliche rechtliche Folgen einer Anspruchsverletzung und schließt mit konkreten Verbesserungsvorschlägen.

Baach, Florian

## Parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union

### Die Parlamente Deutschlands und Polens im europäischen Verfassungsverbund

Band 26
2008. XVI, 294 Seiten.

ISBN 9783161498008
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511653
eBook PDF 74,00 €

Seit der Debatte um den Vertrag von Maastricht ist die Rolle der mitgliedstaatlichen Parlamente ein ständig wiederkehrender Topos in der Diskussion um die Verbesserung der demokratischen Legitimation der Europäischen Integration. Nach dem bekannten Diktum des Bundesverfassungsgerichts im Maastricht-Urteil sind sie es »zuvörderst«, die den Fortgang des Integrationsprozesses zu legitimieren haben. Der Vertrag von Lissabon räumt den nationalen Parlamenten erstmals unmittelbare Mitwirkungsrechte auf europäischer Ebene ein.
Florian Baach geht der Frage nach, wie groß der Legitimationsbeitrag der mitgliedstaatlichen Parlamente tatsächlich ausfällt. Er untersucht die Mitwirkung des deutschen und des polnischen Parlaments in Angelegenheiten der Europäischen Union, mit dem Schwerpunkt auf dem Deutschen Bundestag und dem *Sejm* der Republik Polen. Auf der Grundlage der Konzeption des Europäischen Verfassungsverbundes, bestehend aus den europäischen Verträgen und mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht, entwickelt er zunächst Maßstäbe für das vom europäischen Demokratieprinzip jeweils geforderte Legitimationsniveau. Bei der anschließenden Untersuchung der parlamentarischen Mitwirkung bei der Primärrechtsetzung zeigt sich, daß die Parlamente zwar bei der Inkraftsetzung (*ex post*) primärrechtlicher Änderungsverträge eine starke Stellung innehaben, ihr legitimatorisches Potenzial aber bei der Ausarbeitung der Verträge (*ex ante*) trotz Konventsmethode bei weitem nicht ausgeschöpft wird. Im Rahmen der Vertragsausführung bleibt das Legitimationspotenzial von Bundestag und Sejm ebenfalls vielfach ungenutzt.

Neidhardt, Stephan

## Nationale Rechtsinstitute als Bausteine europäischen Verwaltungsrechts

### Rezeption und Wandel zwischen Konvergenz und Wettbewerb der Rechtsordnungen

Band 25
2008. XXII, 273 Seiten.

ISBN 9783161498602
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161511646
eBook PDF 79,00 €

Das Gemeinschaftsrecht und die mitgliedstaatlichen Verwaltungsrechtsordnungen sind seit Beginn der europäischen Integration durch einen andauernden Prozeß wechselseitiger Rezeption von Rechtsinstituten aufeinander angewiesen. Diese Rechtsinstitute stellen insofern zentrale Bausteine des europäischen Verwaltungsrechts dar. Um die komplexen Rezeptionsprozesse zwischen Gemeinschaftsrecht und mitgliedstaatlichen Rechtsmassen genauer abbilden und bewerten zu können, erweist sich ein methodischer Ansatz als sinnvoll, der über die traditionellen Disziplinengrenzen zwischen nationaler Rechtsdogmatik und Rechtsvergleichung hinausreicht. Mithilfe der von Stephan Neidhardt erprobten »dynamischen« Rechtsvergleichung lassen sich in der Tat genauere Aussagen zum Problemfeld der Europäisierung nationalen Verwaltungsrechts gewinnen. Der Autor untersucht Rezeption und Wandel des deutschen Vertrauensschutzes sowie des französischen *intérêt pour agir* auf ihrem Weg von der Entstehung in einer nationalen »Ursprungsrechtsordnung« über das Gemeinschaftsrecht bis zur Einwirkung auf eine andere mitgliedstaatliche »Empfangsrechtsordnung«. Daraufhin arbeitet er Kriterien heraus, die die Entscheidung für oder gegen eine Übernahme gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben auch für den nicht europäisierten Bereich des nationalen Rechts determinieren. Vor diesem Hintergrund thematisiert er die praktische Umsetzbarkeit eines Wettbewerbs der Verwaltungsrechtsordnungen durch »Benchmarking« als Mittel zur schonenderen Einpassung europäischer Vorgaben in das nationale Verwaltungsrecht.
Das Werk wurde mit dem »Carl-von-Rotteck-Preis« 2008 der Universität Freiburg und dem »Rhodia-Acetow-Nachwuchsförderpreis« 2008 des Frankreich-Zentrums der Universität Freiburg ausgezeichnet.

## Legalität, Legitimität und Moral

### Können Gerechtigkeitspostulate Kriege rechtfertigen?

Hrsg. v. Thomas Bruha, Sebastian Heselhaus u. Thilo Marauhn

Band 24
2008. VIII, 265 Seiten.

ISBN 9783161488979
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511639
eBook PDF 74,00 €

Die Rechtfertigung zahlreicher Militäreinsätze der letzten Jahre, seien es so genannte humanitäre Interventionen, Maßnahmen zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus oder die Führung 'präventiver' Kriege gegen Unrechtsregime, erweckt den Eindruck einer Wiederbelebung des Argumentationstopos vom 'gerechten Krieg'. Immer häufiger werden die Grundsätze und Regeln des Kriegsverhütungs- und Friedenssicherungsrechts der Vereinten Nationen, die eine formale Legitimation der Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen bieten können, durch politische Gerechtigkeitspostulate und Opportunitätsargumente überlagert, verdrängt oder durch Schaffung vollendeter militärischer Tatsachen negiert. Der vorliegende Band, der die Beiträge zu einer von der Deutschen Stiftung für Friedensforschung geförderten Tagung an der Justus-Liebig-Universität Gießen enthält, setzt sich im interdisziplinären Dialog kritisch mit den aus dem bisherigen Regelwerk 'ausbrechenden' neuen Kriegen und den ihnen zugrunde liegenden Argumentationstopoi auseinander.

Last, Christina

## Garantie wirksamen Rechtsschutzes gegen Maßnahmen der Europäischen Union

### Zum Verhältnis von Art. 47 Abs. 1, 2 GRCh und Art. 263 ff. AEUV

Band 23
2008. XIII, 306 Seiten.

ISBN 9783161496943
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161511622
eBook PDF 79,00 €

Die Rechtsschutzgarantie in Art. 47 der Grundrechtecharta steht im Primärrecht nicht isoliert, sondern in einem engen Zusammenhang zu den Regelungen, die das Verfahren von Klagen Einzelner vor dem Europäischen Gerichtshof regeln. Christina Last erörtert das Zusammenspiel dieser Normen nach dem durch den Vertrag von Lissabon neu konzipierten Primärrecht. Sie arbeitet heraus, dass Art. 47 GRCh ein der weiteren Konkretisierung bedürftiges Leistungsgrundrecht ist und zeigt auf, dass es durch die Verfahrensregelungen des Primärrechts aktualisiert wird. Dabei ist das Grundrecht kompetenzakzessorisch; es fordert keine Ausweitung der bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten. Die Autorin veranschaulicht, wie die Grundaussagen der Rechtsschutzgarantie als ein Grundrecht, welches dem europäischen Rechtsschutzsystem ein stärker subjektiv-rechtliches Gepräge gibt, im Rahmen der Auslegung der Verfahrensregelungen zu beachten sind. Bezogen auf die Individualnichtigkeitsklage führen die im allgemeinen Teil der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse zu einer rechtsschutzfreundlicheren Auslegung als sie bislang vom Europäischen Gerichtshof praktiziert wurde. Die Autorin geht dabei auf den Klagegegenstand, die Klagebefugnis, die Kontrolldichte der gerichtlichen Überprüfung und die Entscheidungswirkungen ein. Sie beantwortet insbesondere die Frage der 'individuellen' Betroffenheit bei der Anfechtung von Rechtsnormen im Rahmen der Klagebefugnis im Sinne eines gestärkten Individualrechtsschutzes. Abschließend lehnt sie die Einführung einer Grundrechtsbeschwerde *de lege ferenda* ab.

Naumann, Kolja

## Eine religiöse Referenz in einem Europäischen Verfassungsvertrag

Band 22
2008. XVII, 281 Seiten.

ISBN 9783161497049
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511615
eBook PDF 74,00 €

Die Aufnahme einer religiösen Referenz oder eines Gottesbezugs in die Präambel war ein zentraler Streitpunkt bei der Ausarbeitung des Europäischen Verfassungsvertrags. Kolja Naumann untersucht ausgehend von verfassungsrechtlichen, völker- und europarechtlichen Überlegungen die rechtlichen Auswirkungen der diskutierten Varianten: einer neutralen Referenz an das religiöse Erbe Europas, einer Hervorhebung des christlichen Erbes oder einer Nennung der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass sich die religiösen Referenzen weder zur Begründung einer besonderen Bedeutung religiöser Argumente im Unionsrecht noch zur Anerkennung überpositiver Rechtsnormen instrumentalisieren lassen. Die religiöse Referenz in der Präambel des Verfassungsvertrags bringt vielmehr deutlich zum Ausdruck, dass die Europäische Union des 21. Jahrhunderts ihre oft konstatierte 'Religionsblindheit' überwindet und ein freundliches und diskriminierungsfreies Zusammenwirken mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften entwickelt. Der Autor veranschaulicht, dass die Erwähnung der Bedeutung des Erbes Europas für die Entwicklung der Unionswerte deutlich macht, dass diese im Lichte ihrer begriffsgeschichtlichen Bedeutung ausgelegt werden müssen.
Von diesen Überlegungen ausgehend untersucht Kolja Naumann die Auswirkungen der religiösen Referenz auf die Auslegung der Normen des Verfassungsvertrags und insbesondere auf das sich entwickelnde Religionsverfassungsrecht. Dabei arbeitet er auch die Grenzen dieser Auslegungsfunktion heraus.

Sachs, Bärbel

## Die Ex-officio-Prüfung durch die Gemeinschaftsgerichte

Band 21
2008. XV, 274 Seiten.

ISBN 9783161497018
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511608
eBook PDF 74,00 €

Das Gemeinschaftsrecht hält für den am nationalen Recht geschulten Praktiker immer wieder Überraschungen bereit. Das gilt auch für das Prozessrecht vor den Gemeinschaftsgerichten. Der Europäische Gerichtshof, das Gericht erster Instanz und das Gericht für den öffentlichen Dienst folgen insbesondere nicht dem Prinzip *iura novit curia* , sondern überprüfen grundsätzlich nur die von den Parteien in Form von Klagegründen aufgeworfenen Rechtsfragen. Diese Vorgehensweise unterscheidet sich deutlich von derjenigen der deutschen Gerichte, die die von den Parteien vorgebrachten Tatsachen in rechtlicher Hinsicht umfassend würdigen. Ausnahmsweise prüfen allerdings auch die Gemeinschaftsgerichte bestimmte Klagegründe von Amts wegen. Bärbel Sachs stellt diese *Ex-officio* -Prüfung ausführlich dar und unterzieht sie einer kritischen Analyse. In einem ersten Teil untersucht sie die prozessrechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Amtsprüfung vor dem Hintergrund der verschiedenen Verfahrensarten. Im Anschluss daran stellt sie die Rechtsprechung zur Amtsprüfung

kategorisierend dar. Dabei geht es einerseits um den genauen Anwendungsbereich der Amtsprüfung, andererseits um ihre Voraussetzungen und Modalitäten. Schließlich setzt sich die Autorin mit der nur eingeschränkten Amtsprüfung im europäischen Rechtsschutzsystem kritisch auseinander. Neben einzelnen Kritikpunkten widmet sie sich vor allem der Verortung der EG-Prozessordnung im Spannungsfeld unterschiedlicher Anforderungen und Vorgaben an ein Rechtsschutzsystem insgesamt.

Metje, Tim M.

## Der Investitionsschutz im internationalen Anlagenbau

### Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung internationaler BOT-Projekte

Band 20
2008. XVI, 213 Seiten.

ISBN 9783161496950
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161511592
eBook PDF 64,00 €

In Zeiten allgemeiner Knappheit öffentlicher Haushalte lassen sich staatliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur nur noch selten oder sehr eingeschränkt realisieren. Zunehmend beteiligen sich private Investoren an der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur. Tim Metje untersucht die Möglichkeit Private im Rahmen so genannter BOT-Modelle (BOT = *Build, Operate, Transfer* ) einzubinden. Dies sind öffentlich-private Partnerschaften, bei denen private Investoren Infrastrukturprojekte in staatlichem Auftrag realisieren, betreiben und erst nach einem Zeitraum von bis zu 30 Jahren auf den sie beauftragenden Staat rückübertragen. Da das Engagement privater Investoren ganz wesentlich von einem stabilen nationalen und internationalen Investitionsschutzregime abhängt, das sich letztlich auch im Streitfall bewähren muss, liegt hier der Schwerpunkt der Untersuchung.
Nach einer Einführung in die wesentlichen Funktionsmechanismen internationaler BOT-Projekte auf der Grundlage einzelner Beispiele und nach Ausführungen zu den Erwartungen der Projektbeteiligten diskutiert der Autor die Chancen und Risiken des geltenden Investitionsschutzrechts. Zugleich bewertet er neuere investitionsschutzrechtliche Ansätze, wie etwa die Flexibilisierung von Vertragsverhältnissen. Dies lässt ihn – unter Berücksichtigung der Besonderheiten von BOT-Projekten – auch die Frage nach einem für alle Beteiligten effektiven Streitbeilegungsmechanismus thematisieren.

## 50 Jahre Römische Verträge

### Geschichts- und Rechtswissenschaft im Gespräch über Entwicklungsstand und Perspektiven der Europäischen Integration

### Hrsg. v. Reiner Schulze u. Christian Walter

Band 19
2008. VII, 101 Seiten.

ISBN 9783161496493
fadengeheftete Broschur 29,00 €

ISBN 9783161605192
eBook PDF 29,00 €

Der vorliegende Band enthält die wesentlichen Ergebnisse einer interdisziplinären Tagung zur Geschichte der Europäischen Integration unter Mitwirkung von Historikern und Rechtswissenschaftlern. Neben einer Vergewisserung über die Methoden dieser beiden Disziplinen betrachten die Autoren die Entstehung der Europäischen Union unter den Parametern »Integration«, »Legitimation«, »Identität« und »Konstitutionalisierung«. Dabei werden unter anderem Hintergründe und Ursachen für das Scheitern des Entwurfs einer Verfassung für Europa deutlich. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren der Rolle der Gerichtsbarkeit, die insgesamt für den Europäischen Einigungsprozess von herausragender Bedeutung war. Deshalb kommen an den Entscheidungen von Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof beteiligte Richter zu Wort und berichten aus der Binnenperspektive über die Rolle der Gerichte. Die Beiträge regen dazu an, weitere konkrete Einzelfragen herauszuarbeiten, an denen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wahrnehmung durch die Geschichts- und Rechtswissenschaft mit Gewinn für beide aufzeigen lassen. Zu solchen Einzelfragen könnten die Rolle von Gemeinschaft und Union als eigenständige außenpolitische Akteure, eine noch breitere Analyse der Rolle des Gerichtshofs im europäischen Integrationsprozess und die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen von Gemeinschaftsbildung jenseits staatlicher Strukturen gehören.

Inhaltsübersicht

*Christian Walter und Reiner Schulze:* Einleitung: 50 Jahre Römische Verträge – *Vassilios Skouris:* 50 Jahre Römische Verträge – Rückblick und Ausblick aus der Perspektive der Europäischen Gerichtsbarkeit – *Gertrude Lübbe-Wolff:* Staatenintegration und Bürgerintegration – *Jochen A. Frowein:* 50 Jahre Römische Verträge – *Rainer Hudemann:* Europas Weg zur Union. Forschungsfragen und Methoden – *Wilfried Loth:* Europa zwischen Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – *Jürgen Elvert:* Der europäische Integrationsprozess zwischen Konstitutionalisierung und Krise

Rieckhoff, Henning

## Der Vorbehalt des Gesetzes im Europarecht

Band 18
2007. XXI, 312 Seiten.

ISBN 9783161494567
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161511578
eBook PDF 74,00 €

In Rechtsprechung und Literatur wird der Vorbehalt des Gesetzes als allgemeiner Grundsatz des Gemeinschaftsrechts bezeichnet. Während der Vorbehalt des Gesetzes in den verschiedenen Rechtsordnungen, insbesondere im deutschen Rechtskreis, fest verankert ist, bedarf das konzeptionelle Verständnis im europäischen Rechtssystem einer systematischen und dogmatischen Klärung und Weiterentwicklung. Ausgehend von den Grundlagen des nationalen Rechts zeigt Henning Rieckhoff auf, dass es hier eine rechtsstaatliche und eine demokratische Säule gibt. Die Betrachtung des grundrechtlichen Gesetzesvorbehalts, des Gesetzesvorbehalts in der Leistungsverwaltung und der Delegationsproblematik ergibt für die europäische Ebene, dass die rechtsstaatliche Komponente bereits umfassend verwirklicht ist; der Vorbehalt des Gesetzes mit seiner demokratischen und grundrechtlichen Fundierung befindet sich dagegen erst auf dem Vormarsch. Wegen der beschränkten normativen Durchschlagskraft des europäischen Gesetzesvorbehalts verbleibt Skepsis, ob der Legitimationsfaden zwischen dem einzelnen europäischen Bürger und der Ausübung von hoheitlicher Gewalt ausreichend stark ist. Praktisch am bedeutsamsten ist der Zusammenhang zwischen dem Vorbehalt des Gesetzes auf der europäischen und der nationalen Ebene, der grundsätzlich sowie auf den Gebieten des Strafrechts, des Umweltrechts und des

Telekommunikationsrechts untersucht wird. Die Grundsatzkongruenz zwischen deutschem und europäischem Gesetzesvorbehalt ermöglicht einen ebenenübergreifenden Gesetzesvorbehalt. Die Bedeutungsminderung des klassischen nationalen Gesetzesvorbehalts im Zuge der europäischen Integration kann durch eine entsprechende europäische Vorbehaltslehre kompensiert werden.

Heußner, Kristina

## Informationssysteme im Europäischen Verwaltungsverbund

Band 17
2007. XX, 485 Seiten.

ISBN 9783161494161
fadengeheftete Broschur 104,00 €

ISBN 9783161511561
eBook PDF 104,00 €

Die Verwaltung des Gemeinschaftsraums erfordert eine enge Kooperation der an ihr beteiligten mitgliedstaatlichen und gemeinschaftlichen Verwaltungsstellen. Informationssysteme erleichtern diese Kooperation, indem sie stabile und dauerhafte Informationsbeziehungen schaffen. Sie sollen sicherstellen, dass die zuständigen Verwaltungsstellen auf der Grundlage der übermittelten Informationen die geeigneten und durch das Gemeinschafts- oder Unionsrecht vorgegebenen Verwaltungsmaßnahmen wahrnehmen oder die Entwicklung von Gemeinschaftspolitiken vor- und nachbereiten können. Kristina Heußner untersucht Strukturen und Aufgaben von Informationssystemen, ihre rechtliche Ausgestaltung sowie Fragen des Datenschutzes, des Rechtsschutzes und der Haftung, die Informationssysteme für Bürger und Unternehmen aufwerfen. Als besonders effiziente Instrumente der Verwaltungskooperation finden sich Informationssysteme in nahezu allen Sachgebieten des Europäischen Verwaltungsrechts, so auch in der Zoll-, Steuer- und Agrarverwaltung, in der Umweltverwaltung, im Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und im Europäischen Statistikwesen, den Referenzgebieten der Untersuchung. Gemeinschaft und Mitgliedstaaten sind aufgerufen, die Verfahren der Informationssammlung, -übermittlung und -verarbeitung hinreichend rechtlich zu determinieren, um einerseits die Funktionsfähigkeit von Informationssystemen und andererseits die Beachtung der Rechte betroffener Bürger und Unternehmen beim grenzüberschreitenden Austausch personen- und unternehmensbezogener Informationen sicherzustellen.

## Internationales Verwaltungsrecht

### Eine Analyse anhand von Referenzgebieten

### Hrsg. v. Christoph Möllers, Andreas Voßkuhle u. Christian Walter

Band 16
2007. VIII, 426 Seiten.

ISBN 9783161511554
eBook PDF 89,00 €

Im klassischen Recht souveräner Staaten führte die Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sphäre zu einer deutlichen Trennung von Verwaltungsrecht und Völkerrecht. Zwischen beiden stand das Staatsrecht, das die staatlichen Außenbeziehungen rechtlich einfasste. Ein unmittelbarer Kontakt zwischen Völkerrecht und Verwaltungsrecht fand nicht statt. Dies hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert: Nationale Verwaltungsentscheidungen erzeugen immer öfter transnationale Rechtswirkungen, zunehmend werden in völkerrechtlichen Verträgen Fragen der Verwaltungsorganisation und des Verwaltungsverfahrens geregelt, auch unterhalb der Regierungsebene ist eine wachsende Zusammenarbeit und Verflechtung einzelner staatlicher Verwaltungsbehörden zu beobachten, die Bedeutung der genuin internationalen Verwaltung von Territorien auf der Grundlage von Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates ist stark gestiegen und schließlich nimmt die Erzeugung unmittelbar anwendungsfähigen Rechts durch internationale Organisationen zu.
In der bisherigen Literatur sind diese Entwicklungen zumeist nur beschrieben worden. Der vorliegende Band verfolgt einen anderen Ansatz: Die Autoren der Beiträge analysieren die Entstehung eines »Internationalen Verwaltungsrechts« mittels einer Betrachtung von Referenzgebieten (Entwicklungsverwaltungsrecht, Sozialverwaltungsrecht, Umweltverwaltungsrecht, Steuerrecht, Recht der Finanzmärkte, Migrationsrecht, Internationale Standardsetzung). Neben den Betrachtungen der Referenzgebiete enthält der Band zwei vergleichende Querschnittsanalysen, in denen zugleich weitere Forschungsperspektiven sichtbar werden.

Inhaltsübersicht

*Christoph Möllers:* Internationales Verwaltungsrecht – *Philipp Dann:* Grundfragen eines Entwicklungsverwaltungsrechts – *Franz C. Mayer:* Internationalisierung des Verwaltungsrechts? – *Markus Glaser:* Internationales Sozialverwaltungsrecht – *Wolfgang Durner:* Internationales Umweltverwaltungsrecht – *Matthias Rossi:* Europäisiertes internationales Umweltverwaltungsrecht – *Ekkehart Reimer:* Transnationales Steuerrecht – *Christian Tietje:* Kommentar zum Beitrag von Ekkehart Reimer »Transnationales Steuerrecht« – *Anne van Aaken:* Transnationales Kooperationsrecht nationaler Aufsichtsbehörden als Antwort auf die Herausforderung globalisierter Finanzmärkte – *Christoph Ohler:* Internationale Regulierung im Bereich der Finanzmarktaufsicht – *Jürgen Bast:* Internationalisierung und De-Internationalisierung der Migrationsverwaltung – *Nico Krisch:* Das Migrationsrecht und die Internationalisierung des Verwaltungsrechts. 313 – *Hans Christian Röhl:* Internationale Standardsetzung – Oliver Lepsius: Standardsetzung und Legitimation – *Karl-Heinz Ladeur:* Die Internationalisierung des Verwaltungsrechts: Versuch einer Synthese – *Matthias Ruffert:* Perspektiven des Internationalen Verwaltungsrechts

Lochen, Tobias

## Die völkerrechtlichen Regelungen über den Zugang zu genetischen Ressourcen

Band 15
2007. XXI, 307 Seiten.

ISBN 9783161493867
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161511547
eBook PDF 79,00 €

Seit Jahrzehnten beklagen ressourcenreiche Staaten Fälle sogenannter 'Biopiraterie', in denen Wissenschaftler Pflanzen ohne Erlaubnis ausführen und Bestandteile patentieren, ohne den Ursprungsstaat angemessen zu kompensieren. Daher bemüht sich die Staatengemeinschaft um entsprechende Regelungen zum Ausgleich der entgegengesetzten Interessen der Staaten – Zugangskontrolle und Gewinnbeteiligung auf der einen Seite, möglichst freier Zugang und Patentschutz auf der anderen Seite. Tobias Lochen untersucht zunächst die wirtschaftlichen Hintergründe, die Bedeutung funktionierender Zugangsregelungen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die tatsächliche Bedrohung der Ursprungsländer durch 'Biopiraterie'. Anschließend setzt er sich mit der völkerrechtlichen Verfügungsgewalt über genetische Ressourcen und mit den Konzepten der Staatensouveränität und des 'common heritage of mankind' auseinander. Er analysiert mit dem TRIPS und den UPOV-Konventionen die einschlägigen völkerrechtlichen Regelungen über Patent- und Sortenschutz sowie die entsprechenden Regelungen auf europäischer Ebene und im US-amerikanischen Recht.
Im Hauptteil des Buches untersucht der Autor die Zugangsregelungen der Biodiversitätskonvention einschließlich der Bonn Guidelines und des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft. Schließlich gibt er einen Überblick über regionale Zugangsregelungen und den Zugang zu genetischen Ressourcen in der Antarktis und den Weltmeeren.

## Die Sicherung der Energieversorgung auf globalisierten Märkten

### Hrsg. v. Stefan Leible, Michael Lippert u. Christian Walter

Band 14
2007. XII, 184 Seiten.

ISBN 9783161493874
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161511530
eBook PDF 59,00 €

Die Sicherung der Energieversorgung im weltweiten Maßstab wird in Zukunft zentrale Bedeutung erlangen. Nach der Einschätzung des Generalsekretärs der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) werden 4/5 des Wachstums der Ölnachfrage in den nächsten zwei Dekaden aus Entwicklungsländern kommen, deren Konsum sich verdoppeln wird. Der aus dem nationalen Energierecht bekannte Grundsatz der »Versorgungssicherheit« wird damit vor neue Herausforderungen gestellt. Ausgehend von einer Analyse der strategisch-politischen Rahmenbedingungen untersuchen die Autoren der Beiträge im vorliegenden Band die Steuerungsmöglichkeiten des Rechts auf den verschiedenen Stufen der Versorgungskette, also von der Rohstoffgewinnung bis zur Versorgung des Endverbrauchers. Dies geschieht auf der Ebene des internationalen, des europäischen und des nationalen Rechts. Konkret untersucht werden das europäische und nationale Regulierungsverwaltungsrecht, das internationale Investitionsschutzrecht, das Welthandelsrecht, das private internationale Wirtschaftsrecht und das Kartellrecht. Im Vordergrund steht dabei nicht nur der Streit um Umfang und Grenzen einer Liberalisierung der Energieversorgung, sondern die Autoren beziehen auch in rechtspolitischen Debatten Stellung, wie etwa derjenigen um den richtigen »Energiemix« und die Zukunft der Kernenergie.

Inhaltsübersicht

*Michael Lippert:* Sicherheit der Energieversorgung: Renaissance eines energierechtlichen Leitziels? – *Friedemann Müller:* Strategische Bedingungen für die Nutzung der Weltenergiereserven: Energiesicherheit und internationale Sicherheitspolitik – *Christian Walter:* Gewährleistungs- und Erfüllungsverantwortung auf globalen Energiemärkten. Brauchen wir eine »Rohstoffbeschaffungsverantwortung«? – *Ulrich Ehricke:* Equity-Joint Venture-Verträge als Instrument zur Sicherung der Versorgung mit ausländischen Energieträgern – *Helga Steeg:* Erschließung ausländischer Energiereserven und Investitionsschutz – *Frank Schorkopf:* »Energie« als Thema des Welthandelsrechts – *Michael Fehling:* Energieversorgung zwischen Daseinsvorsorge und internationaler Liberalisierung – *Mathias Wolkewitz:* Rechtssichere Gestaltung von internationalen Energielieferungsverträgen – *Wulf-Henning Roth:* Kartellrecht als Instrument der sicheren Energieversorgung – *Carsten Schmidt:* Diskussionsbericht: Erneuerbare Energien und sichere Energieversorgung

Benesch, Sebastian

## Das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft

### Ein Beitrag zum schweizerischen Europäisierungsprozess

Band 13
2007. XXVII, 279 Seiten.

ISBN 9783161493232
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161605185
eBook PDF 74,00 €

Die Schweiz, im Herzen Europas gelegen, ist weder Mitglied in der Europäischen Union noch im Europäischen Wirtschaftsraum. Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und den Staaten der Europäischen Union war Angelegenheit des restriktiven nationalen Ausländerrechts und nicht des liberalen Europarechts. Das bilaterale Freizügigkeitsabkommen, das 2002 in Kraft getreten ist, sollte dies ändern. Sebastian Benesch untersucht die geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe des schweizerischen Sonderweges und den Gang der Verhandlungen im interessengerechten Rahmen verschiedener bilateraler Abkommen. Er analysiert sowohl die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen als auch den europarechtlichen Inhalt des Freizügigkeitsabkommens in Bezug auf die verschiedenen wandernden Personengruppen (z.B. Arbeitnehmer, Selbständige, Dienstleistungserbringer, Nichterwerbstätige, Grenzgänger, Kurz- oder Daueraufenthalter). Wer genießt wann welche Rechte? Wie verhält es sich mit der sozialen Sicherheit, der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, dem Rechtsschutz? Ist die Schweiz mittlerweile Teil des europäischen Systems der Personenfreizügigkeit? Bricht die Schweiz mit politischen Tabus wie Souveränität und Neutralität? Stellt es einen Vor- oder eher einen Nachteil dar, mit der Europäischen Union bilaterale Abkommen zu schließen? Und wie könnte die politische und rechtliche Zukunft der kleinen Schweiz aussehen – umrahmt von einer sich ständig vergrößernden Europäischen Union?

Leifer, Christoph

## Das europäische Umweltmanagementsystem EMAS als Element gesellschaftlicher Selbstregulierung

Band 12
2007. XII, 209 Seiten.

ISBN 9783161492211
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161511516
eBook PDF 64,00 €

Seit seiner Einführung im Jahr 1993 wurde das europäische Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) als ein Schulbeispiel gesellschaftlicher Selbstregulierungssysteme genannt. Derartige Systeme werden häufig als neue Steuerungsform und sogar als Alternative zu dem gerade aus systemtheoretischer und umweltökonomischer Sicht in die Kritik geratenen Umweltordnungsrecht propagiert. Insbesondere die mangelnde Verbreitung der EMAS-Zertifizierung zeigt jedoch, dass es bei der Diskussion über ordnungsrechtlich-staatliche Instrumente der Umweltpolitik einerseits und Formen der gesellschaftlichen Selbstregulierung andererseits keineswegs um alternative, sondern vielmehr um kumulative Lösungen gehen muss, die insbesondere die Frage nach dem richtigen Verhältnis und der Verschränkung beider Teile aufwirft. Christoph Leifer geht dieser Frage im Fall des europäischen Umweltmanagementsystems EMAS nach und prüft, ob hierbei einerseits die Vorteile gesellschaftlicher Selbstregulierungssysteme genutzt werden, ohne andererseits die staatlichen Schutzpflichten und privaten Grundrechtspositionen außer acht zu lassen, um so zu einer Effizienz des Gesamtsystems zu gelangen. Anschließend untersucht er, wie das System der Selbstregulierung in Form der EMAS-Zertifizierung im Gesamtgefüge der Wirtschafts- und Umweltrechtsordnung verankert ist und welche Auswirkungen diese im Rahmen des Jahresabschlusses, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Risikoeinschätzung auf Grund umwelthaftungsrechtlicher Bestimmungen sowie deren Versicherbarkeit hat.

Dünnes-Zimmermann, Sibylle

## Gesundheitspolitische Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten im Europäischen Gemeinschaftsrecht

### Dogmatische Verortung im Rahmen der Grundfreiheiten

Band 11
2006. XVIII, 419 Seiten.

ISBN 9783161491511
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161605178
eBook PDF 74,00 €

Sibylle Dünnes-Zimmermann setzt sich mit dem Spannungsverhältnisauseinander, das sich aus den Einwirkungen des europäischen Binnenmarktes auf das mitgliedstaatliche Gesundheitswesen einerseits und der primärrechtlichen Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten im Bereich der Versorgung mit Leistungen der nationalen Krankenversicherungssysteme andererseits ergibt. Die Grundfreiheiten des Europäischen Gemeinschaftsrechts finden Anwendung auf medizinische Leistungen, die im Rahmen der nationalen Krankenversicherungssysteme erbracht werden. Gleichzeitig bleibt die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Kompetenzgefüge des Gemeinschaftsrechts im Grundsatz bei den Mitgliedstaaten. Der Europäische Gerichtshof berücksichtigt bei der Anwendung der Grundfreiheiten die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, indem er die mitgliedstaatlichen Beschränkungen der Grundfreiheiten nur einer eingeschränkten Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzieht. Für diesen Ansatz sprechen zum einen Gründe der Grundfreiheitsdogmatik, zum anderen aber auch eine systematische Auslegung des EG-Vertrages. Nach dem Gemeinschaftsrecht besitzen nur die Mitgliedstaaten die Kompetenz, den sozialen Ausgleich in ihren nationalen Sicherungssystemen zu organisieren. Wie die Rechtsprechung des EuGH zur Anwendbarkeit des Wettbewerbrechts auf verschiedene Sozialversicherungsmonopole gezeigt hat, ist der soziale Ausgleich selbst jedoch ein sehr variabler Maßstab, um die Grenzen des Einflusses des Gemeinschaftsrechts auf die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten zu bestimmen. Da die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme für das europäische Gesellschaftsmodell auf Gemeinschaftsebene aber unbestritten ist, müssen bei der Anwendung der Grundfreiheiten die entsprechenden politischen Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten beachtet werden.

Bührle, Folko

## Gründe und Grenzen des »EG-Beihilfenverbots«

### Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag – Eine europäische Norm im Spannungsfeld von ökonomischer Rationalität und staatlichem Gestaltungsanspruch

Band 10
2006. XXV, 389 Seiten.

ISBN 9783161490309
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161605161
eBook PDF 79,00 €

Das Beihilfenrecht hat mittlerweile in Wissenschaft und Praxis stark an Bedeutung gewonnen, von einer die praktischen Bedürfnisse befriedigenden dogmatischen Durchdringung dieser Materie kann jedoch nach wie vor nicht die Rede sein. Folko Bührles Untersuchung des Beihilfenwesens und des Beihilfenrechts erstreckt sich von der theoretisch-außerrechtlichen, über die verfassungs- und allgemein europarechtliche Problematik bis hin zu den konkreten Problemen der einzelnen Tatbestandsmerkmale des Beihilfenverbots. Er behandelt grundlegende rechtliche und außerrechtliche Fragen, die doch letztlich bei der Rechtsanwendung im konkreten zu beantworten sind. Das Beihilfenrecht liegt inmitten des gleichermaßen politischen wie rechts- und wirtschaftstheoretischen Problemkreises der Abgrenzung zwischen ökonomischer und staatlicher sowie zwischen privater und hoheitlicher (nationaler wie europäischer) Sphäre. Diese Problematik spitzt sich im Beihilfenrecht in der Frage zu, wo und nach welchen Kriterien zwischen verbotener Protektion und erlaubter Gestaltung unterschieden werden muß. Lösungsansätze insbesondere zur Kompetenzabgrenzung und zur Zügelung einer Gemeinschaft, die zusehends ihre Rolle als Schutzmacht des Marktes gegen die eines sachpolitischen Gestalters vertauscht, sieht der Autor in der strikten Einhaltung eines klar bestimmten beihilferechtlichen Funktionsrahmens, im entsprechend konkretisierten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz oder auch in einer je nach Integrationsstand differenzierten Verteilung von Einschätzungsprärogative und Beweislast.

Eekhoff, Meike

## Die Verbundaufsicht

### Gemeinschaftsrechtliche Aufsichtsverfahren und -mechanismen außerhalb des Vertragsverletzungsverfahrens

Band 9
2006. XIX, 349 Seiten.

ISBN 9783161491078
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161605154
eBook PDF 74,00 €

Die Europäische Gemeinschaft als Rechtsgemeinschaft ist auf einen ordnungsgemäßen Vollzug des Gemeinschaftsrechts durch die nationalen Behörden essentiell angewiesen. Hierbei stehen die Glaubwürdigkeit und die Funktionsfähigkeit des gemeinschaftlichen Systems insgesamt auf dem Spiel. Das Vertragsverletzungsverfahren, das der Kommission grundsätzlich zur Durchsetzung eines gemeinschaftsrechtskonformen Verhaltens der Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, ist jedoch ein schwerfälliges und zeitaufwändiges Verfahren. Meike Eekhoff untersucht, welche außergerichtlichen Aufsichtsverfahren und -mechanismen der Gemeinschaft zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Vollzugs im Rahmen des europäischen Verwaltungsverbundes zur Verfügung stehen. Ihre Bestandsaufnahme in ausgewählten Gebieten des EG-Vertrages zeigt die Vielgestaltigkeit der bestehenden Verfahren und Mechanismen auf. Diese reichen von lediglich punktuellen Eingriffsmöglichkeiten bis hin zu komplexen Aufsichtsverfahren und variieren hinsichtlich zuständigem Aufsichtsorgan und Beteiligungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten. Die Autorin arbeitet Strukturen der so genannten Verbundaufsicht heraus und deckt Unstimmigkeiten auf. Sie prüft außerdem, inwieweit die Kodifizierung von Aufsichtsmechanismen im Sekundärrecht und die Ausübung der Aufsicht durch die Gemeinschaft im Einzelfall einer Rechtmäßigkeitsprüfung standhalten. Eine effektive und effiziente Verbundaufsicht darf sich schließlich nicht zu Lasten der Wirtschaftsteilnehmer auswirken. Die Autorin greift einzelne diesbezüglich problematische Aspekte heraus und untersucht sie kritisch. Abschließend zeigt sie die Rechtsschutzmöglichkeiten der Mitgliedstaaten und der Marktbürger gegen Maßnahmen der Verbundaufsicht auf.

Srock, Gregor

## Rechtliche Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung von Europol

### Perspektiven im EU-Vertrag und in der Verfassung von Europa

Band 8
2006. XVI, 278 Seiten.

ISBN 9783161490941
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161605147
eBook PDF 59,00 €

Das Europäische Polizeiamt Europol ist in einen dynamischen Prozess der Weiterentwicklung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit eingebettet. Gregor Srock analysiert die Perspektiven für die Weiterentwicklung Europols anhand der unterschiedlichen Vorschriften von Art. 30 Abs. 2 EU-Vertrag und der europäischen Verfassung. Seine Untersuchung zeigt das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Vorgehens einerseits und einer zögerlichen Haltung der Mitgliedstaaten bei der Übertragung von Befugnissen sowie der Notwendigkeit eines hinreichend stabilen rechtlichen Rahmens andererseits auf. Der Autor greift zunächst den Kontext internationaler polizeilicher Zusammenarbeit auf und stellt dann die bisherige Entwicklung Europols dar. Hauptpunkt des Buches ist die Auslegung von Art. 30 Abs. 2 EU-Vertrag. Diese bisher wenig diskutierte Vorschrift besticht nach Auffassung des Verfassers trotz zahlreicher retardierender Elemente durch perspektivische Gedanken und ist zukunftsoffen formuliert. Gregor Srock setzt sich mit den bisher erfolgten Implementierungsmaßnahmen auseinander und würdigt sie vor dem Hintergrund der Vorgaben von Art. 30 Abs. 2 EU-Vertrag. Abschließend finden sich Ausführungen zur Position Europols im Europäischen Verfassungsvertrag. Die Verfassung nimmt nach Auffassung des Autors den an sich notwendigen Schritt zur Weiterentwicklung Europols nicht vor. Allerdings ist der im Rahmen der Verfassung verbesserte Rechtschutz herauszuheben.

Inhaltsübersicht

Einleitung und Gang der Untersuchung

**Kapitel 1: Europol im Kontext internationaler polizeilicher Zusammenarbeit**
A. Europol im Überblick
B. Die Entwicklung der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit der EU
C. Konkretisierungen der polizeilichen Zusammenarbeit

**Kapitel 2: Die Entwicklung von Europol**
A. Die Vorläuferorganisation Europol Drugs Unit
B. Die Europol-Konvention

**Kapitel 3: Art. 30 Abs. 2 EU-Vertrag**
A. Die Auslegung von Art. 30 Abs. 2 EU-Vertrag
B. Die Umsetzung von Art. 30 Abs.2 EU-Vertrag

**Kapitel 4: Die Verfassung von Europa**
A. Die Arbeit im Konvent
B. Der Vertrag über eine Verfassung von Europa
C. Bewertung
D. Abschlussbewertung

Gesamtergebnis

Schenk, Wolfgang

## Strukturen und Rechtsfragen der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung

Band 7
2006. XVI, 441 Seiten.

ISBN 9783161490026
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161605130
eBook PDF 74,00 €

Der Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft weist derzeit ein Volumen von deutlich über 100 Milliarden Euro auf. Ein Großteil dieser Mittel steht für Finanzhilfen zur Verfügung. Allgemein bekannt sind die vielfältigen Subventionen im Bereich der Landwirtschaft. Daneben finanziert die Gemeinschaft aber auch Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur oder der Forschung. Wolfgang Schenk beleuchtet die Vergabe derartiger Finanzhilfen unter unterschiedlichen Gesichtspunkten. Er behandelt zunächst das gemeinschaftliche Haushaltsverfahren und geht auf die mehrjährige Finanzplanung sowie die Finanzierung der Gemeinschaft durch die sogenannten Eigenmittel ein. Außerdem untersucht er Fragen der Sachgesetzgebung, insbesondere die Finanzierungskompetenzen der Gemeinschaft. Im Mittelpunkt stehen die erforderlichen Vollzugsvorgänge. Als die Vollzugsebene prägendes Element betrachtet der Autor die primärrechtlich verankerte Haushaltsverantwortung der Kommission. Diese bewirkt, dass der Kommission eine einflussreiche Stellung zukommt, die

über diejenige, die sie im Rahmen des Vollzugs des Gemeinschaftsrechts ansonsten einnimmt, deutlich hinausgeht. Besondere Aufmerksamkeit schenkt der Autor dabei dem Rechnungsabschlussverfahren, in dessen Rahmen die Kommission entscheidet, ob Ausgaben, die die Mitgliedstaaten im Bereich der Landwirtschaft aus gemeinschaftlichen Mitteln getätigt haben, von der Gemeinschaft auch endgültig übernommen werden. In einem Schlusskapitel widmet er sich der Finanzkontrolle. Untersucht wird insbesondere die Überwachung der Mittelverwendung durch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und durch den Europäischen Rechnungshof.

Inhaltsübersicht

**Kapitel 1: Begriff und Bedeutung der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung**
A. Der Begriff der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung
B. Die Bedeutung der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung
C. Die drei Ebenen der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung

**Kapitel 2: Die Rechtsetzungsebene gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung**
A. Das gemeinschaftliche Haushaltsverfahren
B. Sachgebietsspezifische Rechtsetzung
C. Abschließende Anmerkungen zur Rechtsetzungsebene

**Kapitel 3: Die Vollzugssebene gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung**
A. Grundlagen: Verwaltungsvollzugskompetenzen und Haushaltsvollzugskompetenz
B. Die Vollzugsmodelle für die gemeinschaftliche Leistungsverwaltung
C. Abschließende Anmerkungen zur Vollzugsebene

**Kapitel 4: Die Finanzkontrollebene der gemeinschaftlichen Leistungsverwaltung**
A. Die Betrugsbekämpfung durch das OLAF
B. Die zentralisierte interne Finanzkontrolle durch den Internen Prüfer der Kommission
C. Die externe Finanzkontrolle durch den Europäischen Rechnungshof
D. Die Entlastung der Kommission durch das Europäische Parlament
E. Abschließende Anmerkungen zur Finanzkontrollebene

**Fazit und Ausblick**

Müller, Felix

## Schutzmaßnahmen gegen Warenimporte unter der Rechtsordnung der WTO

### Die materiell-rechtlichen Anwendungsvoraussetzungen der »Safeguard Measures« gem. Art. XIX:1(a) GATT 1994 und Art. 2.1 des Agreement on Safeguards

Band 6
2006. XVIII, 324 Seiten.

ISBN 9783161490132
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161605123
eBook PDF 69,00 €

Der öffentlichkeitswirksam geführte 'Stahlstreit' zwischen der EU und den USA sowie der 'Textilstreit' zwischen der EU und China haben die Relevanz von Schutzmaßnahmen für das Welthandelsrecht allgemein bewusst werden lassen. Die Besonderheit von Schutzmaßnahmen unter der Rechtsordnung der WTO besteht darin, dass Art. XIX GATT und das Agreement on Safeguards Abweichungen von unter dem GATT eingegangenen Verpflichtungen gestatten, die sich gegen regelkonforme Wareneinfuhren richten. Obwohl Schutzmaßnahmen einen aktuellen Gegenstand des Wirtschaftsvölkerrechts bilden, sind deren rechtliche Rahmenbedingungen erst in Ansätzen untersucht. Nach einer Einordnung des Themenkomplexes in das Gesamtwerk der WTO-Rechtsordnung zeigt Felix Müller die ökonomischen und politischen Hintergründe des allgemeinen Schutzmaßnahmenmechanismus aus Art. XIX GATT und dem Agreement on Safeguards auf. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet die Präzisierung der sich aus Art. XIX:1(a) GATT und Art. 2.1 SGA ergebenden materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung einer Schutzmaßnahme. Auf der Grundlage der bisher ergangenen Panel- und Appellate Body-Rechtsprechung untersucht der Autor die Anwendungsvoraussetzungen und entwickelt für sie ein konsistentes Gesamtkonzept. Er legt dar, dass eine rechtliche Durchdringung unter Beachtung der ökonomischen und politischen Determinanten geboten ist, um einer Erosion der Welthandelsordnung vorzubeugen. In diesem Zusammenhang unterbreitet er Vorschläge, wie das Agreement on Safeguards modifiziert werden könnte.

Inhaltsübersicht

**Einleitung**
A. Untersuchungsgegenstand
B. Bestandsaufnahme
C. Problemstellung und Relevanz der Untersuchung
D. Gang der Untersuchung

**Erstes Kapitel – Schutzmaßnahmen: Eine allgemeine Einordnung**
A. Die Leitprinzipien des GATT zur Liberalisierung des Warenhandels
B. Schutzmaßnahmen als WTO-rechtlich akzeptierter Protektionismus
C. Die politische und ökonomische Ratio von Schutzmaßnahmen

**Zweites Kapitel – Anwendungsbereich für Schutzmaßnahmen**
A. Anwendungsbereich und Vorrang spezieller Maßnahmen
B. Der allgemeine Schutzmaßnahmenmechanismus aus Art. XIX:1(a) GATT und Art. 2.1 SGA

**Drittes Kapitel – Materiell-rechtliche Voraussetzungen für die Anwendung von Schutzmaßnahmen gem. Art. XIX:1(a) GATT und Art. 2.1 SGA**
A. Erhöhte Importmengen einer Ware
B. Art. XIX:1(a) GATT und die »Unforeseen Developments Clause«

C. Ernsthafte Schädigung eines inländischen Wirtschaftszweiges
D. Kausalität zwischen Importanstieg und ernsthafter Schädigung

**Viertes Kapitel – Schutzzoll und mengenmäßige Beschränkung als Rechtsfolge**
A. Bei der Anwendung einer Schutzmaßnahme zu beachtende Vorgaben
B. Kompensationspflichten und Gegenmaßnahmen
C. Schutzmaßnahmen vs. Antidumpingmaßnahmen

**Ausblick**

Schorkopf, Frank

## Der Europäische Haftbefehl vor dem Bundesverfassungsgericht

Hrsg. v. Frank Schorkopf

Band 5
2006. LIII, 538 Seiten.

ISBN 9783161489839
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161605116
eBook PDF 94,00 €

Mit diesem Band wird das Verfassungsbeschwerde-Verfahren über das Europäische Haftbefehlsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht dokumentiert. Das Verfassungsbeschwerde-Verfahren zeigt exemplarisch das Funktionieren der Institution Verfassungsgerichtsbarkeit. Der Fall des Beschwerdeführers ist mit Blick auf den zeitlichen Ablauf und die Durchsetzung der Gerichtsentscheidungen ein Lehrbeispiel für das Zusammenwirken der Gewalten im modernen Verfassungsstaat. Der Sachverhalt und die daraus folgenden Rechtsfragen stehen musterhaft für den politischen Prozeß und die Rechtssetzung im gestuften Verbund der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Die Dokumentation enthält neben den das Verfahren tragenden Schriftsätzen, Stellungnahmen und Entscheidungen vor allem die vollständige Abschrift des Tonbandmitschnitts der mündlichen Verhandlung vom 13./14. April 2005. Die in der mündlichen Verhandlung behandelten Themen und das Rechtsgespräch zwischen den Senatsmitgliedern, den Beteiligten und den Sachverständigen stecken den Horizont einer Diskussion ab, die durch das Urteil vom 18. Juli 2005 und die drei abweichenden Meinungen nicht vollständig abgebildet wird. Die Dokumentation macht dieses Rechtsgespräch der Öffentlichkeit zugänglich. Frank Schorkopf behandelt einleitend den verfassungs- und europarechtlichen Rahmen des Verfahrens, beleuchtet die Hintergründe und geht auf die Rezeption der Entscheidung und die geplante Neuregelung eines Europäischen Haftbefehlsgesetzes ein. Ein Anhang mit den einschlägigen deutschen und europäischen Rechtsvorschriften sowie Sach- und Personenregister vervollständigen den Band.

Held, Simeon

## Die Haftung der EG für die Verletzung von WTO-Recht

Band 4
2006. XVIII, 343 Seiten.

ISBN 9783161488429
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161605109
eBook PDF 64,00 €

Ob die EG für die Verletzung von WTO-Recht haftet, ist eine der zentralen Fragen im Zusammenhang mit der Einwirkung des Welthandelsrechts auf das Gemeinschaftsrecht. Anlass hierzu geben Fälle unternehmerischer Schädigung, die entweder direkt durch WTO-rechtswidrige Maßnahmen der EG oder durch Strafzölle eines Drittstaates entstanden sind, die dieser aufgrund eines WTO-rechtswidrigen Verhaltens der EG erhoben hat. Unternehmen können das Risiko solcher Schädigungen über Exportkreditversicherungen nur sehr begrenzt abdecken. Ausgehend von den internen Rechtswirkungen des WTO-Rechts in der gemeinschaftsgerichtlichen Rechtsprechung arbeitet Simeon Held die Bedeutung dieser Rechtswirkungen für den EG-Sekundärrechtsschutz heraus. Es zeigt sich, dass das Kriterium der unmittelbaren Anwendbarkeit von zentraler Bedeutung für die Trennung zwischen völkerrechtlicher Verantwortlichkeit und gemeinschaftsrechtlicher Haftung ist. Ein Schadensersatzanspruch über die Unrechtshaftung des Art. 288 Abs. 2 EG-Vertrag kommt aufgrund der fehlenden unmittelbaren Anwendbarkeit des WTO-Rechts grundsätzlich nur in Betracht, wenn neben dem WTO-Verstoß zugleich eine Gemeinschaftsrechtsverletzung vorliegt. Eine größere Bedeutung kann einer Rechtmäßigkeitshaftung im Zusammenhang mit einem WTO-rechtswidrigen Verhalten der EG zukommen. Der Autor erörtert zudem die Vereinbarkeit von gemeinschaftsrechtlichen Ersatzansprüchen mit dem WTO-Beihilferecht. Weiter legt er dar, welche Möglichkeiten Unternehmen auf völkerrechtlicher Ebene haben, einen Ersatz ihrer Schäden zu erhalten.

Diese Dissertation wurde mit dem »Promotionspreis der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg« ausgezeichnet.

Inhaltsübersicht

Gegenstand und Verlauf der Untersuchung

Kapitel 1: Das Welthandelsrecht der WTO
A. Die Entwicklung der Welthandelsordnung bis zur Uruguay-Runde
I. Die Entstehung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT 1947)
II. Das Welthandelsrecht des GATT 1947 und dessen Weiterentwicklung

B. Die Uruguay-Runde (Die Achte Welthandelsrunde des GATT 1947)
I. Eröffnung und Verhandlungen der Achten Welthandelsrunde
II. Das Abschlussdokument von Marrakesch

C. Die Welthandelsorganisation WTO
I. Die Organisationsstruktur der WTO
II. Grundlagen und Regelungsziele des Welthandelsrechts
III. Die Übereinkommen
IV. Die Weiterentwicklung des WTO-Systems seit Abschluss der Uruguay-Runde

Kapitel 2: Die EG im Welthandelssystem
A. Die EG im GATT 1947

B. Die EG in der WTO
I. Das Gutachten 1/94 des EuGH
II. Die Doppelmitgliedschaft in der WTO

C. Das Welthandelsrecht in der Gemeinschaftsrechtsordnung
I. Die interne Geltung
II. Die Art der internen Rechtswirkung
III. Ergebnis

Kapitel 3: Die Verletzung von WTO-Recht durch die EG und ihre Auswirkungen
A. Die Schädigungsweisen
I. Die direkt geschädigten EG-Unternehmen
II. Die direkt geschädigten Drittstaaten-Unternehmen
III. Die durch Strafzölle geschädigten Unternehmen

B. Die einzelnen Schadenspositionen
I. Die Schadenspositionen bei der Schädigung durch WTO-rechtswidrige Maßnahmen der EG
II. Die Schadenspositionen bei der Schädigung durch Strafzölle eines Handelspartners der EG

C. Die Abdeckung der Schäden durch eine Exportkreditversicherung
I. Organisation und Struktur der Exportkreditversicherung
II. Die Schadensabdeckung nach den Allgemeinen Bedingungen
III. Der Umfang der Schadensabdeckung

Kapitel 4: Die Möglichkeiten zur Durchsetzung von WTO-Recht
A. Die direkte Durchsetzung des WTO-Rechts auf gemeinschaftsrechtlicher Ebene
B. Die indirekte Durchsetzung des WTO-Rechts
C. Die Durchsetzung des WTO-Rechts auf völkerrechtlicher Ebene

Kapitel 5: Die außervertragliche Haftung der EG für rechtswidriges Verhalten
A. Das Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen
I. Das Verhältnis zum gemeinschaftlichen Primärrechtsschutz
II. Das Verhältnis zum mitgliedstaatlichen Rechtsschutz

B. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze i.S.d. Art. 288 Abs. 2 EG

C. Die Voraussetzungen des Art. 288 Abs. 2 EG
I. Das Verhalten eines Gemeinschaftsorgans
II. Die Rechtswidrigkeit des Organverhaltens
III. Das Verschulden als Haftungsvoraussetzung?
IV. Der Schaden
V. Kausalität und Zurechnung
VI. Die Rechtsfolge
VII. Ergebnis

Kapitel 6: Die außervertragliche Haftung der EG für rechtmäßiges Verhalten (Sonderopfer)
A. Die Anerkennung einer außervertraglichen Haftung der EG für rechtmäßiges Verhalten
I. Die Rechtsprechung
II. Das Schrifttum
III. Stellungnahme

B. Das Verhältnis zum nationalen Haftungsrecht
C. Die Voraussetzungen einer außervertraglichen Haftung der EG für rechtmäßiges Verhalten
I. Die Anwendbarkeit der Rechtmäßigkeitshaftung
II. Die Rechtmäßigkeit als Haftungsvoraussetzung?
III. Der Schaden
IV. Die Zurechnung
V. Die Rechtsfolge
VI. Ergebnis

Kapitel 7: Die Vereinbarkeit der gemeinschaftsrechtlichen Haftung der EG mit WTO-Recht
A. Die Vereinbarkeit mit dem welthandelsrechtlichen Beihilferegime
B. Die Vereinbarkeit mit den welthandelsrechtlichen Streitbeilegungsregelungen

Kapitel 8: Der Ersatz von Schäden auf völkerrechtlicher Ebene
A. Der Ersatz der Schäden über das Prinzip völkerrechtlicher Verantwortlichkeit
B. Der Ersatz der Schäden über die Streitbeilegungsregelungen der WTO

Vogt, Matthias

## Die Entscheidung als Handlungsform des Europäischen Gemeinschaftsrechts

Band 3
2005. XVIII, 399 Seiten.

ISBN 9783161487859
fadengeheftete Broschur 89,00 €
ISBN 9783161605093
eBook PDF 74,00 €

Die Entscheidung nach Art. 249 Abs. 4 des EG-Vertrages ist zweifelsohne diejenige Handlungsform des Europäischen Gemeinschaftsrechts, die im Schatten von Verordnung und Richtlinie bisher vergleichsweise wenig rechtswissenschaftliche Beachtung gefunden hat. Matthias Vogt versucht es, einen Teil dieses Rückstandes aufzuholen. Er geht dabei von einer breit angelegten Bestandsaufnahme der Rechtsetzungspraxis aus und entwickelt auf dieser Grundlage eine Typologie der Entscheidung. So kann gezeigt werden, dass die Entscheidung weit mehr ist als das gemeinschaftsrechtliche Pendant zum nationalrechtlichen Verwaltungsakt. Sowohl in der Flexibilität ihrer Verwendungsweise als auch in der Heterogenität des anzuwendenden Rechtsregimes übertrifft die Entscheidung alle anderen Instrumente des Gemeinschaftsrechts. Insbesondere im Bereich der normativen Steuerung kommt ihr als zentraler Bestandteil des »europäischen legislativ-administrativen Verbundes« eine bislang zu wenig beachtete Bedeutung zu. Diese näher zu beleuchten und ihre Implikationen für die Europäische Handlungsformenlehre zu entwickeln ist das zentrale Anliegen der Arbeit.

Wettner, Florian

## Die Amtshilfe im Europäischen Verwaltungsrecht

Band 2
unrevised e-book edition 2022;
original edition 2005 2005.
XX, 418 Seiten.

ISBN 9783161605086
eBook PDF 74,00 €

Die grenzüberschreitende Amtshilfe ist ein wichtiges Mittel zur effektiven Anwendung und Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts in der EG. Dementsprechend sind Mechanismen der Amtshilfe zwar für einzelne Verwaltungsbereiche gemeinschaftsrechtlich normiert, jedoch divergieren die Regelungen zum Teil erheblich. Florian Wettner entwickelt aus bereichsspezifischen Amtshilfemechanismen ein bereichsübergreifendes Kooperationsmittel des Europäischen Verwaltungsrechts. Dies geschieht auf der Grundlage einer Darstellung amtshilferechtlicher Normen in ausgewählten Referenzgebieten des Europäischen Verwaltungsrechts. Unter Berücksichtigung völkerrechtlicher und bundesstaatlicher Amtshilferegeln bestimmt er die Begriffsmerkmale der gemeinschaftsrechtlichen Amtshilfe und grenzt sie von benachbarten Kooperationsformen ab. Davon ausgehend können allgemeine Grundsätze der Beziehungen zwischen den an der Amtshilfe beteiligten Behörden einerseits und zu den von der Amtshilfe betroffenen Privaten andererseits herausgearbeitet werden. Es zeigt sich, daß sich die gemeinschaftsrechtliche Amtshilfe in zunehmendem Maße der engeren bundesstaatlichen statt der völkerrechtlichen Verwaltungskooperation annähert.

Ebner, Timm

## Streitbeilegung im Welthandelsrecht

### Maßnahmen zur Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten

Band 1
2005. XXI, 288 Seiten.

ISBN 9783161487316
fadengeheftete Broschur 69,00 €
ISBN 9783161605079
eBook PDF 69,00 €

Eines der wichtigsten Elemente des derzeitigen Konstitutionalisierungsprozesses im Völkerrecht ist die gestärkte Rolle bestehender und neu geschaffener internationaler Streitbeilegungssysteme. Mit bereits über 300 Streitfällen nimmt das Streitbeilegungsverfahren der WTO dabei neben IGH, ISGH und den sich entwickelnden umweltrechtlichen Schiedsgerichten eine herausragende Rolle ein. Welthandelsrechtliche Streitigkeiten berühren oft weitere Bereiche des Völkerrechts, beispielsweise Seerecht und Umweltrecht, für die andere internationale Gerichte zuständig sind. Timm Ebner erörtert die hieraus folgenden Jurisdiktionskonflikte, die er u.a. am Beispiel möglicher Konflikte der WTO zum IGH und ISGH darstellt. Der Autor behandelt die Frage, wie sich Staaten schon vor einem Streitfall durch Vereinbarungen, Vorbehalte und andere präventive Maßnahmen gegen Nachteile von Jurisdiktionskonflikten wappnen und ihre Vorteile optimal nutzen können. Anhand konkreter Beispiele zeigt er mögliche präventive Maßnahmen auf.

Diese Dissertation wurde mit dem Kulturpreis der E.On Bayern AG ausgezeichnet.

Inhaltsübersicht

Grundlagen
Terminologie der Arbeit
Die WTO-Verträge in der Völkerrechtsordnung
Überblick WTO-Streitbeilegung
Ausschließlichkeitsanspruch der WTO-Streitbeilegung
**Jurisdiktionskonflikte zwischen WTO-Streitbeilegung und anderen internationalen Streitbeilegungsmechanismen**
Konkurrierende Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs
Konkurrierende Zuständigkeit der seerechtlichen Streitbeilegungsorgane
Konkurrierende Zuständigkeit der umweltrechtlichen Streitbeilegungsorgane
Konkurrierende Zuständigkeit der arbeitsrechtlichen Streitbeilegungsorgane
**Vorzüge und Gefahren von Jurisdiktionskonflikten**
Vorzüge mehrerer zuständiger Streitbeilegungsorgane
Probleme und Gefahren von Jurisdiktionskonflikten
**Lösungsansätze für die Probleme und Gefahren der Jurisdiktionskonflikte**
Einführender Überblick zu den Lösungsansätzen
Exklusive Zuständigkeit eines Streitbeilegungsorgans für den gesamten Streitfall
Beschränkte Zuständigkeit für bestimmte Klagen und Beschwerden
Beschränkung des anwendbaren Rechts: Ausschluss ordnungsfremden Rechts
Kooperation unter den Streitbeilegungsorganen
Entscheidung über Zuständigkeit durch neutrale Instanz
Neutrale Instanz als einzig zuständiges Gremium, Vorlage- oder Berufungsinstanz
Richterliche Zurückhaltung (*Judicial Restraint* )
Gesamtwürdigung der Lösungsansätze
**Präventive Maßnahmen von Staaten zur Konfliktvermeidung: Grundfragen**
Präventive Maßnahmen: Begriff und Gründe
Interessen der Parteien
Ziele präventiver Maßnahmen
Rechtliche Natur präventiver Maßnahmen

**Einzelne präventive Maßnahmen zur Koordination von WTO-Streitbeilegung und anderen internationalen Streitbeilegungsmechanismen**
Präventive Maßnahmen zugunsten der WTO-Streitbeilegung
Präventive Maßnahmen zuungunsten der WTO-Streitbeilegung
Koordination durch vereinbarte gemeinsame oder neutrale Gremien und Verfahren
Zusammenfassende Bewertung möglicher präventiver Maßnahmen
**Conclusio**
**Überblick über zulässige präventive Vereinbarungen und Vorbehalte**